

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

10 · 2009

THEMA

Urheberrecht: Gemeinden droht die nächste unendliche Geschichte ▶ 16

PRAXIS

Winterdienst: Gemeinden machen Straßen im Winter sicher ▶ 48

CHRONIK

Oberösterreich-Wahlen: Spannung auch bei der Stichwahl ▶ 70



THEMA

Ein Urteil schockt die Gemeinden

Tourist ausgerutscht – Bürgermeister verurteilt! KOMMUNAL zeigt exklusiv, welche Auswirkungen das (noch nicht rechtskräftige) Bezirksgerichts-Urteil für die Bürgermeister hat.

SEITE 8

DVR: 0930 423

WiR sucht starke Teams und Ideen in den Regionen.



WiR, der mit 150.000,- Euro dotierte, Ideen- und Innovations-Wettbewerb für Initiativen und Kooperationen in den Regionen.

Alle Infos unter www.wirtschaftinderregion.at

Wirtschaft in der Region

WiR

Eine Initiative des Österreichischen Wirtschaftsbundes

Die Gemeinden wollen eine umfassende Aufgaben-Reform

„Wir sind bereit“

Nun ist sie wieder da: Die Diskussion um eine Verwaltungsreform! Nach der Rede des Finanzministers und verstärkt durch die dramatischen Finanzprobleme bei allen Gebietskörperschaften versuchen alle möglichen und unmöglichen Stellen das leidige Thema wieder zum Leben zu erwecken. Die damit geweckten Hoffnungen auf Einsparungs-Potentiale bewegen sich in der Höhe bis zu mehreren Milliarden Euro. Der Vizekanzler will die Spitzen des Bundes, der Länder und Gemeinden in ein Konklave schicken und erst bei Aufsteigen des weißen Rauches die Teilnehmer entlassen. Bei den Vertretern der Kommunen wäre diese Maßnahme nicht nötig. Wir haben seit Jahren viele Vorschläge gemacht und sind auch stets zu Verhandlungen bereit, aber kaum jemand hat den Mut diese Vorschläge aufzunehmen. So weisen wir seit langer Zeit darauf hin, dass wir im Bereich der Schulen zu viel „Hoheits-“, und zu wenig „Boden-Personal“ haben. Wir leisten uns den Luxus, dass wir in der Schulverwaltung unwahrscheinlich aufwändige Doppelstrukturen erhalten, die mehr die Lehrer behindern als ihnen helfen. Die Bürokratie wird ständig aufgebläht, so dass die Schulleiter schon Sekretärinnen fordern, und auf der anderen Seite haben wir keine Lehrer für eine ordentliche Nachmittagsbetreuung.

Ähnlich verhält es sich bei der Kinderbetreuung. Hier schaffen alle möglichen Ministerien und die Länder großzügig an, versprechen den Eltern das Blaue vom Himmel, und die Gemeinden sollen dann diese Versprechungen einlösen. Und schließlich gibt es viele Bereiche, die die Gemeinden überhaupt nicht beeinflussen können, aber viel Geld dafür zahlen müssen. Das beginnt mit dem Gesundheitswesen und endet bei den vielen Sozialangelegenheiten. Der

Dschungel bei den Kompetenzen hat nicht auf eine sinnvolle Erfüllung und Finanzierung der Aufgaben Rücksicht genommen, sondern ist ausschließlich auf möglichst viel Machtverteilung aufgebaut. Ich habe bereits mehrmals den Ausspruch geprägt: „Viele Köche verderben den Brei und sie kochen auch sehr teuer“.

Man darf sich also nicht mit einer kleinen Verwaltungsreform begnügen, sondern muss eine völlig neue Aufgaben-Zuordnung angehen. So nach dem Motto: „Wer das am besten kann, soll das auch erledigen und wer zahlt, schafft auch an oder umgekehrt“. Die Gemeinden sind dabei offene Ansprechpartner, sie sind zu Verhandlungen jederzeit bereit. Es müssen aber faire Verhandlungen sein. Bisher war es meist so, dass die Gemeinden ständig neue Aufgaben übernehmen mussten, das Geld hierfür aber nicht bekommen haben. An den Gemeinden wird keine sinnvolle Reform scheitern. Aber ohne Gemeinden wird jede Reform ein Torso bleiben. Weil es im Grunde genommen keine einzige Aufgabe gibt, die nicht in irgendeiner Form die Gemeinde berührt. Wir gehen offen und kompetent in ein Konklave und haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass es doch zu einer Neuordnung der zersplitterten und komplizierten Kompetenzen kommt.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

An den Gemeinden wird keine sinnvolle Reform scheitern. Aber ohne Gemeinden wird jede Reform ein Torso bleiben. Weil es im Grunde genommen keine einzige Aufgabe gibt, die nicht in irgendeiner Form die Gemeinde berührt.



Gemeindebund

- 8 Bezirksgerichts-Urteil schockt Gemeinden: Müssen Bürgermeister wegen morscher Geländer bluten?
- 20 Bürgermeister-Gesundheitsseminar: Eine halbe Stunde reicht für den täglichen Beitrag zur Gesundheit
- 22 Wettbewerb „Wirtschaft in der Region“: Den Siegern winkt richtig viel Geld. Wirtschaftsbund-Chef Christoph Leitl im KOMMUNAL-Interview
- 27 Ein Menü für die Zusammenarbeit: Gemeindebund lädt Österreichs EU-Parlamentarier ein
- 31 Gemeindebund- und WKO-Aktion gewinnt Preis: Aktion „Europaschirm“ ausgezeichnet

Recht & Verwaltung

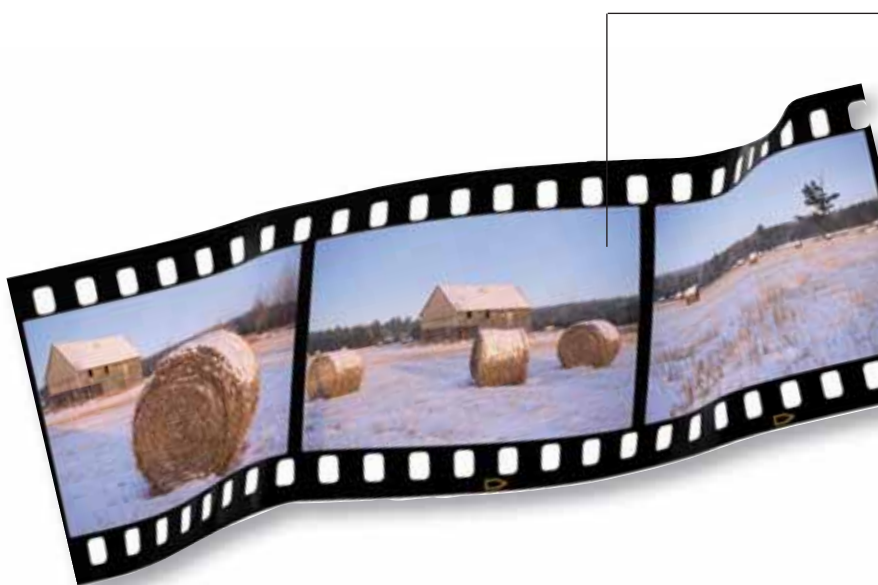
- 14 Schulen und Urheberrecht: „Schulfilme“ lösen massive Kettenreaktionen aus
- 18 Gemeindekontrolle durch Rechnungshof oder Gemeindeführung: Kein Einsparungspotenzial durch Verschiebung der Kompetenzen

Finanzen

- 16 Einheitliches Abgabenverfahrensrecht: Die Weichen für „harmonische“ Abgabenordnung sind gestellt

Europapolitik

- 25 Open Days 2009: Eine einzigartige Plattform für den Dialog
- 26 5. IRE-Konferenz Europäischer Regionen: Rezepte gegen die Krise in den Regionen
- 28 „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“: Bessere Ausbildung und mehr Mobilität gefragt
- 29 AdR holt Know-how der Kommunen nach Europa: Kommunales Fachwissen in Brüssel gebündelt



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zipmer
Mag. Michael Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at
Tel.: 01/ 532 23 88

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palashke@kommunal.at
Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath,
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Dr. Elisabeth Dearing
(Bundeskanzleramt)

Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)

Mag. Petra Hafner (BM für
Unterricht, Kunst und Kultur)

Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des
Informationsbüros des Europäischen
Parlaments für Österreich)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Clemes Hüffel (BM für
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Susanne Metzger (BM für
Verkehr, Innovation und Technik)

Robert Lender (BM für
Wirtschaft & Jugend)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales
und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der
Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ.
und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium
für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer)
Walter Zipmer (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: 34.355
(Halbjahresdurchschnitt
2009)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortung des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortung der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der Firmen Hannes Silberbauer, Energie Klagenfurt, ARGE Forum mineralische Rohstoffe, FunderMax und Regaltechnik bei.



PRAXIS

Winterdienst & Verkehrssicherheit

- 48 In den Gemeinden findet „Winterdienst“ statt: Damit unsere Straßen im Winter benutzbar sind
- 60 Fahren mit Hirn, denn geräumte Straßen allein sind keine Garantie: Sicher unterwegs bei Schnee und Glätteis

CHRONIK

- 70 Die Highlights der öö.-Bürgermeisterwahl: Zwei 100prozentige und zwei orange Ortschefs
- 72 „Invasive Neophyten“: Geben fremde Pflanzen wie das Ragweed Grund zur Sorge?
- 73 50 Jahre Kuratorium für Verkehrssicherheit
- 74 Skurrile Jobs für Gemeinden: Aktion Streuerkatzenkastration führt im Sommer-Ranking
- 76 Tourismus ohne Hindernisse: Weniger Stufen auf dem Weg zur Barrierefreiheit für alle
- 78 Aus den Bundesländern
- 82 Personalien, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix
- 85 Die neue KOMMUNAL-Homepage
- 86 Vorschau & Service



Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser!

Mit dieser aktuellen Ausgabe bringt KOMMUNAL wieder konzentrierte und geballte Information aus erster Hand, die unverzichtbar für all jene ist, die politische Verantwortung in den 2357 heimischen Gemeinden tragen. Mit der klaren Ansage, noch näher beim Leser und noch stärker in den Gemeinden zu sein, starten wir in diesen Herbst.

Seit vielen Jahren hören wir auf europäischer Ebene das Bekenntnis, dass ein Europa ohne Einbindung der Gemeinden und Regionen ein Europa ohne Zukunft sei. Jetzt folgen dieser Absichtserklärung immer mehr Taten. Die „Open Days“ in Brüssel wurden zu einer Europäischen Woche der Städte und Regionen. Die IRE-Konferenz in



Walter Zipper
Geschäftsführer

Salzburg entwickelte Rezepte für Europas Regionen. Bei beiden Veranstaltungen war KOMMUNAL selbstverständlich aktiv vor Ort dabei und berichtet darüber in dieser Ausgabe. Der Ausschuss der Regionen will kommunales Fachwissen verstärkt in Europa gebündelt einsetzen, der Gemeindebund hat erstmalig alle österreichischen Europaabgeordneten zu einem Arbeitssessen eingeladen und seine politischen Vorstellungen intensiv diskutiert. Und nicht zuletzt wurde die gemeinsame Aktion „Europaschirm“ von Gemeindebund und Wirtschaftskammer mit einem europäischen Preis ausgezeichnet.

All diese Aktionen, Initiativen und Maßnahmen zeigen, dass die Rolle der Gemeinden und Regionen auf europäischer Ebene immer wichtiger wird.

Es freut uns, dass wir mit unserer regelmäßigen Europa-Berichterstattung der einen oder anderen Initiative eine entsprechende Publizität geben haben und diesen vielversprechenden Weg aktiv mitgestalten konnten! Wenn die Gemeinden und Regionen sowie die Menschen, die dort wohnen, dadurch zu Gewinnern werden, haben sich alle Anstrengungen gelohnt!

W. F. Z.

Herbstmesse: Bürgermeister diskutierten

Schöpf fordert Zugriff auf ehemaliges Gemeindegut

Zahlreiche Tiroler Bürgermeister sowie Landeshauptmann Günther Platter fanden am traditionellen Bürgermeistertag auf der Innsbrucker Herbstmesse zusammen. Diskutiert wurde über die Auswirkungen der Finanzen und die aktuellen Entwicklungen der Agrar-novelle. Der Tiroler Gemeindeverbandspräsident und Söldener Bgm. Ernst Schöpf lobt vor allem das Rettungsgesetz und die Neuordnung der Sozial- und Gesundheitssprengel. Verschätzt habe man sich

aber bei den Kosten für die Abschaffung des Kinderregresses. Generell bereiten Schöpf die Gemeindefinanzen Kopfzerbrechen. Die Ausgaben steigen um zehn Prozent, bei den Steuereinnahmen klappt allerdings ein Loch von 30 Millionen Euro. Zudem müssten 51,8 Millionen an Landesumlage bezahlt werden, und die Ausgaben für den Gesundheitsfonds steigen bis 2013 auf 104 Millionen Euro. Auch bei der Agrar-novelle findet Schöpf klare Worte: „Die Teilwälder müssen als



Klare Worte von Bürgermeister Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindebundes: „Die Teilwälder müssen als Gemeindegut und der Substanzwert klar definiert werden.“

Gemeindegut und der Substanzwert klar definiert werden.“ Die Novelle gehe zwar in die richtige Richtung, ein Feinschliff für die Agrargemeinschaften sei

aber unbedingt notwendig. Zudem fordert Schöpf, dass „der Zugriff der Kommunen auf ehemaliges Gemeindegut rasch möglich sein muss“.

Pilotprojekt: Neues Modell für ländlichen Raum

„Kijufam“ startet in der Steiermark

Es hört sich an wie ein asiatisches Gericht, hat aber damit gar nichts zu tun – Kijufam ist ein neues Modell für Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit in steirischen Gemeinden und Regionen. Nach dreijähriger Vorarbeit nehmen nun die Pilotgemeinden Radkersburg-Umgebung, Soboth,

Stattegg und die Kleinregionen Aichfeld und Pöfing die Durchführung in Angriff. Während die meisten Projekte dieser Art für den städtischen Raum zugeschnitten sind, ist Kijufam besonders auf den ländlichen Raum ausgerichtet. Die Bedürfnisse der Gemeinden sollen so individuell gelöst werden.

Schneller Zugang

Infos zur Kulturförderung

Eine neue Homepage soll das Ansuchen auf Fördermittel der EU erleichtern. Für Kommunen vor allem in den Bereichen Tourismus, Strukturförderung und Soziales interessant. Nähere Infos auf www.europa-foerdert-kultur.info

„Grüne“ Verbindung

EU und USA nun Klima-Partner

Bürgermeister von beiden Seiten des Atlantiks haben sich auf eine Zusammenarbeit verständigt, um die Schlüsselrolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels hervorzuheben. Dazu gab es ein Treffen, zu dem Elizabeth B. Kautz, Vizepräsidentin der US-Bürgermeisterkonferenz, eingeladen wurde. „Die US-amerikanischen Bürgermeister stehen fest zu ihren Kollegen auf der ganzen Welt, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel eine akute Bedrohung für unsere Umwelt und Wirtschaft darstellt“, so Kautz. Eine der denkbaren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, seien „grüne“ Partnerschaftsprogramme zwischen den Städten der USA und Europas zum Austausch bewährter Praktiken im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel.

Urteil: Abfallverbindungsordnung darf sich dem Handel nicht unterwerfen

Umweltschutz als Grundvoraussetzung



OLAF-Generaldirektor Franz-Hermann Brüner

Credit © European Communities, 2009

Die neue Abfallverbindungsverordnung löste bei der EU-Kommission eine Welle des Widerstandes aus. Sie beantragte eine Nichtigerklärung, da die Verordnung zu wenig auf die Handelspolitik eingehe. Doch der Europäische Gerichtshof entschied nun, dass die Hauptzielsetzung der angefochtenen Verordnung die Gewährleistung

des Umweltschutzes und des Schutzes der menschlichen Gesundheit bei der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen ist. Für Erleichterung oder Regelung des Handels mit Abfällen sei die Verordnung nicht gedacht. Damit wurde sichergestellt, dass bei derartigen Regelungen Umweltschutz vor Handel gestellt wird.

Vernetzung: Tirol zentralisiert den Rettungsdienst zugunsten der Gemeinden

Rettung kommt schon bald vom Land

In Tirol schließen sich Rotes Kreuz, Johanniter, Malteser und Samariterbund zusammen, um einen zentralen Rettungsdienst für das Land zu übernehmen. Die EU-weite Bewerbungsfrist, die kürzlich endete, weckte auch das Interesse den Münchener Krankentransport, den dänischen Konzern Falck und das Grüne Kreuz. Die Bewertung erfolgt nun bis Anfang 2010 durch das Land Tirol, die Stadt Innsbruck, den Gemeindeverband, die Gebietskrankenkasse und die Leitstelle Tirol. Die flächendeckende Versorgung sei ein wichtiges Kriterium bei der Aus-



Tirol will ab kommenden Jahr eine zentrale Rettungsversorgung.

wahl, so der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes und Bgm. von Sölden, Ernst Schöpf, keiner solle länger als 15 Minuten auf einen

Rettungswagen warten müssen. Zusätzlich werden den Gemeinden so erhebliche Kosten abgenommen.

Satellitenavigation

EGNOS startet nun europaweit

Der Dienst des EGNOS (eine Art GPS für Europa) steht ab nun Bürgern und Unternehmen zur Verfügung. EGNOS ist Europas Beitrag zur Satellitenavigation und Vorläufer eines globalen Systems. www.gsa.europa.eu/go/egnos

Urbane Mobilität: Neues Paket vorgestellt

Umweltverträglichkeit und Nutzerfreundlichkeit im Vordergrund

Die Europäische Kommission hat Ende September einen umfassenden Aktionsplan zur urbanen Mobilität angenommen. Antonio Tajani, EU-Kommissar für Verkehrsfragen, erklärte: „Mit diesem umfassende Maßnahmenpaket im Bereich

der urbanen Mobilität empfiehlt die Kommission erstmals Maßnahmen, um die Fortbewegung in der Stadt einfacher und ökologischer zu gestalten und besser zu organisieren.“ http://ec.europa.eu/transport/urban/urban_mobility

Telekommunikation: Kommission hat ernsthafte Zweifel bezüglich der Definition „Breitbandmarkt“ in Österreich

EU verschiebt Regulierungsbemühungen

Die Europäische Kommission hat die österreichische Telekommunikationsregulierungsbehörde, die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR), ersucht, den Erlass der Regulierungsverordnung, die den Markt für Breitbandzugang in Österreich definiert, zu verschieben. Die Kommission hat ernsthafte Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit der Definition des

Markts für Breitbandzugang auf der Vorleistungsebene mit dem EU-Recht. RTR hat in der vor einem Monat erfolgten Anmeldung des Vorschlags einer Marktdefinition nicht hinreichend nachgewiesen, dass mobile Breitbandanschlüsse als vollwertiger Ersatz für Festnetzanschlüsse über DSL- und Fernsehkabel-Netze angesehen werden können. Die Kommissi-

on hat RTR aufgefordert, die Verfügung nicht zu erlassen, bis die Kommission eine endgültige Entscheidung über den Vorschlag von RTR getroffen hat. EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erklärte hierzu: „Ich begrüße das Bemühen der österreichischen Regulierungsbehörde, eine neue Definition des Breitbandzugangs-Markts zu unterbreiten.“

Symposium

Kinderbetreuung auf dem Prüfstand

In einem wissenschaftlichen Symposium will der Gemeindebund die Rahmenbedingungen und Auswirkungen des verpflichtenden Vorschul- oder Kindergartenjahres beleuchten. Prominente Wissenschaftler – wie unter anderem die Universitätsprofessoren Karl Weber, Eveline Artmann, Michael Potacs, Barbara Leitl-Staudinger, Josef Mugler und Arno Kahl – diskutieren mit Experten aus der Praxis und Politikern die Grundlagen der Kinderbetreuung im vorschulischen Alter. Im Rahmen des Symposiums nehmen Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Städtebund-Präsident Michael Häupl auch die Verleihung des kommunalen Wissenschaftspreises vor. Das Symposium beginnt am Donnerstag, 5. November 2009, um 10.00 Uhr im Wappensaal des Wiener Rathauses und endet um 16.30 Uhr. An der Teilnahme Interessierte können sich unter oesterreichischer@gemeindebund.gv.at informieren.



Foto: Europäische Kommission 2009

EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes.

Urteil ist noch nicht rechtskräftig, und trotzdem:

Müssen Bürgermeister wegen morscher Geländer bluten?

Eine Entscheidung eines österreichischen Bezirksgerichts vom 9. Juli 2009 löste beträchtliche Unruhe bei Bürgermeistern, aber auch Haftpflichtversicherern aus. Was war passiert? Und wie hat das Bezirksgericht entschieden? Was hat die Gemeinde, der Bürgermeister getan – beziehungsweise unterlassen? KOMMUNAL präsentiert exklusiv ein Rechtsgutachten, auf dem die Verteidigung der beiden betroffenen Bürgermeister aufbauen könnte.



Ein Wanderer mit 115 kg Lebendgewicht war auf einer Brücke (*Symbolbild*) unterwegs. Er hatte ordentliches Schuhwerk. Der Boden war noch nass. Der Wanderer rutschte auf der Brücke aus und griff nach dem Gelände. Da dieses morsch war, brach es, sodass er sich nicht festhalten konnte. Er stürzte drei Meter in das Bachbett und zog sich Verletzungen zu.

o. Univ.-Prof. Dr. Christian Huber

In U am A-see hat es die Gemeinde gegenüber der Nachbargemeinde vertraglich übernommen, einen Wanderweg über eine Klamm auf eine Alm zu erhalten und instandzusetzen, obwohl dieser teilweise auf dem Gemeindegebiet von St. G liegt. Das von ihr zu betreuende Gebiet umfasst 40 km Wanderwege mit 20 Brücken. Die Brücke, an der sich der Unfall ereignete, war zehn Jahre zuvor von der Gemeinde errichtet worden, und zwar vom damaligen Bürgermeister. Vor seiner politischen Tätigkeit hatte dieser in einer Möbelfabrik gearbeitet. Später war er am Bauhof der Gemeinde tätig, schließlich sogar als dessen Leiter; danach war er Bürgermeister. Da er stets Kontakt mit Holz hatte, hat er sich eine solche Baumaßnahme zuge-
traut, ohne eine Fremdfirma einzuschalten.

In der Zeit vor dem Unfall war der Errichter krank. Er wurde vertreten durch den Vizebürgermeister, der früher Tischler war. Dieser wurde erst nach dem Unfall Bürgermeister. Er war vorher nicht am Bauhof tätig. Immerhin war er Obmann des Straßenausschusses. Der vom Bezirksgericht eingeschaltete Sachverständige stellte fest, dass auf der Brücke kein rutschhemmender Belag vorhanden war und die Geländerhölzer nicht druckimprägniert und deshalb (wegen der Verwitterung im Laufe der Jahre) morsch (geworden) waren. Diese Hölzer konnten die Belastungswerte nicht erbringen. Der Gemeinde war bekannt, dass dieser Weg von Schulklassen begangen wird und oft mehrere hundert Leute pro Tag sich dort aufhalten. Sowohl der Bürgermeister als auch der Obmann des Straßenausschusses sowie Gemeindearbeiter begingen den Weg und die Brücken regelmäßig, um diese auf ihre Sicherheit zu kontrollieren. Die Brückengländer wurden durch augenscheinliche Kontrolle sowie durch Rütteln an den Geländerteilen kontrolliert. Die dabei entdeckten Mängel wurden durch Reparaturen behoben. Anweisungen an Gemeindemit-

arbeiter erteilte dabei auch der Obmann des Straßenausschusses, obwohl dieser an sich nur beratende Funktion hat. Externe Fachleute wie Holzfacharbeiter oder Sachverständige wurden nicht eingeschaltet. Dass dies notwendig war, wäre nach An-

Das Bezirksgericht verurteilte Bürgermeister und Vizebürgermeister zu einer unbedingten Geldstrafe in Höhe von 70 Tagessätzen. Es sah den Tatbestand des § 88 Abs 1 und 4 StGB, nämlich eine fahrlässige Körperverletzung, als verwirklicht an.

sicht des Bezirksgerichts T gerade wegen ihrer Vorbildung auch dem Bürgermeister und Vizebürgermeister erkennbar gewesen. Zudem wäre die Beziehung von Holzfacharbeitern zumutbar gewesen.

► Was war passiert?

Ein Wanderer mit 115 kg Lebdgewicht war auf der Brücke unterwegs. Er hatte ordentliches Schuhwerk. Der Boden war noch nass. Der Wanderer rutschte auf der Brücke aus und griff nach dem Geländer. Da dieses morsch war, brach es, sodass er sich nicht festhalten konnte. Er stürzte drei Meter in das Bachbett und zog sich Verletzungen zu. Die Morschheit des Geländers war für den Wanderer ebenso wenig erkennbar wie für die Bürgermeister und Gemeindearbeiter bei den Kontrollgängen.

► Wie entschied das Bezirksgericht?

Das Bezirksgericht T verurteilte Bürgermeister und Vizebürgermeister zu einer unbedingten Geldstrafe in Höhe von 70 Tagessätzen. Es sah den Tatbestand des § 88 Abs 1 und 4 StGB, nämlich eine fahrlässige Körperverletzung, als verwirklicht an. Zudem wurde dem Verletzten gemäß § 369 Abs 1 StPO ein Teilschadenersatz von 500 Euro zuerkannt. Die Kontrolle durch Augenschein sowie Rütteln sei zu wenig. Vorgeworfen wurde den beiden, dass sie ihre Fähigkeiten überschätzt und keine Professionisten herangezogen haben. Das wäre zumindest



Die Wegehalterhaltung nach § 1319a ABGB sieht eine zivilrechtliche Einstandspflicht bloß bei grober Fahrlässigkeit vor. Grob fahrlässig dürfte das Verhalten aber nicht gewesen sein, ...

einmal im Jahr, und zwar im Frühjahr, durchzuführen gewesen. Jedem Holzbaumeister wäre der morsche Zustand aufgefallen. Straferichtlich verurteilt wurden die betreffenden Personen in ihrer Eigenschaft als Bürgermeister und Bauhofleiter bzw. Bürgermeister und Obmann des Straßenausschusses. Wenn das Schule macht ... Die beiden Gemeindeorgane haben gewiss jahrelang in bester Absicht gehandelt. Nun müssen sie nicht nur Schadenersatz leisten, sondern sind zudem in 1. Instanz strafgerichtlich verurteilt worden. Die zivilrechtliche Einstandspflicht fällt dabei noch glimpflich aus, mag der zuerkannte Betrag auch nur ein Teilschadenersatz sein. Der Verletzte fiel „bloß“ drei Meter in die Tiefe. Die Verletzungen waren relativ harmlos. Das hätte viel schlimmer kommen können!

Erhebliche Auswirkungen befürchtet

Wenn das Urteil des Bezirksgerichts T zur Leitlinie der Gerichte wird, dann hat das Auswirkungen auf mehreren Ebenen:

- Politische Tätigkeiten werden damit noch eine Spur riskanter. Wer wird sich dann noch – gegen ein durchaus moderates



o. Univ.-Prof. Dr. Christian Huber ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht an der RWTH Aachen (www.jura.rwth-aachen.de/huber)



Entgelt, wie man aus der Entscheidung erfährt – für ein solches Amt zur Verfügung stellen?

- ▶ Wird dann der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung ein Muss oder ist er zumindest dringend anzuraten? Hat die Prämie dafür der Bürgermeister von seinem Entgelt zu leisten oder erhält er den Versicherungsschutz als zusätzlichen Entgeltbestandteil?
- ▶ Das Anpacken in Eigenregie – wie vom Bürgermeister mit Kenntnissen beim Umgang mit Holz – wird damit noch eine Spur heikler.
- ▶ Die – potentielle – Belastung des Haftpflichtversicherers wird zu einer beträchtlichen Prämienhöhung führen, will dieser doch zumindest Kostendeckung erreichen; die eigentliche Aufgabe ist darüber hinaus aber Gewinnerzielung, jedenfalls nicht Subventionierung der Gemeindehaushalte.
- ▶ Wird eine Gemeinde dann solche Wege nicht überhaupt sperren? Für die (unentgeltliche?) Instandhaltung des Wegenetzes der Nachbargemeinde

Politische Tätigkeiten werden damit noch eine Spur riskanter. Wer wird sich dann noch – gegen ein durchaus moderates Entgelt, wie man aus der Entscheidung erfährt – für ein solches Amt zur Verfügung stellen?

meinde wird sie jedenfalls nicht den Kopf hinhalten (wollen). Zu bedenken ist, dass Gemeindegrenzen mitunter so verlaufen, wie zwischen U und St. G., dass die Instandhaltung von Wegen durch die Nachbargemeinde wirtschaftlich sinnvoller ist.

Ist die Entscheidung ein Einzelfall oder gar richtig?

Das Bezirksgericht ist von folgendem Kalkül ausgegangen:

- ▶ War die Heranziehung von externen Fachleuten – unter Kostengesichtspunkten – zumutbar?
- ▶ Hätten die beiden Betroffenen gerade wegen ihrer Vorbildung – Beziehung zum Holz – das erkennen können?

Beides wurde bejaht. Und somit kam es zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit sowie zur zivilrechtlichen Einstandspflicht.

Die Wegehalterhaftung nach § 1319a ABGB sieht eine zivilrechtliche Einstandspflicht bloß bei grober Fahrlässigkeit vor. Grob fahrlässig dürfte das Verhalten aber nicht gewesen sein ...

Das dürfte ein Kurzschluss sein, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Wegehalterhaftung nach § 1319a ABGB sieht eine zivilrechtliche Einstandspflicht bloß bei grober Fahrlässigkeit vor. Grob fahrlässig dürfte das Verhalten aber nicht gewesen sein, dass man trotz zwei jährlichen Kontrollgängen und Rüttelproben keine externen Experten eingesetzt hat. Wenn dem aber so ist, dann entfällt nicht nur die zivilrechtliche Einstandspflicht, sondern wohl auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit. Denn es kann nicht angehen, bei einem strafrechtlichen Erfolgsdelikt nach einem strengeren Sorgfaltsmaßstab eintreten zu müssen als im Zivilrecht. Dazu kommt, dass weder der Bürgermeister noch der Vizebürgermeister den Wanderern persönlich zur Instandhaltung des Weges verpflichtet waren. Auch wenn die Instandhaltung von

Wegen zur Privatwirtschaftsverwaltung zählt, wird sich die Gemeinde ein allfälliges deliktisches Verhalten in Form der Unterlassung ihrer Organwalter zu rechnen lassen müssen; eine persönliche Haftung der Organwalter lässt sich damit aber nicht begründen.

Selbst wenn man dem Bezirksgericht über weite Strecken folgen wollte, ist meines Erachtens jedenfalls die strafrechtliche sowie zivilrechtliche Verantwortlichkeit des im Unfallzeitpunkt amtierenden Vizebürgermeisters und Vorsitzenden des Bauausschusses, dem nur beratende Funktion zukommt, verfehlt. Gerade im Strafrecht kommt es auf die individuelle Vorwerfbarkeit an. Sorgfaltsgemäß hätte sich – nach dem Maßstab des Bezirksgerichts T – ein Bürgermeister verhalten, wenn er im Frühjahr eine Überprüfung durch einen externen Experten angeordnet hätte. Zu diesem Zeitpunkt hat der Vizebürgermeister den Bürgermeister aber gerade noch nicht vertreten. Und als Leiter des Straßenausschusses hatte er nur beratende Funktion, somit keine Weisungsbefugnis. Dass er sich faktisch eingemengt und bei den von ihm erkannten Defiziten Abhilfe verlangt hat, kann nicht dazu führen, dass seine Zivilcourage und Entschlussfreude schlussendlich mit einer strafrechtlichen Verantwortung und zivilrechtlichen Einstandspflicht sanktioniert werden, wenn sein Engagement gemessen am Maßstab desjenigen, der dafür eigentlich zuständig wäre, unzureichend war. Die Entscheidung belegt, dass man nicht nur auf Hoher See, sondern auch bei Gericht in Gottes Hand ist. Der Ausgang ist ungewiss; die dabei geübte Weisheit erschließt sich nicht jedem rational denkenden Bürger bzw. auch nicht demjenigen, der die Rechtsordnung in ihrer Gesamtheit betrachtet. Kann man das unzutreffende Urteil als Fehlleistung der Justiz abtun, das zudem durch die höhere Instanz korrigiert werden kann, und zur Tagesordnung übergehen? Das ist meines Erachtens nicht der Fall. Selbst in einem Fehlurteil stecken noch immer

beachtenswerte Aspekte, aus denen sich etwas lernen lässt.

Abhilfemöglichkeiten

Völlig außer Streit steht, dass der Idealzustand darin besteht, dass derartige Einrichtungen nicht mangelhaft wären, sodass derartige Unfälle nicht passieren. Es stellt sich indes die Frage, ob die Gemeinden wirklich gehalten sind, ein Beschäftigungsprogramm für Holzfacharbeiter und einschlägige Sachverständige vom Stapel zu lassen – und jedenfalls bis zum Vorliegen von deren Befund sämtliche gefährträchtigen Wege zu sperren, um nicht den Weg ihrer Organwalter ins Gefängnis sowie eine uferlose Haftung zu riskieren. Die Götterdämmerung „US-amerikanischer Verhältnisse“ taucht da am Horizont auf. Die romantische Abendsonne wird überlagert durch Gewitterwolken und Blitze, die denjenigen, der für Wege verantwortlich ist, nicht mehr ruhig schlafen lassen. Die gestellte rhetorische Frage kann selbstverständlich nur mit einem Nein beantwortet werden. Aber wo liegen die Abhilfemöglichkeiten und wo die Handlungserfordernisse?

Das Bezirksgericht T hat darauf hingewiesen, dass es sich um einen Alpinweg handle, an dem auch Sicherungsseile aus Stahl im Felsen befestigt seien. Nirgendwo sei ein Hinweisschild angebracht gewesen, das ein Betreten auf eigene Gefahr ange-

zeigt habe. Hervorgehoben wurde, dass an der Unfallstelle für den Wanderer die Morschheit des Geländers nicht erkennbar gewesen sei. Die Urteilsbegründung weist bereits den Weg für eine Haftungsmilderung. Wenn hingewiesen worden wäre, dass das Betreten auf eigene Gefahr erfolge, wäre die Rechtslage anders zu beurteilen gewesen. Aber bei derartig klaren Hinweisen würden deutlich weniger Menschen den Weg begehen, was auch wirtschaftliche Auswirkungen für die an ihrem Endpunkt befindlichen Almen- und Gastwirtschaften hätte, an deren wirtschaftlichem Wohlergehen die Gemeinde durchaus interessiert ist. Ein solcher Hinweis würde zwar rechtliche Probleme lösen oder zumindest entschärfen, aber er ist wirtschaftlich nicht gangbar.

Das österreichische Schadenersatzrecht beruht auf dem Prinzip, dass jedermann den Schaden selbst zu tragen hat, es sei denn, es gibt eine Haftungsnorm, die eine Überwälzbarkeit anordnet. Und dafür ist grundsätzlich Verschulden des Schädigers Voraussetzung, also individuelle Vorwerfbarkeit.

Sofern selbst bei vorsichtiger Begehung mit angepasster Ausrüstung wegen der Mangelhaftigkeit der Einrichtung – morsches Brett, nicht ausreichend verankertes Seil – eine Gefährdung



der Sicherheit droht, die sich dann im einen oder anderen Unfall verwirklicht, wird die Gemeinde nicht darum herum kommen, für entsprechende Überprüfungsmaßnahmen durch Experten zu sorgen. Der Rütteltest eines Geländers durch einen Facharbeiter einer Möbelfabrik im Gewand eines Bürgermeisters wird dann wohl nicht reichen. Freilich ist zu beachten, dass solche Stege nicht rutschfest sein müssen, was der Sachverständige angeprangert hat. Ein Hinweisschild „Sie befinden sich im alpinen Gelände; zu Ihrer Sicherheit achten Sie darauf, wo Sie hinsteigen“ könnte das Haftungsrisiko womöglich noch reduzieren; es wird aber das Kraut nicht fett machen, weil – von norddeutschen Halbschuh-touristen abgesehen – ein mit durchschnittlicher Vernunft begabter – österreichischer – Wanderer sich dessen bewusst ist, wenn er eine Klamm betritt. Die Gemeinde wird sich Gedanken machen, wie sie die erforderlichen Kontrollmaßnahmen finanziert. Nach dem Vorbild des Loipenpasses für Langläufer mag sie erwägen, einen Obolus von den Wanderern zu nehmen. Ob das nach Abzug der Inkassokosten einen nennenswerten Beitrag ergibt, erscheint fragwürdig. Dazu kommt, dass das einen Pferdefuß hat: Bei einer solch entgeltlichen Begehung durch den Wanderer wird einerseits der Haftungsmassstab wegen des Vorliegens eines Vertrages ein strengerer sein; andererseits entfällt dann jedenfalls das Haftungsprivileg, dass eine Haftung nur bei grober Fahrlässigkeit

Kommentar der anderen

Negatives Urteil für unsere Freizeit

Das aus der Presse bekannte Gerichtsurteil ist nicht nachvollziehbar und würde für alle Menschen – nicht nur für unsere Gäste, sondern auch für Einheimische, die sich auf derartigen Wegen bewegen – Einschränkungen in ihrer Freizeit bedeuten, da sich Gemeinden und Tourismusregionen sukzessive als Weegerhalter zurückziehen werden. Unseres Wissens wurde gegen dieses Urteil ein Rechtsmittel erhoben. Die daraus resultierenden gerichtlichen Entscheidungen wird man analysieren müssen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

WKO-Tourismus-Bundesspartenobmann
Komm.-Rat Johann Schenner



Foto: WKO



Hervorgehoben wurde im Urteil, dass an der Unfallstelle für den Wanderer die Morschheit des Geländers nicht erkennbar gewesen sei. Die Urteilsbegründung weist bereits den Weg für eine Haftungsmilderung. Wenn hingewiesen worden wäre, dass das Betreten auf eigene Gefahr erfolge, wäre die Rechtslage anders zu beurteilen gewesen.

keit gegeben ist. Unter diesem Gesichtspunkt eher in Betracht zu ziehen mag eine Beitragspflicht der Almen- und Gastwirtschaften sein, die letztlich die Nutznießer gefahrloser Wege sind, die von möglichst vielen potenziellen Gästen genutzt werden. Auch eine Fremdenverkehrsabgabe für die Übernachtungsgäste hat der OGH in einer früheren Entscheidung (OGH 28. 1. 1998, 3 Ob 36/98k, ZVR 1999/59) nicht zum Anlass genommen, dem Wegehalter das Haftungsprivileg der groben Fahrlässigkeit zu entziehen. Dort ging es gleichfalls um morsches Holz, allerdings nicht um eine Klamme, sondern einen „Kursteig“.

Resümee

Das österreichische Schadenersatzrecht beruht auf dem Prinzip, dass jedermann den Schaden selbst zu tragen hat, es sei denn, es gibt eine Haftungsnorm, die eine Überwälzbarkeit anordnet. Und dafür ist grundsätzlich Verschulden des Schädigers Voraussetzung, also individuelle Vorwerfbarkeit. Bei Sachverständigen wird ein objektivierter Sorgfaltsmaßstab zugrunde gelegt. Die Bürger-

meister von Gemeinden mit Wegen, die in die Berge führen und für deren Instandhaltung sie verantwortlich sind, werden das nicht immer sein, mögen sie auch einen „Bezug zum Holz“ haben. Sie werden sich aber darum kümmern müssen, dass die Begehung durch Wanderer mit passender Ausrüstung und gebotener Vorsicht ohne Gefahr für Leib und Leben möglich ist. Da die Wege für jedermann zur Begehung zu öffnen sind, hat der Gesetzgeber in einer nachvollziehbaren Wertentscheidung die Haftung des Wegehalters in § 1319a ABGB auf grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Das ist sowohl im Straf- als auch im Zivilrecht zu beachten. Gleichwohl gilt auch für die Bürgermeister: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Selbst wenn einem (Straf-)Gericht diese Norm bekannt ist, kann man nämlich in vielen Einzelfällen trefflich darüber streiten, ob das Verhalten bloß leicht oder bereits grob fahrlässig war.

Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Selbst wenn einem (Straf-)Gericht diese Norm bekannt ist, kann man nämlich in vielen Einzelfällen trefflich darüber streiten, ob das Verhalten bloß leicht oder bereits grob fahrlässig war.

Empörung beim Gemeindebund

Zweifacher Schlag für Kommunalpolitik

Das Urteil des Bezirksgerichtes Thalgau sei ein zweifacher Schlag, sagt Helmut Mödlhammer, Chef des Österreichischen Gemeindebundes und Bürgermeister von Hallwang: „Wenn das Schule macht, dann wird sich kein Mensch mehr bereit erklären, die Verantwortung eines Bürgermeisters zu übernehmen. Die Gemeinden haben 70 Prozent des österreichischen Wegenetzes in Verantwortung. Es ist unmöglich, dass wir auf jedes kleine Schlagloch schauen.“

„Ich habe dutzende besorgte Anrufe und Rückmeldungen von Amtskollegen aus ganz Österreich, die über dieses Urteil gegen einen Bürgermeister hellauf empört sind“, berichtet Mödlhammer. „Hier herrscht im Justizministerium dringender Handlungsbedarf, um die Gemeinden und ihre Bürgermeister/innen künftig vor solchen Urteilen zu schützen.“

Es werde auch im Tourismus gewaltige Einschränkungen geben, weil Wegbesitzer und Wegerhalter ihre Wege für den öffentlichen Verkehr sperren würden: „Leider nehmen die Beschwerden und Drohungen mit Rechtsanwälten dauernd zu. Das merken wir auch in den Gemeinden. Verfahren gegen Bürgermeister sind bisher immer relativ glimpflich ausgegangen.“ Man frage sich schon, wo Hausverstand und Eigenverantwortung blieben, so der Gemeindebund-Präsident: „Es kann nicht sein, dass für jeden Unfall immer ein Schuldiger gesucht wird. Der hätte auch nie die Möglichkeit, solche Unfälle zu verhindern. Wir werden dieses Urteil nun genau prüfen.“

Mödlhammer sagt, es bestehe nun noch die Hoffnung, dass in zweiter Instanz ein anderes Urteil gefällt werde: „Wir müssen uns die Rechtslage noch einmal ganz genau ansehen. Vielleicht kann man durch eine Änderung solche Dinge verhindern.“

Die Juristen des Gemeindebundes halten das vollständige Urteil inzwischen in Händen und prüfen.

www.gemeindebund.at



Schulen und Urheberrecht – neuerlicher Beginn einer unendlichen Geschichte?

„Schulfilme“ lösen massive Kettenreaktionen aus

Der Österreichische Gemeindebund erlebt derzeit wieder ein Lehrbeispiel, wie ein vermeintlich harmloses Steinchen – in diesem Fall ein Briefchen – eine Lawine auslösen kann. Länder, Städte und Gemeinden mögen die Zahl der Schulkinder vorab melden, damit die Verwertungsgesellschaften urheberrechtliche Ansprüche gelten machen können. Wie es überhaupt soweit kommen konnte und was das für die Gemeinden bedeutet, zeigt KOMMUNAL im Folgenden exklusiv auf.

Dr. Martin Huber

Wie so viele spannende Herausforderungen hat auch diese mit einem kurzen und einfachen Schreiben begonnen: Mitte Dezember 2008 haben die Ämter der Landesregierungen sowie der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund gleichlautende Schreiben einer Verwertungsgesellschaft erhalten, in denen diese unter Bezugnahme auf ein rechtskräftiges Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) vom 23. 9. 2008 die Länder und gesetzlichen Interessenvertretungen der Gemeinden aufforderte, in Verhandlungen einzutreten und vorab die Schülerzahlen für die Schuljahre 2002/2003 bis 2008/2009 bekannt zu geben. Dem Schreiben waren sowohl das Urteil des OGH vom

Die Bestimmung des § 56c UrhG sieht im wesentlichen vor, dass Schulen und Universitäten für Zwecke des Unterrichts ... Werke der Filmkunst und die damit verbundenen Werke der Tonkunst öffentlich aufführen dürfen.



Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

23. 9. 2008 sowie der im Amtsblatt der Wiener Zeitung am 6. 5. 2006 kundgemachte „autonome Tarif“ für die öffentliche Wiedergabe von Musik im Unterricht gemäß § 56c UrhG (Urheberrechtsgesetz) beigefügt. Das zitierte höchstgerichtliche Erkenntnis steht am Ende eines jahrelangen Rechtsstreites, an dessen Ende der OGH klargestellt hat, dass es sich bei der Aufführung von Werken der Filmkunst und der damit verbundenen Werke der Tonkunst für Zwecke des Unterrichts in dem dadurch gerechtfertigten

Umfang in einzelnen Klassen von Pflichtschulen (Volks-, Haupt-, Sonder-, Berufs- und Polytechnischen Schulen) um eine öffentliche Wiedergabe im Unterricht im Sinn des § 56c Abs 1 und 2 UrhG handelt, die eine Vergütungspflicht nach § 56 Abs 2 UrhG auslöst. Bei Auslegung des § 56c Abs 1 und 2 UrhG ist nach Auffassung der Höchststrichter nicht die allgemeine Bedeutung des Begriffs „Öffentlichkeit“ im Urheberrecht (vgl. § 18 UrhG) maßgebend, wesentlich ist vielmehr der mit § 56c UrhG geschaffene Begriffsinhalt einer spezifischen „Schulöffentlichkeit“. So schlicht und nachvollziehbar sich der Rechtssatz liest: die dadurch ausgelöste „Kettenreaktion“ ist ebenso beachtlich wie die Vielzahl an organisatorischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, die sich seit diesem Zeitpunkt für Verwertungsgesellschaften, Länder und Gemeinden stellen.

Die Bestimmung des § 56c UrhG sieht im wesentlichen vor, dass Schulen und Universitäten für Zwecke des Unterrichts beziehungsweise der Lehre in dem dadurch gerechtfertigten Umfang Werke der Filmkunst und die damit verbundenen Werke der Tonkunst öffentlich aufführen dürfen. Für diese „öffentliche“ Aufführung steht dem Urheber ein Anspruch auf ange-



Foto: Buenos Días

Handlungsbedarf ergibt sich für die Gemeinden, weil der OGH auch festgestellt hat, dass die gesetzliche Schulerhalterin gem. § 10 Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz BGBl 1955/163 idGF (hier in Verbindung mit § 3 Abs 2 Wiener SchulG LGBl 1976/20 idGF) verpflichtet ist, neben der Anschaffung und Instandhaltung der Einrichtung und der Unterrichtsmittel auch den sonstigen Sachaufwand zu decken.

messene Vergütung zu, die Ansprüche können nur von Verwertungsgesellschaften geltend gemacht werden. § 56c Abs. 1 und 2 UrhG gilt nicht

- ▶ für Filmwerke, die ihrer Beschaffenheit und Bezeichnung nach zum Schul- oder Unterrichtsgebrauch bestimmt sind;
- ▶ wenn ein Bild- oder Schallträger benutzt wird, der mit Verletzung eines ausschließlichen Rechtes, das darauf festgehaltene Werk zu vervielfältigen oder zu verbreiten, hergestellt oder verbreitet worden ist.

Wie die Sache „aus dem Ruder lief“

Kurzer Blick zurück: Nach der mit 1. Juli 2003 erfolgten Änderung von § 56c UrhG idF BGBl. I 2003/32, durch welche die Möglichkeiten der Vorführung von Filmen im Unterricht erleichtert bzw. ausdrücklich auf Schulen ausgedehnt wurden, hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit den Verwertungsgesellschaften eine vertragliche Vereinbarung getroffen, die eine jährliche Pauschalabgeltung für „seine“ Schulen (insbesondere die höheren Schulen) vorsieht. Vorteil für die von der Vereinbarung erfassten Bildungseinrichtungen und ihren Rechtsträger Bund: die urheberrechtlichen Ansprüche sind abgegolten, der administrative Aufwand wurde für beide Seiten auf ein Minimum reduziert.

Aber auch dann lief nicht alles so, wie es sich die Beteiligten vorgestellt haben: Auf Grund von Auseinandersetzungen über den Verteilungsschlüssel der vom Bund überwiesenen Gelder

wurde der Urheberrechtssenat angerufen, in weiterer Folge „landete“ die Rechtssache beim VfGH (Verfassungsgerichtshof, konkret geht es um die Frage der Zuständigkeit des Urheberrechtssenates). Seit kurzem liegt auch das Erkenntnis vor (VfGH vom 12. 3. 2009, GZ B 1148/08) – die Verfassungsrichter haben festgestellt, dass „keine Zuständigkeit des Urheberrechtssenates angesichts der im Vertrag vorgesehenen Vereinbarung zwischen den Verwertungsgesellschaften über die Aufteilung der Pauschalvergütung sowie der bereits vertraglich vereinbarten Höhe der Vergütung besteht“. Nicht nur für die Länder im Bereich der Berufsschulen, sondern vor allem auch für die Gemeinden als Schulerhalter im Bereich der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie der öffentlichen Polytechnischen Schulen ergab sich damit ab dem Zeitpunkt der Entscheidung vom September 2009 (Ver)Handlungsbedarf. Dies zumal der OGH auch festgestellt hat, dass die gesetzliche Schulerhalterin gem. § 10 Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz BGBl 1955/163 idGF (hier in Verbindung mit § 3 Abs 2 Wiener SchulG LGBl 1976/20 idGF) verpflichtet ist, neben der Anschaffung und Instandhaltung der Einrichtung und der Unterrichtsmittel auch den sonstigen Sachaufwand zu decken. Die Regelung entspricht weitge-

hend jenen in den einzelnen Bundesländern (vgl. u. a. § 1 Abs. 3 lit b Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995). Dass gesetzliche Vergütungen nach § 56c Abs. 2 UrhG mit der Verwendung von Unterrichtsmitteln verbundene Kosten sind und unter den nach § 3 Abs. 2 Wiener SchulG zu tragenden Aufwand fallen, „liege auf der Hand“, so die Höchststrichter. Ob der Schulerhalter gegenüber dem Lehrpersonal der von ihr erhaltenen Schulen weisungsbefugt ist, spielt für die Frage der Ersatzpflicht des Aufwands für Unterrichtsmittel nach dem Gesetz keine Rolle.

Was zu tun ist

Da die „Einzelseinverständigung“ der Verwertungsgesellschaften mit mehr als 2200 Gemeinden als Schulerhalter von 3900 Volks- und Hauptschulen nicht zuletzt im Hinblick auf die im Detail sehr komplexe Rechtslage einen für beide Seiten nicht vertretbaren Aufwand mit sich bringen würde, haben sich die Bundesländer und die Interessenvertretungen der Städte und Gemeinden entschlossen, hier gemeinsam einen Weg zu suchen, der für alle Beteiligten einen tragbaren Interessensausgleich und nachhaltige Rechtssicherheit bringen soll. In diesem Sinne hat der Österreichische Gemeindebund auch die zuständige Bundesministerin Dr. Claudia Schmied um Unterstützung ersucht, um die österreichischen Städte und Gemeinden in ihrer Rolle als gesetzliche Schulerhalter vor einer weiteren „unendlichen Geschichte“ zu bewahren.

Dass gesetzliche Vergütungen nach § 56c Abs. 2 UrhG mit der Verwendung von Unterrichtsmitteln verbundene Kosten sind und unter den nach § 3 Abs. 2 Wiener SchulG zu tragenden Aufwand fallen, „liege auf der Hand“, so die Höchststrichter.

Ein einheitliches Abgabenverfahrensrecht für Bund, Länder und Gemeinden

Die Weichen für „harmonische“ Abgabenordnung sind gestellt

Mit dem Gesetzespaket „Abgabenverwaltungsreformgesetz“, welches mit 1. Jänner 2010 in Kraft tritt, wurde als zentrale Neuerung das Abgabenverfahrensrecht – also die Bundesabgabenordnung (BAO) – für den Bund, die Bundesländer und für die Gemeinden harmonisiert. Umfasst von diesem Reformpaket sind weiters Novellen zum Kommunalsteuer- und Grundsteuergesetz sowie zur Abgabensexekutionsordnung.

Dr. Peter Pilz

In den folgenden Ausführungen werden die politischen Absichten, die hinter diesen beschlossenen Maßnahmen stehen, die rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der Rechtsmaterie sowie die Systematik der neuen BAO mit den wichtigsten kommunalrelevanten Neuerung erläutert.

Politische Vereinbarung

Mit dem Paktum zum Finanzausgleich ab dem Jahr 2008 wurde als eine der Maßnahmen der Verwaltungsreform von den Finanzausgleichspartnern vereinbart, eine einheitliche Abgabenordnung für den Bund, die Bundesländer und die Gemeinden zu schaffen.

Damit sollte ein erhöhtes Maß an Rechtssicherheit erreicht werden und sowohl für die betroffenen Abgabenbehörden der Gebietskörperschaften, als auch für die Wirtschaft eine Entlastung der Verwaltung erfolgen. So haben rückblickend betrachtet die noch bis Ende des Jahres 2009 geltenden, unterschiedlich normierten Landesabgabenverfahrensrechte vielfach – wie dies z. B. bei den Rückabwicklungsverfahren nach Aufhebung der Getränkeabgabe der Fall ist – zu nicht einheitlichen Rechtsauslegungen geführt.

Um dem Bund die Abgabenverfahrenskompetenz für die Bundesländer und für die Gemeinden übertragen zu können, bedurfte es einer finanzverfassungsrechtlichen Änderung, die im § 7 F-VG 1948 verankert wurde.

Länderspezifische Sonderregelungen in Materiengesetzen, wie die Zuständigkeit der Abgabenbehörden, die Rechtsstellung des Beteiligten oder Strafbestimmungen, obliegen weiterhin den Bundesländern.

Rechtsgrundlage und Projektumsetzung

Um dem Bund die Abgabenverfahrenskompetenz für die Bundesländer und für die Gemeinden übertragen zu können, bedurfte es einer finanzverfassungsrechtlichen Änderung, die im § 7 F-VG 1948 mit dem Wortlaut „Die Bundesgesetzgebung regelt die allgemeinen Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden verwalteten Abgaben“ verankert wurde.

Die Änderung der Finanzverfassung ermöglicht es dem Bundesgesetzgeber, künftighin für alle Abgabenbehörden der Gebietskörperschaften sowohl einheitliche als auch unterschiedliche Regelungen zu erlassen.

In einem im Bundesministerium für Finanzen (BMF) eingerichteten Arbeitskreis unter der Leitung von Prof. Dr. Christoph Ritz (BMF) wurde von Vertretern des BMF, der Bundesländer und der Gemeindeinteressen, ein für alle beteiligten Ebenen vertretbarer Entwurf einer BAO neu erarbeitet. Der Gesetzestitel „BAO“ wurde beibehalten und nur nach dem Wort „Bundes“ die Wortfolge „der Länder und Gemeinden“ angehängt. Spezifische Sonderregelungen für Länder und Gemeinden sind immer unmittelbar nach der betreffenden BAO-Bestimmung mit einem neuen lit. a oder, wenn schon vergeben, mit einem lit. b gekennzeichnet.

Mit dieser vom Gesetzgeber im Frühjahr 2009 beschlossenen Novelle zur BAO wird nicht nur Rechtssicherheit für alle Beteiligten gewahrt, sie erleichtert es auch den Anwendern in den Abgabenbehörden der Länder und Gemeinden, bei schwierig zu lösenden Abgabenverfahren in Hinkunft auf die ständige Rechtsprechung oder auf Datenbanken zurückgreifen zu können.

Der Anwendungsbereich der neuen BAO

Vom Anwendungsbereich der neuen BAO umfasst sind die Abgaben im finanzverfassungsrechtlichen Sinn. Das sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die Gebietskörperschaften kraft öffentlichen Rechts zur Deckung ihres Finanzbedarfes erheben.

Zu diesen Abgaben zählen unverändert die Bundesabgaben, wie die Umsatzsteuer, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Werbeabgabe etc. und ab 1. 1. 2010 auch die öffentlichen Abgaben auf Landesebene, wie z. B. die Jagd-



Dr. Peter Pilz ist Wirtschaftstreuhänder und Steuerberater in Graz

Vom Anwendungsbereich der neuen BAO umfasst sind die Abgaben im finanzverfassungsrechtlichen Sinn. Das sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die Gebietskörperschaften kraft öffentlichen Rechts zur Deckung ihres Finanzbedarfes erheben.

und Fischereiabgaben, die Kommunal- und Gemeindesteuer oder die Grundsteuer. Die Landesgesetzgebung ist jedoch ermächtigt, bei spezifischen, ausschließlichen Landes- oder Gemeindeabgaben, wie z. B. den Tourismusabgaben, Lustbarkeitsabgaben, bei Gebühren für Müll, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung u. ä., besondere materienspezifische Abgabenbestimmungen zu treffen. Das Bundesland Oberösterreich ist als erstes Bundesland aktiv geworden und hat ein „Oberösterreichisches Abgabengesetz“ beschlossen und hier u. a. geregelt, dass Sonderbestimmungen in einzelnen bestehenden Landesabgabengesetzen weiterhin in Geltung bleiben, wie z. B. die Zuständigkeit der Abgabenbehörden oder die Rechtsstellung der Beteiligten.

Sonderregelungen in der BAO – neu

Durch die Übernahme der Paragraphennummerierung kann die Übersichtlichkeit in der BAO – neu beibehalten werden. Die für die Gemeinden relevanten verfahrensrechtlichen Sonderbestimmungen werden im Folgenden überblicksartig dargestellt. Kommentierte weiterführende Ausführungen zu diesen Sonderregelungen bzw. sonstige für alle Abgaben bedeutsame Änderungen werden im Handbuch „Die neue Abgabenordnung für Bund, Länder und Gemeinden“, erschienen im MANZ-Verlag, ausführlich behandelt (siehe Folgeseite). Da die meisten der Sonderregelungen schriftlicher Erledigung (Bescheide, amtliche Verfügungen) bedürfen, ist das gemeindliche Formularwesen entsprechend umzustellen. Die von den Gemeinden häufigst zu verwendenden Formulare stehen auf der Homepage des

Österreichischen Gemeindebundes unter www.gemeindebund.at zum Download bereit.

Bundesgesetzliche Begleitmaßnahmen

Mit dem Abgabenverwaltungsreformgesetz wurden neben der BAO über Anregung der Ge-

meindeinteressenvertretungen auch Bundesgesetze, wie die Abgabenexekutionsordnung, das Kommunalsteuergesetz sowie das Grundsteuergesetz novelliert.

► 1. Änderung der Abgabenexekutionsordnung

Die Änderung des § 2 Abs 1 Abg

Sonderregelungen für Landes- und Gemeindeabgaben in der BAO – neu

Paragraph Inhalt – Sonderbestimmung

86b	Anbringen können in jeder Form eingebracht werden, mit E-Mail unter bestimmten Voraussetzungen.
90b	Die Akteneinsicht kann auch im Weg automationsunterstützter Datenverarbeitung gestattet werden.
97a	Schriftliche Erledigungen können unter bestimmten Voraussetzungen auch im Weg automationsunterstützter Daten übermittelt werden.
120a	Die Regelung der Anzeigepflicht für Abgabepflichtige entspricht den bisherigen landesrechtlichen Bestimmungen.
135a	Abgabepflichtigen, die die gesetzliche Frist zur Einreichung einer Abgabenerklärung nicht wahren, kann die Abgabenbehörde einen Zuschlag (Verspätungszuschlag) bis zu zehn Prozent der festgesetzten bzw. bei Selbstberechnungsabgaben der selbstberechneten Abgabe auferlegen, sofern die Verspätung nicht entschuldbar ist.
186 (4)	Die Gemeinden sind für Zwecke der Erhebung der Grundsteuer berechtigt, über FinanzOnline Einsicht in die Bemessungsgrundlagen des Einheitswertes zu nehmen.
201a	Bei Vorliegen einer bescheidmäßigen Festsetzung gemäß § 201 (im Falle der Selbstberechnung einer Abgabe) ist von einer Festsetzung abzusehen, wenn der Abgabepflichtige nachträglich die Selbstberechnung berichtigt.
212b	Bei Gewährung von Zahlungserleichterungen sind grundsätzlich Zinsen (Stundungszinsen) zu entrichten, wobei für die Landes- und Gemeindeabgaben ein fixer Zinssatz von sechs Prozent vorgesehen ist, sofern die Abgabenschuldigkeiten den Betrag von insgesamt 200 Euro (Freigrenze) übersteigen.
217a	Wird eine Abgabe nicht spätestens an dem gesetz- oder bescheidmäßig festgelegten Fälligkeitstag entrichtet, so tritt mit Ablauf dieses Fälligkeitstages die Verpflichtung zur Entrichtung eines Säumniszuschlages (zwei Prozent des nicht zeitgerecht entrichteten Abgabebetrag) ein, sofern keine Zahlungserleichterungen gewährt wurden. Abweichend von den Verfahrensrechtsnormen betreffend die Bundesabgaben gelten für Landes- und Gemeindeabgaben andere Mindest- und Höchstbeträge für den Säumniszuschlag.
227a	Vollstreckbar gewordene Abgabenschuldigkeiten sind mittels Mahnschreibens einzumahlen. Für Landes- und Gemeindeabgaben bestehen abweichend von den Bundesabgaben spezifische Mahngebühren, wie zum Beispiel von einem halben Prozent des eingemahnten Betrages, mindestens jedoch drei Euro und höchstens 30 Euro.
239a, 240a und 242a	Die in den Landesabgabenordnungen enthaltenen Bereicherungsregelungen wurden in die neue BAO übernommen. Für die Rückzahlung von Guthaben ist die Abgabenbehörde zuständig, der die Erhebung der betroffenen Abgabe obliegt. Landes- und Gemeindeabgaben unter fünf Euro sind nicht zu vollstrecken oder zurückzuzahlen.
323a	Die Übergangsregelungen bestimmen u. a., dass die landesgesetzlichen Verfahrensregelungen für die noch offenen Getränkeabgaberückzahlungsverfahren weiterhin anzuwenden sind.

EO berücksichtigt, dass ab 1. Jänner 2010 die harmonisierte BAO anstelle der landesgesetzlichen Abgabenvorschriften im Vollstreckungsverfahren anzuwenden ist.

► 2. Änderung des Kommunalsteuergesetzes

Die Novelle zum Kommunalsteuergesetz wurde mit Art. 3 Abgabenverwaltungsreformgesetz, BGBl I 20/2009, am 25. März 2009 kundgemacht und ist am 26. März 2009 (ausgenommen die Bestimmungen des § 10 Abs 4 und Abs 5 KommStG – Zuteilung und Zerlegung) in Kraft getreten.

Haftungen gemäß § 6a

KommStG 1993: Im Kommunalsteuergesetz 1993 wurden mangels landesgesetzlicher Normen Haftungsbestimmungen aufgenommen.

Anträge auf Zerlegung oder Zuteilung der Bemessungsgrundlage gemäß § 10 Abs. 4 und 5:

Die Fristen für Anträge auf Zerlegung oder Zuteilung der Bemessungsgrundlage werden ab 1. Jänner 2010 von fünfzehn Jahren auf zehn Jahre verkürzt,

weil die zehnjährige Bemessungsverjährungsfrist der BAO (§ 209 Abs. 3 BAO) gilt.

Strafbestimmungen (§ 15 KommStG 1993):

Die Gemeinden können u. a. bei einer Abgabenverkürzung unter Verletzung einer abgabenrechtlichen Anzeige-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht Anzeigen an die zuständige Strafbehörde erstatten. Das Verfahren ist im Verwaltungsstrafgesetz 1991 geregelt.

► 3. Änderung des Grundsteuergesetzes:

Mit § 28c Grundsteuergesetz 1955 wurde eine bundeseinheitliche Regelung geschaffen; demnach gilt für Grundsteuerbescheide ab 1. Jänner 2010 eine Wirkungsfiktion, die für Grundsteuerermessbescheide schon bisher im § 194 Abs. 5 BAO normiert wurde:

„Der Grundsteuerbescheid wirkt kraft Gesetzes auch gegen den Rechtsnachfolger, auf den der Steuergegenstand nach dem Feststellungszeitpunkt übergegangen ist. Die gleiche Wirkung gilt bei Nachfolge im Besitz.“

Mag. Nicolaus Drimmel

Aufgrund des Entschlusses des Nationalrates von Anfang September wurde die Bundesregierung aufgefordert, unter Einbeziehung des Rechnungshofpräsidenten eine Neuordnung der Kompetenzen für die Gebarungsüberprüfung der Gemeinden zu erarbeiten. Abgesehen von den dabei zu berücksichtigenden Zielsetzungen wurde in diesem Entschlussesantrag weder die Einbindung der Länder noch die der kommunalen Spitzenverbände verlangt.

Dennoch wurde der Österreichische Gemeindebund von den Klubs des Nationalrates zu Vorbesprechungen eingeladen, nicht aber die Länder. Der Gemeindebund hat daher mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Einbindung der Länder hingewiesen, da eine Neuordnung der Kompetenzen insbesondere im Hinblick auf die Gemeindeaufsicht in die Organisationshoheit der Länder eingreifen kann. Der Gemeindebund hat von sich aus die Landeshauptleute und politischen Gemeindeferenten der Länder auf dieses Problem aufmerksam gemacht und hat diese gleichzeitig ersucht, Stellungnahmen zu diesem Thema abzugeben.

Stimmen aus den Ländern

LR Mag. Franz Steindl aus dem Burgenland betonte in seiner Antwort, dass sich die Prüfstrukturen im kommunalen Bereich grundsätzlich bewährt haben, aus Sicht des Burgenlandes darf es aber nicht zu einem Prüfdefizit wegen mangelnder personeller Ausstattung der Gemeindeprüfung kommen. Eine Einbindung von Rechnungshöfen wäre nur dann zweckmäßig, wenn es zu einer Kooperation von Gemeindeaufsicht und vor allem Landesrechnungshof käme. Schon jetzt wird diese Zusammenarbeit durch das Burgenländische Landesrechnungshofgesetz ermöglicht. Kernforderung muss aber sein, dass in beiden Institutionen entsprechend qualifiziertes Personal vorhanden ist, so Steindl. Die Einbindung des Bundesrechnungshofes sei nur in ganz spezi-

Buch-Tipp

Abgabenordnung für Bund, Länder und Gemeinden

Neues Praxishandbuch mit Musterformularen und Beispielen. Die Einhebung von Abgaben ist für die Gemeinden ein wesentlicher Bereich – täglich organisieren viele MitarbeiterInnen die Abgabenverwaltung. Bisher gab es jedoch viele verschiedene Regelwerke – der Überblick war nur schwer zu erlangen. Nun tritt mit Jahresbeginn 2010 eine einheitliche Bundesabgabenordnung (BAO) in Kraft. Ein soeben im Verlag Manz erschienen Praxishandbuch stellt die Neuerungen im Detail vor.

- Die häufigsten Regelungen beim Abgabenverfahren vor den Landes- und Gemeindebehörden
- Musterformulare und Musterbescheide – sofort anwendbar, in einheitlicher Form
- Wichtige Beispiele von Sonderregelungen für Länder und Gemeinden

Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes: „Dieser neue Leitfaden bietet Ihnen sofort alles, was Sie über die neue BAO wissen müssen.“



Das Buch

Kamhuber/Mühlberger/Pilz/Rathgeber; „Die neue Abgabenordnung für Bund, Länder und Gemeinden.“ MANZ 2009. XII, 202 Seiten. 24 Euro (Subskriptionspreis bis 30. 11. 2009: 19,90 Euro). ISBN 978-3-214-03732-1 Kundenbestellungen telefonisch unter (01) 531 61-100 oder per E-Mail an bestellen@manz.at

Kontrolle der Gemeinden: Rechnungshof oder Gemeindeaufsicht?

Kein Einsparungspotenzial durch Verschiebung der Kompetenzen

Konstruktive Ansätze bei der Debatte um die Neuordnung der Kompetenzen für die Gebarungüberprüfung der Gemeinden. Aber gleichzeitig überall Kritik, weil durch die Nicht-Einbindung der Länder das föderative Gefüge Österreichs „ausgebremst wird“. Zudem führt die Diskussion nach „Rechnungshof“ oder „Gemeindeaufsicht“ am Problem vorbei.

ellen Fällen sinnvoll, etwa bei komplexeren Sachverhalten und in größeren Gemeinden. Der Salzburger Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer nahm ganz klar gegen eine Ausweitung der Prüfkompetenzen des Bundesrechnungshofes Stellung. Bestehende Prüfeinrichtungen in den Gemeinden und im Land, etwa die Kontrollausschüsse, die Gemeindeaufsichtsbehörde und der Landes-RH, haben sich bewährt, so Haslauer. Eine Abstimmungsoptimierung dieser Institutionen sei allerdings noch möglich.

Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer schlug für die Steiermark in dieselbe Kerbe: Das System der Gemeindeaufsicht hat sich bewährt, auch im Hinblick auf eine begleitende Unterstützung der Gemeinden. Eine Lücke, so der politische Gemeindefereferent, bestehe allerdings in der Prüfkompetenz der Gemeindeaufsichtsbehörde bei den ausgliederten Unternehmen der Gemeinden. An eine Ausweitung dieser Kompetenz wird in der Steiermark gearbeitet. Laut Schützenhöfer bestehe kein Anlass, eine Ausweitung der Prüfungsbefugnis des Bundes-RH vorzunehmen, da dieser bereits jetzt auf Ersuchen des Landes kleinere Gemeinden prüfen kann. Auf telefonische Nachfrage bestätigte das Büro von Landeshauptmann Voves, dass dieser einem Vorschlag des Gemeindebundes folgen könne, nach dem

Der Gemeindebund hat mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Einbindung der Länder hingewiesen, da eine Neuordnung der Kompetenzen insbesondere im Hinblick auf die Gemeindeaufsicht in die Organisationshoheit der Länder eingreifen kann.

zwischen den Gemeindeaufsichtsbehörden und den kommunalen Interessensvertretungen weitere Instrumente zur verbesserten Transparenz der Gemeindegebarung erarbeitet werden sollten.

Eingriff ins föderalistische Gefüge Österreichs

Bei aller Konstruktivität der Antworten klang doch überall ein wenig Kritik an der Formulierung der parlamentarischen EntschlieÙung durch, da hier doch massiv in das föderalistische Gefüge Österreichs eingegriffen werden soll, ohne die Länder im Vorfeld einzubinden. Auf den Punkt brachte die Kritik Landeshauptmann Günther Platter aus Tirol, mit einer ersten und grundsätzlichen Stellungnahme. Das derzeitige Zusammenspiel zwischen Land und Gemeinden funktioniere ausgezeichnet, so Platter. Die Gemeindeaufsicht in

Bezirkshauptmannschaft und Landesregierung seien viel mehr als bloÙe Prüforgane. Die Gemeindeaufsicht sei überdies ein Informationsknoten und eine wichtige Schnittstelle zwischen Land und Gemeinden. In allen öffentlichen Bereichen solle es umfassende Transparenz und eine unabhängige Prüfung geben. Die Diskussion nach den Kategorien „Gemeindeaufsicht“ oder „Rechnungshof“ sei aber aus dem Zusammenhang gerissen. Durch Verschiebungen von Prüfkompetenzen ergeben sich laut Platter keinerlei Einsparungspotenziale. Die bisher nicht vom Bundes-Rechnungshof geprüften Gemeinden sollten seiner Ansicht nach auch weiterhin nicht von diesem geprüft werden. Der EntschlieÙungsantrag stelle den föderalen Grundaufbau in Österreich in Frage. Der Landeshauptmann im O-Ton: „Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die momentan vorliegende EntschlieÙung den föderalen Aufbau unseres Bundesstaates und insbesondere auch die regionalen Prüfeinrichtungen zugunsten einer Zentralisierung weitgehend unbeach-

Das derzeitige Zusammenspiel zwischen Land und Gemeinden funktioniert ausgezeichnet.

Tirols LH Günther Platter sieht in der bloÙen Verschiebung von Prüfkompetenzen keinen Vorteil



OReg.-Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abt. Recht und Internationales

tet lässt. Als Landeshauptmann sehe ich es als eine meiner wichtigsten Aufgaben an, alle Tendenzen, die eine weitere Zentralisierung zum Gegenstand haben könnten, kritisch zu hinterfragen.“



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer war bei seinem Besuch in Stegersbach sichtlich stolz auf „seine“ gesundheitsbewussten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

20 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zeigten vier Tage lang Körpereinsatz

Auch eine halbe Stunde reicht: Täglich Beiträge zur Gesundheit

Für ihr Amt ungewöhnliche Aufgabenstellungen hatten 20 BürgermeisterInnen aus ganz Österreich vier Tage lang in Stegersbach zu bewältigen. Der Österreichische Gemeindebund und der Fonds Gesundes Österreich luden die Amtsinhaber ein, Schritte für ihr eigenes Wohlbefinden mit Hilfe von professionellen Trainern umzusetzen.

Vier Tage im Zeichen der psychischen und physischen Gesundheit standen Mitte Oktober für 20 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Österreich auf der Tagesordnung. Genauer betrachtete wurde da nicht wie üblich ein Sitzungsprotokoll oder Beschwerdeschreiben, nein der Blick lag auf der Pulsuhr, auf den eigenen Schritten und Taten für sich selbst.

Unter professioneller Aufsicht

von Petra Gajar, Mag. Alexandra Fuchs, Dr. Richard Hailzl und Mag. Angelika Stöckler kamen die Amtsinhaber ganz schön ins Schwitzen. Selbsterfahrung stand im Vordergrund der Gesundheitstage. Neben sportmotorischen Tests, einer Gesundenuntersuchung und Laktattest wurde auch auf die Ernährung und psychische Belastungen eingegangen. „Es ist gar nicht leicht, die Politiker für so ein Seminar zu bekommen. Jetzt steht das Be-

wusstsein für ihren eigenen Körper zu entwickeln an erster Stelle, nur so können sie die Ansätze auch weitergeben“, erklärt Gesundheitsreferentin Petra Gajar. Das wissen auch Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert

Hink und Präsident Helmut Mödlhammer, sie statteten den „Sportlern“ während ihres Trainings einen Besuch ab. Beim Essen und anschließendem Kamingespräch wurden Erfahrungen ausgetauscht, und Präsident Mödlhammer ermutigte die Teilnehmer zu Gesundheits-Initiativen in den Gemeinden.

Ungewohnt für alle war das „aktive Erwachen“, dazu gehörte nicht wie anzunehmen ein großer Kaffee, sondern früh morgens ein halbstündiges sanftes Training mit Muskel- und Dehnungsübungen. Immer dabei war der Schrittzähler. „So kann sich jeder Teilnehmer mit seiner Bewegung auseinandersetzen“, beschreibt Gajar. Empfohlen werden rund 10.000 Schritte pro Tag. Im Büroalltag seien es aber oft nicht mehr als 5000, die dort zurückgelegt werden. Deshalb war ein Motto, 3000 Schritte mehr zu gehen. Passend dazu wurde umfangreich auf die Alltagsbewegungen im Büro eingegangen und Fehlhaltungen aufgezeigt. „Es ist wirklich interessant, ich laufe schon seit Jahren, und trotzdem bin ich jetzt g`scheiter und hab wieder etwas dazugelernt“, berichtet der Bgm.

Mir wurde bewusst, welche gesundheitlichen Defizite mit der Tätigkeit als Bürgermeister verbunden sind, ich kann das Seminar nur empfehlen.

Erich Rippl, Bgm. der Gemeinde Lengau





Oben: Bürgermeister von Engerwitzdorf (OÖ) Johann Schimböck zeigt Bürgermeister von Obervellach (K) Wilhelm Pacher eine Übung zur Kräftigung der Rumpfmuskulatur. Dabei durfte auch der „Schmäh“ nicht fehlen.

von Gloggnitz, Mag. Werner Müllner, nachdem er die Gehschule besuchte. Dabei wurde jeder Schritt genauer betrachtet und verschiedene Muster aufgezeigt, die langfristig den Bewegungsapparat stören können. Passend dazu wurden ihm dann auch Übungen gezeigt, die die Situation verbessern können. „Sport muss ja net lange dauern, ich hab mir immer gedacht, wennst nicht wirklich lang Zeit hast, fangst gar net an“, erzählt Martin Raab, Bgm. von Hofkirchen im Mühlkreis, er wurde eines Besseren belehrt. „Jetzt denk ich mir, auch eine halbe Stunde reicht, dafür halt öfter.“ Am dritten Tag wurde der sogenannte UKK-Geh-Test gemacht. Dabei musste die Gruppe zwei Kilometer lang schnell gehen, ohne zu laufen. Die Zeit und Herzfrequenz während der Anstrengung zeigte dann den idealen Trainingsbereich. Da schlugen die



Die Ausdauer spüren und das Bewusstsein für Bewegung, das tut gut.

Dr. Wilhelm Pacher ist Bürgermeister der Kärntner Gemeinde Obervellach.

Herzen gleich höher und die Wangen wurden röter. Keiner ließ es sich nehmen, auch während des Tests auf aufmunternde Worte untereinander zu verzichten. Ganz unterschiedlich waren die Ergebnisse, in jedem Fall auch altersbedingt. „Die Ausdauer zu spüren und das Bewusstsein für Bewegung, das tut gut“, erzählt „Nebenerwerbsbürgermeister“ aus Obervellach Dr. Wilhelm Pacher. Er geht einmal pro Jahr auf den Großglockner, aus den praktischen Erfahrungen beim Seminar nehme er sehr viel mit.

Erfahrungen an die Gemeinde weitergeben

Auch beim Thema Alltagsernährung wurde nicht mit Aufforderungen gespart. „Politiker essen oft sehr viel Kleinigkeiten, die aber durchaus schwer zu verdauen sind, Fett und Zucker sind dabei meist Hauptbestandteile“, so Gajar. Sie ließ nicht locker, den Bürgermeistern die Bedeutung von ausgewogener Ernährung umfangreich näher zu bringen, und das wurde im Rahmen des Seminars auch gleich gelebt. Neben den sportlichen Aktivitäten gab es natürlich auch Ruhephasen. „Bei mir ist oft Stress im Alltag, und wie ich jetzt auch gemerkt habe, sind meine Bewegungen genauer betrachtet dadurch auch eingeschränkt. Ich will mich jetzt mehr mit dem Wohlfühlen auseinandersetzen und dass dann auch weitergeben können“, erzählt Vizebgm. Renate Habetler aus Bernstein. „Vor 18 Jahren hab ich jede Wo-



Seminarleiterin Petra Gajar, Bgm. von Weng im Gesäuse (Stmk.), Sportwissenschaftler und Trainer der begeisterten Sportler Dr. Richard Hailzl, Bgm. von Schwarzenberg (Vb) Armin Berchtold, Bgm. von Munderfing (OÖ) Martin Voggenberger, Bgm. Gloggnitz (NÖ) Werner Müllner, Amtsleiterin aus Prinzersdorf Brigitte Linauer und Bgm. von Gols Hans Schrammel beim UKK-Geh-Test. Nach anziehen der Startnummer ging's los.

che sechsmal trainiert“, erzählt Armin Berchtold, Bgm. der Gemeinde Schwarzenberg in Vorarlberg. Damals war er Sportkegler. „Jetzt bin ich wieder motiviert, mehr Sport zu machen, auch neben meinem Beruf.“ Der Tenor der BürgermeisterInnen schwebte in einer Art Aufbruchsstimmung. Alle waren begeistert über die umfangreiche und professionelle Unterstützung der Trainer. Waren bei den Männern eher die sportlichen Akti-



Das Seminar war für unser Bürgermeisteramt höchst wertvoll. Ich bin beeindruckt über Tagungsort, Organisation und Referenten.

Martin Voggenberger ist Bürgermeister von Munderfing (OÖ).

vitäten die, die zählen, so zeigte sich, dass es bei den Frauen mehr ums allgemeine Wohlfühlen geht. „Wichtig ist, dass die Bürgermeister für sich selbst etwas von diesem Seminar mitnehmen“, so Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Wir brauchen gesunde und dynamische Ortschefs und -chefinnen.“ Wegen des großen Erfolges, so der Gemeindebund-Präsident, sei das nächste Seminar für das Frühjahr 2010 schon in Vorbereitungen. Interesse kann man schon jetzt deponieren, um auf der Warteliste ganz oben zu stehen.

**oesterreichischer@
gemeindebund.gv.at**

Wettbewerb „Wirtschaft in der Region“ stärkt auch die Gemeinden

Den Siegern des Bewerbs winkt richtig viel Geld

„Geht's den Gemeinden gut, dann geht's auch der Wirtschaft gut.“ Das war der Tenor anlässlich der Vorstellung des Wettbewerbs „Wirtschaft in der Region“, an dem sowohl Gemeinden als auch Unternehmen teilnehmen können. Um die Wirtschaftskraft der Gemeinden zu erhalten ist in der Krise freilich noch viel zu tun. KOMMUNAL war dabei und traf Wirtschaftsbund-Chef Christoph Leitl anschließend zum Interview.

Mag. Hans Braun &
Mag. Helmut Reindl

„Den Gemeinden geht es derzeit schlecht“, konstatierte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wirtschaftsbund-Chef Christoph Leitl. „Die Ertragsanteile aus den Steuereinnahmen des Bundes brechen dramatisch ein. Im Monatsvergleich zum Vorjahr sind sie um 12,15 Prozent gesunken. Damit wird die finanzielle Luft für die Gemeinden immer dünner.“

Gerade deshalb sei die Forderung des Gemeinde-

Die Partnerschaft mit den Klein- und Mittelbetrieben in den Regionen ist essenziell. Dort liegt das Gros der Arbeitsplätze und die größte Wertschöpfung.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer

bundes nach einem kommunalen Konjunkturpaket aktueller denn je. „Immerhin sind die Gemeinden die größten öffentlichen Investoren des Landes. Wenn sie nicht mehr investieren können, dann hat das auch sehr konkrete Folgen für die Volkswirtschaft.“ Mödlhammer zeigte sich über den Schulterchluss mit Christoph Leitl erfreut: „Die Partnerschaft mit den Klein- und Mittelbetrieben in den Regionen ist essenziell. Dort liegt das Gros der Arbeitsplätze und die größte Wertschöpfung.“ Der Wettbewerb „Wirtschaft in der Region“ (WiR) sei eine gute Plattform, um innovative Ansätze und Projekte vor den Vorhang zu holen und auszuzeichnen. „Innovation ist das beste Rezept gegen die Krise“, so Mödlhammer. „Und es sind sehr oft gerade die kleinen Gemeinden und Betriebe, deren Innovationskraft besonders ausgeprägt ist.“

Mit der Forderung nach Unterstützung für kommunale Investitionen werde der Gemeindebund nicht locker lassen. „Erst jüngst hat man gesehen, was kleine Maßnahmen hier schon

bewirken können. Die Anhebung der Schwellenwerte hat viele Projekte möglich werden lassen, die ansonsten aufgeschoben worden wären.“ Jetzt sei ein weiterer Schritt notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren und den Gemeinden bei ihren Investitionen zu helfen, so der Gemeindebund-Chef abschließend.

Ein Interview der starken Töne

Im Anschluss der Pressekonferenz traf KOMMUNAL den einflussreichen Präsidenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes zum Interview. Kaum ein Thema wurde ausgespart, und war es noch so heikel.

KOMMUNAL: Haben Sie eigentlich Bezüge zur Kommunalpolitik?

Christoph Leitl: Ich habe sehr viel Bezug dazu. Ich war zehn Jahre lang in einer Landesregierung, da hatte ich viel mit den Gemeinden zu tun. In mein Ressort fielen Wirtschaft, Tourismus, Energie, Fachhochschulen, Raumordnung, das Staatsbürgerschaftswesen und Europa. Zwischen 1995 und 2000 war ich auch Finanzreferent – also war ich praktisch immer für die Gemeinden mitverantwortlich und über die Projekte informiert. Aber das Schönste bei dem Ganzen war, dass ich ein Jahrzehnt, von 1990 bis 2000, auch für die Ortsentwicklung zuständig war – was die schönste Form der Politik war, die ich erlebt habe.

Ein Schwenk zu einem aktuellen Thema. Kürzlich wurde der Bürgermeister von Unterach (und sein Vorgänger) vom Bezirksgericht strafrechtlich verurteilt, weil ein deutscher Tourist geklagt hatte. Er war auf einem hochalpinen



Drei für die Gemeinden: Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Wirtschaftsbund-Chef Christoph Leitl und der Geschäftsführer der Aktion „WiR – Wirtschaft in der Region“, Gf. Gemeinderat Christian Kunstmann, präsentieren bei einer Pressekonferenz die Details der Aktion.

Weg gestürzt, und der Bürgermeister wurde haftbar gemacht. Die Gemeinden überlegen nun, teils aus Selbstschutz, die Wanderwege zu sperren. Wie beurteilen Sie die Situation?

Da versteh' ich die Gemeinden hundertprozentig. Es kann nicht sein, dass jemand anderer dafür verantwortlich gemacht wird, wenn ich im Wald über eine Wurzel stolpere. Noch haben wir ein selbstbestimmtes Leben. Und wenn ich mich auf einen Weg begeben, habe ich zwei Augen im Kopf und die Pflicht zu schauen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass so ein Urteil in den Instanzen hält.

Womit wir zur Wirtschaftsbund-Initiative „Wirtschaft in der Region“ kommen. Was haben Sie denn für Erwartungen an diesen Wettbewerb, der ja nach 2004 – damals sehr erfolgreich – bereits das zweite Mal stattfindet?

2004 war extrem erfolgreich. Damals hatten wir hunderte wirklich ganz tolle Beispiele. Ich sehe gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Situation nicht einfach ist, nicht jammern, sondern dass man sich an den besten Beispielen orientieren soll. Wir haben auf nationaler und regionaler Ebene Akzente gesetzt, und jetzt geht es uns darum, dass von der Ebene der Gemeinden und der Betriebe eine Kooperation



Pro Bundesland wird es jedenfalls mindestens zwei Landessieger pro Kategorie, insgesamt 24 Landessieger und sechs Bundessieger pro Kategorie, geben. Es wird also in Summe 48 Preisträger geben.

Leitl korrigiert den Eindruck des extrem hohen Preisgeldes

zustande kommt, die von unten nach oben tolle Dinge entwickelt. Wir wollen diese Beispiele vor den Vorhang bringen und sie zur Nachahmung empfehlen. Gute Beispiele motivieren sehr, regen an und rufen Begeisterung hervor. Ich kann mir vorstellen, dass es viele Verantwortliche – nicht nur Bürgermeister, sondern auch andere kommunalpolitisch Verantwortliche – gibt, die sagen: Das war toll, aber das können wir auch.

Das Preisgeld ist mit 150.000 Euro für österreichische Begriffe außergewöhnlich hoch.

Ja, nur soll kein falscher Eindruck entstehen. Wir haben uns entschlossen, wirklich auf breiter Basis aktiv zu werden. Wenn wir nur 15.000 Euro ausloben und von jedem Bundesland drei Plätze auszeichnen wollen, wäre das ja reine Glückssache. Pro Bundesland wird es jedenfalls mindestens zwei Landessieger pro



Es kann nicht sein, dass jemand anderer dafür verantwortlich gemacht wird, wenn ich im Wald über eine Wurzel stolpere. Und wenn ich mich auf einen Weg begeben, habe ich zwei Augen im Kopf und die Pflicht zu schauen.

Christoph Leitl zum Urteil von Unterach

Kategorie, insgesamt 24 Landessieger und sechs Bundessieger pro Kategorie, geben. Es wird also in Summe 48 Preisträger geben (*Details siehe auch Kasten auf der Folgeseite*). Was auch wieder in Relation gesehen werden muss, denn wenn wir so wie beim letzten Mal hunderte Einreichungen haben, dann sind 48 Preisträger auch wieder nicht so viel.

Wir wollten das auch nicht dem Zufallsprinzip überlassen, sondern möchten wirklich gute und unterschiedliche Projekte hervorheben. Wichtig ist auch eine Breite der Projekte, denn man kann schwer ein soziales mit einem ökologischen Projekt vergleichen,

Die Projekte werden dann ja auch im Internet zum Ansehen sein?

Ja. Das wird alles öffentlich zugänglich sein, und alle Gemein-

den Österreichs können sich das auf unserer Homepage www.wirtschaftinderregion.at ansehen.

Gibt es sonst noch Projekte zur Verbesserung der Nahversorgung?

Gerade in der Aktion „WiR“ kommt der Nahversorgung ein entscheidender Stellenwert zu. Wir versuchen auf diese Weise zu motivieren. Wir haben aber auch sonst eine Menge in unserem Programm: Die Parkraumbewirtschaftung, innerörtliches Marketing ... *unterbricht sich ...* Und auch einen Wunsch, den ich bitte, ernst zu nehmen: Wenn die Vereinsgastronomie überhandnimmt, dann wird unseren Gastronomie- und Tourismusbetrieben die Quelle abgegraben. Die Wirtshäuser sind gesellschaftliche Treffpunkte. Der Verein hat seinen Vereinszweck und soll kein Wirtshaus sein. Das sollte man respektieren. Ein weiterer Punkt (*zur Verbesserung der Nahversorgung, Anm.*)

ist der sogenannte interkommunale Finanzausgleich. Er soll dazu dienen, dass es nicht zwei Typen von Gemeinden gibt. Die einen, die mit Großeinkaufszentren den Rahm der Kaufkraft abschöpfen, und die anderen, die sozusagen die Habenichtse sind. Jemand, der überörtliche Kaufkraft generiert, sollte den daraus resultierenden Steueranteil auch an die umliegenden Gemeinden verteilen.

Stellen Sie sich diesen interkommunalen Finanzausgleich auch über die Landesgrenzen hinweg vor?

Derzeit nicht. Es würde mir vorerst genügen, wenn das innerhalb der Bundesländer verwirklicht werden würde.

Was ist eigentlich Nahversorgung aus Ihrer Sicht?

Nahversorgung sind auch die



Wirtschaftsbund-Chef Christoph Leitl (2. v. r.) im Gespräch mit den Autoren und WiR-Geschäftsführer Christian Kunstmann (links).

vielen kleinen Unternehmen, nicht nur die Greißler. Nahversorgung ist auch ein KMU, etwa ein kleines Dienstleistungsunternehmen. Auch Postpartner sind Nahversorger in diesem Bereich. Gerade die Postpartner sind eine Erfolgsstory. Und das freut mich sehr, denn gerade die Gemeinden haben hier ein legitimes Recht. Ich habe die Argumentation der Bürgermeister verstanden, die gesagt haben, man darf uns die Post nicht schließen.

Es gibt ja zumindest in Niederösterreich fahrende Nahversorger, die ganze Landstriche versorgen. Sollen die auch Postdienstleistungen anbieten?

Ich habe hier grundsätzliche Bedenken. Ein fahrender Dienst zeigt ja eigentlich nur, dass ein Bedarf besteht, der in der natürlichsten Form, nämlich durch ein Geschäft, nicht mehr befriedigt werden kann.

Kurz zur allgemeinen Konjunktur. Sie haben vor einiger Zeit ein drittes Konjunkturpaket gefordert?

Ein Wachstumspaket, das sich selbst finanziert. Das hat irgendwo zum Schmunzeln angeregt. Aber ich bin Unternehmer, und wenn ich sage, ich mache eine Investition, die sich innerhalb eines Jahres rechnet, dann muss ich die Investition machen. Wenn ich heute sage, ich mache in einer neuen Form thermische Sanierung, dann rechnet sich das automatisch. Und wenn ich sage, ich will eine Abschreibung für zusätzliche Investitionen durch einen Freibetrag, dann rechnet sich das auch, weil es nicht teurer ist als die vorzeitige Abschrei-

bung, die derzeit existiert. Vielleicht kann dann auch noch die Kreditsteuer abgeschafft werden. Wenn sich die Experten das durchrechnen und die Effekte, die ich haben möchte, wirklich eintreten, dann wird das der Finanzminister sicher gerne machen.

Wären Sie also für ein kommunales Konjunkturpaket, das der Gemeindebund seit längerem fordert?

Na selbstverständlich. Ich bin zum Beispiel dafür, dass Arbeitslose für kommunale Dienste, die man sich sonst nicht leisten könnte, eingesetzt werden können. Ich würde dem Arbeitslosen das ihm zustehende Geld geben und ihm von Gemeinde Seite aus noch eine kleine Bonifikation geben. Für die Gemeinde ist diese Zusatzleistung vergleichsweise spottbillig. Für den Arbeitslosen ist es ein Anreiz, eine nützliche Tätigkeit zu machen und etwas mehr zu verdienen. Und das Arbeitsmarktservice hat keinen Nachteil dadurch, sondern hat die Menschen nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik. Aber das Wichtigste erscheint mir, jungen Leuten eine Chance zu geben. Und es schadet nicht, etwas anderes zu tun während man auf einen Job wartet.

Aus Platzgründen musste das Interview gekürzt werden. Lesen Sie das ganze Interview auf www.kommunal.at Erfahren Sie, wie Christoph Leitl zum Generationenvertrag steht, was seine Meinung zum Thema soziale Absicherung der Bürgermeister ist und vieles mehr.



Die Aktion „WiR“

Die Einreichfrist endet am 15. November 2009.

Die Projekte müssen mit dem WiR-Teilnahmeformular bei der Initiative WiR – Wirtschaft in der Region online, per Post oder Fax eingereicht werden.

Die Bewertung erfolgt in zwei OKategorien durch die Fachjury.

► KATEGORIE A: Lokale und regionale Projekte

Bestehende Initiativen in der Gemeinde bzw. überregionale Zusammenarbeit. Innerörtliche Kooperationen zwischen Unternehmen, von Betrieben und Gemeinde, Vereinen, Initiativen sowie regionale Projekte der Zusammenarbeit zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort.

► KATEGORIE B: IDEENPOOL für noch nicht realisierte Initiativen

Hier sucht WiR noch nicht realisierte Projekte sowie kreative und innovative Ideen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen und regionalen Wirtschaft.

Teilnahmeberechtigungen

In der Kategorie A sind alle Projektträger teilnahmeberechtigt, die unter den Kriterienkatalog fallen (Projektträger können u. a. Betriebe, Gemeinden, Unternehmervereine, Institutionen oder Regionalverbände sein). Für die Kategorie B ist der Initiator des noch nicht realisierten bzw. in Planung befindlichen Projektes teilnahmeberechtigt. Abgeschlossene Projekte dürfen zum Zeitpunkt 15. November 2009 nicht älter als fünf Jahre sein.



Infos und Teilnahmeunterlagen

www.wirtschaftinderregion.at
 Ansprechpartner:
 Initiative WiR-Wirtschaft in der Region, Geschäftsführer, gfGR Christian Kunstmann
 Mozartgasse 4, 1040 Wien
 +43 1 5054796 - 46
office@wirtschaftinderregion.at

OPEN DAYS 2009 – Europäische Woche der Städte und Regionen

Einzigartige Plattform für den Dialog



Zum siebten Mal organisierten die Europäische Kommission und der Ausschuss der Regionen der EU die jährlichen OPEN DAYS – die Europäische Woche der Städte und Regionen. Mehr als 7000 europäische, nationale und regionale Entscheidungsträger nahmen an 125 Seminaren und anderen Veranstaltungen in Brüssel teil.

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, meinte bei der Eröffnungssitzung: „Europa muss in große, innovative Veränderungen investieren, um sich aus der Krise zu befreien, das europäische Gesellschaftsmodell zu erhalten und weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Globalisierung ist nicht die Widersacherin der Subsidiarität. Sie ist das genaue Gegenteil. Die Regionen sind der bevorzugte Ort für den Erwerb von Know-how, für Wirtschaftstätigkeit, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt.“ Paweł Samecki, EU-Kommissar für Regionalpolitik, erklärte weiter: „Die Wirtschaftskrise erinnert uns daran, dass alle Regionen Wege finden müssen, um auf globale Herausforderungen zu reagieren. Die

OPEN DAYS sind eine einzigartige Plattform für den Dialog zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und der akademischen Welt.“

KOMMUNAL-Geschäftsführer Michael Zimmer, der im Rahmen der Open Days in Brüssel war, sprach mit Luc Van der Brande über Wege des Ausschusses der Regionen nach der Wirtschaftskrise. Van den Branden sehe, dass jetzt Lösungen nur in Kooperation mit den Regionen und Städten zu finden seien. Auf die Frage nach Einsparungen im Agrarbudget um die Regionen zu stärken, erklärte Van den Brande, dass dieses Geld dann ja in den Regionen bliebe, doch diese besser zusammenarbeiten sollten. „Wir müssen Synergieeffekte stärker nutzen“, so der AdR-Präsident.



Michael Zimmer (2.v.l.) im Kreise von Kollegen im Gespräch mit Luc Van den Brande, Präsident des Ausschusses der Regionen.

„Europa in meiner Region“

OPEN DAYS vor Ort

Im Rahmen von „Europa in meiner Region/Europa in meiner Stadt“ fanden in 33 Ländern 233 Veranstaltungen statt. Österreich organisiert fünf lokale Veranstaltungen:

- ▶ Kärnten: Konferenz „Zukunft der Regionalförderung“ in Klagenfurt
- ▶ Niederösterreich: Verleihung des EUREGIO Innovationspreises in Raabs an der Thaya
- ▶ Steiermark: Debatte „Unsere (regionale) Wirtschaft stärken“ in Graz
- ▶ Oberösterreich: Generalversammlung des Netzwerkes „Les Rencontres“ zum Thema „Digitale Künste, neue Technologien, neue kulturelle Praktiken“ in Linz
- ▶ Wien: Präsentation der Ergebnisse eines Workshops des Projekts CUPA (Co-operative Urban Planning Approach) über Stadtplanung



Die Eröffnungssitzung der Open Days fand im vollbesetzten Plenarsaal des Europa-Parlaments in Brüssel statt.



Dichtgedrängte Sitzreihen bei den Workshops des IRE-Kongresses.

IRE – 5. Konferenz Europäischer Regionen und Städte

Rezepte für Europas Regionen

Das IRE (Institut der Regionen) lud im September hochrangige Gäste aus 23 EU-Ländern nach Salzburg ein. 220 Regionalpolitiker, Lobbyisten und Wirtschaftsvertreter nutzten das Zusammenkommen, um sich zu vernetzen und Rezepte gegen die Krise auszutauschen.

Salzburgs ehemaliger Landeshauptmann Franz Schausberger begrüßte als Gastgeber unter anderem Wilhelm Molterer, Szabolcs Fazekas, EIB (Europäische Investitionsbank), Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen, die Landeshauptleute von Südböhmen, Varazdin (Kroatien) und Vojvodina (Serbien) sowie den Bürgermeister von Lodz in Polen. Dazu gesellten sich IHS-Chef Bernhard Felderer, Gewerbeverein-Präsidentin Margarete Kriz-Zwittekowitz sowie der Süd-

Viele Regionalpolitiker vor allem aus Süd- und Osteuropa können heuer nicht zur Konferenz kommen, weil die nationalen Regierungen den Geldhahn zugezogen haben.

osteuropa-Referent der Wirtschaftskammer Georg Krauchenberg. Auch Kommunalverlag-Geschäftsführer Michael Zimmer nahm an der Veranstaltung teil, und moderierte zudem auch einen vom IRE organisierten Workshop. Schausberger würdigte Öster-

reich mit seinen neun Bundesländern als hervorragendes Beispiel, wie wichtig es ist, die EU-Förderungen der Regionen in entsprechende Strukturen zu leiten. Er in Salzburg sei überzeugt, dass sich die wirtschaftlichen Kontakte aber durchaus noch intensivieren könnten. Ein Schwerpunkt der Konferenz lag bei der Wirtschaftskrise und den Auswirkungen für die Länder und Gemeinden. In Österreich verlieren die Gemeinden dieses Jahr dadurch insgesamt 425 Millionen Euro, so Schausberger. Den Ländern geht es nicht besser, ihnen wird fast das Doppelte prognostiziert. Erst ab 2011 soll sich die Lage verbessern. Dem will die EIB mit einer Erhöhung der Darlehen um 50 Prozent entgegensteuern, erklärte EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen.

Schwerer Schlag für neue Mitglieder

In Süd- und Osteuropa sind manche Kommunen jedoch finanziell völlig ausgebrannt. „Viele Regionalpolitiker können heuer zum

Beispiel nicht zur Konferenz kommen, weil die nationalen Regierungen den Geldhahn zugezogen haben und die Reisebudgets auf null gestellt sind“, berichtet Schausberger. In zahlreichen Regionen Osteuropas gehe es um Existenzfragen, in Ungarn etwa könnten Gemeinden ihren Grundaufgaben nicht mehr nachkommen, außer sie machten noch mehr Schulden. Dies zeigt für den Gastgeber deutlich, wie wichtig die Regionalisierung sei, die teuren zentralen Verwaltungen so nicht weiter aufrechtzuerhalten. Mehr Infos und Fotos auf www.institut-ire.eu



Den krisenbedingten Mindereinnahmen der Gemeinden steuert die EIB mit einer Erhöhung der Darlehen um 50 Prozent entgegen.

EIB- Vizepräsident
Matthias Kollatz-Ahnen

Die Gemeinden sollen auch im Europäischen Parlament stark vertreten sein

Menü für die Zusammenarbeit

Zum ersten Mal organisierten Österreichischer Gemeindebund und Städtebund ein gemeinsames Mittagessen mit Österreichs Abgeordneten zum Europa-Parlament. Die Resonanz entsprach der Bedeutung kommunaler Anliegen in Europa.

Bei dem Treffen, das Anfang Oktober stattfand, durften die jeweiligen politischen Vertreter der beiden Verbände, Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer für den Gemeindebund und Bgm. Heinz Schaden aus Salzburg für den Städtebund, die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) begrüßen: Es ging darum, die Bedenken und die Interessen der österreichischen Gemeinden klarzustellen und sie in den Fokus des europäischen Gesetzgebungsprozesses zu setzen. Vor allem die Beteiligung der Gemeinden am europäischen Integrationsprozess ist unabdingbar, damit nicht nur der Rechtsbestand europaweit harmonisiert, sondern auch das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt wird.

Gute Zusammenarbeit mit den MdEP

Es ist zweifellos eine Anerkennung für die Leistungen der Gemeinden und ihrer Interessenvertretung in Brüssel, dass die österreichischen Abgeordneten zum EP so zahlreich erschienen sind. Präsident Mödlhammer und Gemeindebund-General Robert Hink empfingen nicht nur die beiden Delegationsleiter



Nahezu geschlossen folgten die österreichischen EU-Abgeordneten der Einladung des Gemeindebundes und diskutierten über die Bedeutung der Gemeinden in einem gemeinsamen Europa.

Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon bringt neben mehr Rechten für Gemeinden weniger AdR-Mitglieder für Österreich.

Paul Rübiger, Johannes Peinsteiner und Helmut Mödlhammer in der Diskussion



Vertrages von Lissabon die Anzahl der Mitglieder von 12 auf neun für die österreichische Delegation reduzieren könnte, klar ausgedrückt. In dem Hinblick stützt

Ernst Strasser und Hannes Swoboda, sondern auch Eva Lichtenberger, Karin Kadenbach, Jörg Leichtfried, Othmar Karas, Paul Rübiger, Richard Seeber und Elisabeth Köstinger.

In der Diskussion bestand Mödlhammer darauf, dass die kommunalen Anliegen in den europäischen Institutionen, aber insbesondere im Europäischen Parlament wahrgenommen werden. Beim Erlass von neuen Rechtsakten möge besonders auf die Kosten der Umsetzung geschaut werden, so der Gemeindebund-Chef. Ohne jetzt spezifische Themen anzusprechen, hat Präsident Mödlhammer dennoch die wichtige Rolle der Gemeinden im Bereich des Klima- und Umweltschutzes betont. Auch hat er seine Anliegen in Bezug auf die neue Besetzung des Ausschusses der Regionen (AdR), der mit dem Inkrafttreten des

sich der Gemeindebund nicht nur auf die heimischen Ministerien, sondern auch auf die Abgeordneten, damit die kommunalen Interessen weiterhin ihren Platz und Rang im Ausschuss der Regionen bewahren können.

Über 70 Prozent der Gesetzestexte werden in Brüssel gestaltet

Seinen Ausklang fand das Treffen nach der Eröffnung des Buffets, bei dem kommunale Politiker, Mitglieder des Europäischen Parlaments und Beamte der beiden Verbände saßen und sich über diverse Themen unterhielten. Festzuhalten ist, dass es immer wichtiger für den Gemeindebund wird, sich in Brüssel zu präsentieren, da über 70 Prozent der Gesetzestexte in Brüssel gestaltet werden.

Mehr auf www.gemeindebund.at



Erst die Arbeit, dann das Vergnügen. Das ist eine fixe Devise des Österreichischen Gemeindebundes, der auch den schwedischen Gemeinden nicht fremd ist. Hier die Gemeindebund-Delegation bei einer Arbeitssitzung im gastlichen Haus des schwedischen Verbandes.



Das Vergnügen in Form von Sightseeing kam natürlich auch nicht zu kurz. Und der eine oder andere erblasste angesichts des mächtigen und beeindruckenden Rathauses von Stockholm.

Gemeindebund-Studienreise nach Stockholm

Zu Besuch bei den Gemeinden der „Mitternachtsonne“

Anfang Oktober führte die schwedische EU-Ratspräsidentschaft den Österreichischen Gemeindebund zu einer Studienreise in den „hohen“ Norden.

Rund 40 Teilnehmer aus den österreichischen Gemeinden, angeführt von Präsident Helmut Mödlhammer und General Robert Hink machten sich Anfang Oktober auf die Reise nach Stockholm.

Neben den fast schon obligatorischen Besuchen bei Österreichs Botschaft in der aktuellen EU-Hauptstadt war der Kontakt



zum schwedischen „Schwesterverband“ natürlich ein Hauptanliegen. Welche Gemeinsamkeiten unsere Vertreter im hohen Norden herausfanden, welche Lehren sie aus der Reise zogen, berichten wir in der November-Ausgabe von KOMMUNAL.

450 Angestellte und ein siebenstöckiges Bürohaus: Keine Konzernzentrale, sondern der schwedische Gemeindeverband „Sveriges kommuner och landsting“ (SKL), zuständig für 290 Gemeinden.

Ankündigung

KOMMUNAL wird in der November-Ausgabe ausführlich über die Reise nach Schweden berichten. Auf www.gemeindebund.at finden Sie aber schon jetzt Berichte und Fotos.

Der AdR holt Know-how der europäischen Städte und Regionen nach Brüssel

Kommunales Fachwissen in Europa gebündelt eingesetzt

Rund zwei Drittel aller europäischen Rechtsvorschriften werden von Europas lokalen und regionalen Gebietskörperschaften direkt vor Ort in die Praxis umgesetzt, von der Vergaberichtlinie bis zu Umweltschutzmaßnahmen.

Um die EU-Gesetzgebung näher an die Praxis und damit näher an die Bürger zu bringen, stellt sich also die Frage, wie sich Europas Regionen und Städte in die Vorbereitung dieser Rechtsvorschriften einbringen können – und wie die EU-Institutionen von ihrem Fachwissen und ihrer praktischen Erfahrung profitieren können. Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat es sich zum Ziel gesetzt, dieses Know-how auf EU-Ebene zu bündeln und den anderen Institutionen zu vermitteln.

Neben der Erarbeitung von Stellungnahmen zu konkreten EU-Gesetzesvorhaben oder bereits vorgeschlagenen Initiativen bedeutet dies für den AdR auch, sein lokales „Know-how“ bereits in die wichtige Vorbereitungsphase dieser Gesetzesvorhaben einfließen zu lassen. So hat der AdR heuer bereits zwei umfangreiche Konsultationen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften organisiert. Die erste hatte die Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010 zum Thema, und die Ergebnisse dieser Konsultation wurden im Rahmen der OPEN DAYS 2009, der

Neben der Erarbeitung von Stellungnahmen zu konkreten EU-Gesetzesvorhaben lässt der AdR sein lokales „Know-how“ auch in die wichtige Vorbereitungsphase dieser Gesetzesvorhaben einfließen.



Im AdR sitzen die kommunalen Vertreter gleichberechtigt neben den EU-Kommissaren – so wie hier Erwin Mohr für den Österreichischen Gemeindebund und EU-Kommissarin Margot Wallström.

Europäischen Woche der Regionen und Städte, im Oktober in Brüssel präsentiert. Über 80 Regionen, Städte und Verbände haben diese Gelegenheit wahrgenommen, um den europäischen Staats- und Regierungschefs ihre Erwartungen und Forderungen an die zukünftige Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu erörtern.

Die zweite Konsultation ist derzeit noch offen und bezieht sich auf die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im politischen Mehrebenensystem der EU, der sogenannten „Multi-Level-Governance“.

Berichterstatter nutzen kommunales Know-how

Auch die „Berichterstatter“ des AdR können sich auf die Expertise der europäischen Gemeinden, Städte und Regionen stützen: So organisieren sie im Rahmen der Vorbereitung ihres Be-

richts immer öfter themenbezogene Diskussionen und Arbeitssitzungen mit den nationalen und europäischen Verbänden lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, wenn der AdR von der Europäischen Kommission, dem Ministerrat oder dem Europäischen Parlament mit Rechtsetzungsvorschlägen oder neuen politischen Initiativen befasst wird.

Ob im Bereich der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, der Förderung der lokalen Demokratie in den Nachbarländern der EU oder in den zahlreichen anderen Politikbereichen, in denen Europas Städte und Regionen wertvolle Erfahrungen und Ideen einbringen können: das von den Verbänden gebündelte Fachwissen der lokalen Akteure ermöglicht es den AdR-Berichterstattern, konkrete und zielgerichtete Verbesserungsvorschläge für EU-Gesetzesvorhaben zu machen. Diese AdR-Initiativen ermöglichen es den europäischen Regionen und Städten, sich Gehör zu verschaffen und aktiv am europäischen Entscheidungsfindungsprozess teilzunehmen, indem sie ihr Know-how in Brüssel zur Geltung bringen.

Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

Rue Belliard 101,
B-1040 Brüssel
Tel.: 0032/2/282 2211
Fax: 0032/2/ 282 2325
Web: www.cor.europa.eu

Europa findet in den Gemeinden statt

Der kommunale Beitrag zu Europa ist essenziell

Die Gemeinden sind das natürliche Fundament Europas. Sehr viele Regelungen auf europäischer Ebene wirken sich unmittelbar auf kommunale Aufgabenfelder aus oder sind in den Gemeinden umzusetzen. Die Bürgermeister sind oft die ersten Ansprechpartner, auch wenn es um Sorgen oder Anliegen an Europa geht.

„Dass die Österreicherinnen und Österreicher mehr Diskussion zu Europa und vor allem das direkte Gespräch – einen echten ‚Bürgerdialog‘ zu europäischen Fragen – wollen, ist eine Erfahrung, die ich aus meiner ‚EU-Zuhörtour‘ der letzten Monate quer durch Österreich gewonnen habe“, so Außenminister Michael Spindelegger.

Die Gemeinden sind bei diesem EU-Dialog ein ganz entscheidendes Element, sie müssen aktiv eingebunden werden. „Daher suche ich, wo immer ich die Möglichkeit habe, das Gespräch mit Bürgermeistern und Gemeindevertretern, um sie als Mitträger des Europa-Dialogs zu gewinnen. Dabei stelle ich mir konkret vor, dass in möglichst vielen Gemeinden eigene Europa-Gemeinderäte bestellt werden. Diese ‚EU-Beauftragten‘ könnten – ähnlich wie Gemeindeforen für Jugend-, Bau-



Michael Spindelegger: In möglichst vielen Gemeinden sollten eigene Europa-Gemeinderäte bestellt werden. Diese „EU-Beauftragten“ könnten einen wesentlichen Beitrag leisten, damit Entscheidungen der EU „vor Ort“ besser erklärt, verstanden und mitgetragen werden.

oder Umweltfragen – zentrale Anlaufstelle für Europa-Themen in den Gemeinden sein und einen wesentlichen Beitrag leisten, damit Entscheidungen der EU ‚vor Ort‘ besser erklärt, verstanden und mitgetragen werden“, wie Spindelegger ausführte.

Selbstverwaltung und Subsidiarität verankert

Aus einer aktuellen Umfrage geht hervor, dass sich 78 Prozent der Österreicher als Europäer fühlen, und dennoch wis-

78 Prozent der Österreicher fühlen sich als Europäer, und dennoch ist die regionale Identität für die Bürger oft prägender als die nationale oder gar die europäische.

se man, dass die regionale Identität für die Bürger oft prägender ist als die nationale oder gar europäische. Dem versucht die EU auch im Vertrag von Lissabon, dessen Inkrafttreten nach dem irischen Ja nunmehr in greifbare Nähe gerückt ist, gerecht zu werden. So wird im Reformvertrag zum ersten Mal auf EU-Ebene ausdrücklich das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden europaweit verankert. Das Subsidiaritätsprinzip, wonach auf europäischer Ebene nur geregelt werden soll, was von den Mitgliedstaaten nicht besser selbst geregelt werden kann, wird mit dem neuen EU-Vertrag bewusst auf die regionale und lokale Ebene ausgedehnt. (Weitere Informationen finden Sie auf der Außenministeriums-Website

www.bmeia.gv.at unter:
EU-Reformvertrag im Volltext
zum Nachlesen.)

EU-Engagement muss sichtbarer werden

Seit 1995 wurden an die 25.000 von der EU geförderte Projekte in den Bundesländern und Gemeinden durchgeführt. Spindelegger: „Viele kommunale und regionale Projekte wären ohne EU-Förderungen nicht realisierbar, allerdings ist dieses Engagement oft nicht erkennbar. Es geht mir daher darum, bewusst zu machen, dass die EU konkreten Nutzen bringt und mit EU-Mitteln in unseren Gemeinden vieles bewegt wird. In diesem Kontext lade ich die Gemeinden ein, ‚Europaprofile‘ zu erstellen, um zu verdeutlichen, welchen Beitrag die EU zur regionalen Entwicklung unserer Gemeinden leistet.“

Die Menschen erwarten in einer Zeit massiver Umbrüche Vertrautheit und Orientierung. Das kann am ehesten auf lokaler Ebene geleistet werden.

Österreich hat wie kaum ein Land vom EU-Beitritt profitiert. Die Menschen spüren: gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten ist die EU unverzichtbar. Vielen ist bewusst, dass wir die EU heute mehr denn je brauchen, wenn wir die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Wirtschaftskrise, Klimawandel und Energieversorgung bewältigen wollen. Gleichzeitig erwarten die Menschen in einer Zeit massiver Umbrüche Vertrautheit und Orientierung. Das kann am ehesten auf lokaler Ebene geleistet werden.

Der Beitrag auf lokaler Ebene, das Engagement der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und künftig der EU-Gemeinderäte ist essenziell, wenn es uns gelingen soll, den konkreten Nutzen des gemeinsamen Europas vor Ort unmittelbar verständlich und erlebbar zu machen.



WKO-Präsident Christoph Leitl und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer freuen sich über die europäische Auszeichnung für die „Aktion Europaschirm“, die in vielen, vielen Gemeinden erfolgreich gelaufen ist.

Gemeindebund- und WKO-Aktion gewinnt europäischen Preis

Ausgezeichnet

Bei der dritten Auflage des Preises des „European Economic and Social Committee“ (EESC) wurde ein Projekt ausgezeichnet, an dem der Österreichische Gemeindebund maßgeblich mitgewirkt hat. Die gemeinsame „Aktion Europaschirm“ des Gemeindebundes mit der Wirtschaftskammer Österreich erreichte beim „Civil society prize“ den hervorragenden dritten Platz. Im Rahmen dieser Aktion konnten die österreichischen Gemeinden über den Gemeindebund einen kostenfreien EU-Informationsstand für Dorffeste, Kirtage oder andere Gemeindeveranstaltungen buchen. Hochwertiges Informationsmaterial wurde ebenso bereitgestellt, wie Referenten. Vielfach nahmen auch österreichische EU-Abgeordnete diese Möglichkeit wahr, um mit Bürgerinnen und Bürgern direkt und vor Ort die Probleme der EU und die Ängste

der Menschen zu diskutieren. „Die Aktion hat uns gezeigt, dass teure Inseraten- und Werbekampagnen kein Mittel für gute EU-Information sind“, so Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. „Man muss zu den Menschen hin, direkt mit ihnen sprechen. Die Kommunalpolitiker haben den besten Kontakt zu den Menschen, Ihnen vertraut man. Und Europa muss von unten nach oben wachsen, sonst wird die Skepsis dauerhaft zu groß sein. Ich freue mich sehr, dass es uns hier gemeinsam mit der WKO gelungen ist, einen erfolgreichen Informationskanal zu den Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen. Die EESC-Auszeichnung ist eine schöne Anerkennung für unser Projekt, das mit viel Engagement und Herzblut angetrieben wurde“, so Hink. Mehr Informationen auf www.gemeindebund.at

Wirtschaftsministerium stützt Betriebe mit „KMU-Paket‘09“

Neues Kraftpaket für den Mittelstand vorgestellt

Gemeinsam durch die Krise: Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner entlastet und fördert kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit einem vielfältigen Maßnahmenbündel.

Um das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft zu stärken, setzt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner auf ein neues Kraftpaket für den unternehmerischen Mittelstand. „Das KMU-Paket 09 bringt den Betrieben bessere Rahmenbedingungen, mehr Innovationsförderung, einen leichteren Zugang zu Finanzierungen sowie ein besseres Image durch ein neues Gütesiegel“, so Mitterlehner. „Das erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und sichert zahlreiche Jobs.“ Im Detail:

► Effizientere Finanzierungen

Besonders wichtig sind Mitterlehner „bessere Angebote“ bei den Finanzierungen über das Austria Wirtschaftsservice (aws). Daher kommt es am 30. Dezember zu einer Umstellung der Zinszahlung bei ERP-Krediten, wodurch die Zinsen für diese Periode nicht schon am 2.

Reformen im Vergabeverfahren bringen große Vorteile, weil öffentliche Gelder – etwa von Gemeinden – schneller bei den Unternehmen in der Region ankommen.

Jänner 2010 fällig sind, sondern erst am 31. März. Der Liquiditätsgewinn liegt bei fünf Millionen Euro. Bessere Kondi-



Foto: BMWFJ

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner: Neues Gütesiegel für Meisterbetriebe sowie weniger Bürokratie und effizientere Finanzierungen für KMU.

tionen gibt es auch für neue ERP-Kleinkredite. Der Fixzinsatz von zwei Prozent wurde ab dem 1. Oktober auf 1,5 Prozent gesenkt.

► Weniger Bürokratie, schnellere öffentliche Aufträge

Um tausende KMU von aufwändigen statistischen Meldepflichten im Export zu entlasten, hat Mitterlehner vor kurzem die Handelsstatistik-Verordnung unterzeichnet. Der Spareffekt liegt bei bis zu einer Million Euro. Große Vorteile bringen zudem Reformen im Vergabeverfahren, wodurch öffentliche Gelder – etwa von Gemeinden – schneller bei den Unternehmen in der Region ankommen. So ist seit einigen Monaten im Baubereich eine Direktvergabe bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro möglich. Über diesem Schwellenwert kommt es bis zu einer

Auftragshöhe von einer Million Euro zu einem verkürzten Vergabeverfahren. Ähnliche Erleichterungen gibt es bei öffentlichen Liefer- und Dienstleistungsprojekten.

► Neues Gütesiegel

Ein weiterer Punkt des KMU-Pakets 09 ist ein Gütesiegel für Meisterbetriebe. „Dadurch wird die hohe Qualität der 20.000 Meisterbetriebe stärker gewürdigt und für deren Kunden noch sichtbarer“, betont Mitterlehner. Das neue Symbol kann auf dem Briefpapier, bei PR-Aktionen, für den Internetauftritt sowie Betriebsmitteln verwendet werden.

► Unternehmen schneller gründen

Darüber hinaus setzt sich das Wirtschaftsministerium für eine schnelle GmbH-Reform ein, um zusätzliche Impulse gegen die Rezession zu setzen. Die Kosten einer Unternehmensgründung und deren Dauer sollen deutlich sinken.

► Innovationen stärker fördern

Ebenfalls auf der Agenda steht die Forcierung von Innovationen. Das Wirtschaftsministerium setzt dafür auf maßgeschneiderte Förderprogramme, über die zum Beispiel zukunftssträchtige Projekte wie mobile Elektro-Tankstellen unterstützt werden. Ausgebaut wird zudem der Innovationsscheck, über den KMU 5000 Euro für Machbarkeitsstudien sowie zur Vorbereitung von Forschungstätigkeiten erhalten. „Bisher wurden 2700 Schecks ausgestellt, wobei besonders erfreulich ist, dass 27 Prozent der geförderten Betriebe zusätzliche Innovationsaktivitäten gesetzt haben“, so Mitterlehner.

Sicherheit gestalten: Neue Dienststellen, neue Fahrzeuge, neue Hubschrauber

Mit neuen Rädern und Rotoren für mehr Sicherheit in Österreich

„Unsere Polizistinnen und Polizisten setzen ihre Gesundheit – manchmal sogar ihr Leben – dafür ein, dass die Menschen in Österreich Sicherheit erleben“, sagt Innenministerin Maria Fekter. „Sie brauchen moderne Arbeitsbedingungen.“ Heuer gibt es zusätzliche Mittel, damit Maßnahmen gegen Kriminelle und für ein sicheres Österreich garantiert sind.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde die Polizei im Rahmen einer Modernisierungsoffensive auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Seit 2000 wurden über 500 Dienststellen des Innenministeriums renoviert, modernisiert oder neu errichtet. Die Modernisierungsoffensive wird auch kommendes Jahr fortgesetzt.

Allein 2009 gab es Baumaßnahmen bei 53 Polizeigebäuden in allen Bundesländern, 17 neue Polizeidienststellen konnten bundesweit eröffnet werden: Von Innenministerin Maria Fekter wurden zuletzt im September die Polizeiinspektionen Laakirchen, Gunskirchen in Oberösterreich sowie die Außenstelle



„Unsere Polizistinnen und Polizisten kämpfen gegen Einbrecher und andere Kriminelle. Dafür brauchen sie auch das richtige Fahrzeug“, betont Maria Fekter.

können – die bauliche Ausstattung erfolgte nach den allerneuesten Richtlinien für Arbeitsstätten. Unsere Polizistinnen und Polizisten finden mehr Platz vor als auf den alten Polizeiinspektionen. Zudem entspricht nun die EDV dem neuesten Stand der Technik.

Modernes Fuhrpark-Management

Auch beim Fuhrpark-Management wurde ein neuer Weg beschritten, damit die Polizei dauerhaft neue oder neuwertige Fahrzeuge hat. Seit drei Jahren setzt die Polizei auf Leasingfahrzeuge. „Unsere Polizistinnen und Polizisten kämpfen gegen Einbrecher und andere Kriminelle. Dafür brauchen sie auch das richtige Auto“, betont Fekter. „Moderne Ausrüstung für mehr Sicherheit in Österreich.“

Das vertragliche Leistungspaket umfasst die Fahrzeugnutzung, die Wartung der Fahrzeuge sowie Verschleißreparaturen, Sommer- und Winterreifen in unlimitierter Anzahl sowie die Schadensabwicklung mit Kfz-Werkstätten und involvierten Versicherungen.

Das Innenministerium verfügt über acht Hubschrauber der neuesten Generation. Im April 2008 wurde der erste „EC 135“ der Firma Eurocopter an das Innenministerium übergeben; drei weitere wurden rechtzeitig bis zum Beginn der Fußball-Europameisterschaft 2008 geliefert, die restlichen vier wurden 2009 an die Flugeinsatzstellen Graz, Hohenems, Klagenfurt und Linz übergeben. Die zweimotorigen „EC 135“ sind sicherer und leiser, das bedeutet geringere Lärmbelastung für Anrainer bei den Flugeinsatzstellen. Die heutigen Einsatzanforderungen, vor allem bei Katastrophen wie Hochwässern und Lawinenabgängen, können mit den stärkeren Maschinen besser bewältigt werden – vor allem in der Nacht und im Hochgebirge. Die Anschaffung der neuen Geräte führt mittelfristig zu einer Typenreduktion. Das bringt Vorteile bei der Ausbildung, Wartung und Ersatzteillagerhaltung mit sich.

Das Leistungspaket des Fuhrpark-Managements umfasst die Fahrzeugnutzung, die Wartung der Fahrzeuge sowie Verschleißreparaturen, Sommer- und Winterreifen in unlimitierter Anzahl sowie die Schadensabwicklung mit Kfz-Werkstätten und involvierten Versicherungen.

des Landeskriminalamts Niederösterreich in Mödling eröffnet. In ganz Österreich gibt es knapp über 1000 Polizeiinspektionen. Die renovierten und neu errichteten Dienststellen schaffen für unsere Polizistinnen und Polizisten beste Voraussetzungen, um möglichst optimal arbeiten zu

Der Polizei-Fuhrpark

Burgenland	353
Kärnten	567
Niederösterreich	1279
Oberösterreich	764
Salzburg	317
Steiermark	784
Tirol	463
Vorarlberg	232
Wien	954

Stand 1. September 2009



Oben: Der Auftakt im Burgenland.
Rechts: Der „Radgipfel“ auf dem Großglockner erreicht.

Radtour brachte das Riesenpotenzial des Fahrrads ans Tageslicht

Wadel mit: Vom Neusiedlersee bis zum Bodensee

Die „Wadel mit!“-Tour von Umweltminister Niki Berlakovich startete am 10. Juni mit dem Radgipfel Burgenland und endete am 11. September mit dem Radgipfel Vorarlberg.

„Auf meiner Informationstour durch die Bundesländer konnte ich mich überzeugen, dass immer mehr ÖsterreicherInnen das Potenzial des Fahrrades erkennen und auch nutzen. Besonders Länder und Gemeinden sind wichtige Partner bei der Radverkehrsförderung. Darum freut es mich besonders, dass sechs Bundesländer bereits klima:aktiv mobil-Projektpartner des Lebensministeriums sind und sich – wie die Bundesregierung – das Ziel gesteckt haben, den Radverkehrsanteil massiv zu steigern. Gemeinsam können wir bis 2015 sogar die Verdopplung des Radverkehrs schaf-



Am 11. September – dem Tag des Gemeindetages – war der große Schlusspunkt in Vorarlberg.

fen. Darum hat die Unterstützung der Länder und Gemeinden für mich oberste Priorität, und ich lade alle EntscheidungsträgerInnen ein, die klima:aktiv mobil-Angebote des Lebensministeriums zu nutzen und eine Partnerschaft abzuschließen. Denn Radfahren ist in Österreich auch zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. Mit einer Wertschöpfung von jährlich 882,5 Millionen Euro und 18.000 sicheren Green Jobs. Das ist eine Entwicklung, die wir unbedingt weiter fördern müssen“, zog Umweltminister Niki Berlakovich zum Ab-

schluss seiner Informationstour „Vom Neusiedlersee bis zum Bodensee“ Bilanz.

Das waren die Höhepunkte der „Wadel mit!“-Tour

Der Auftakt zur Radinformationstour erfolgte am 10. Juni in Neusiedl am See. Politische EntscheidungsträgerInnen und Fachleute von Verkehrsunternehmen, aus dem Radtourismus sowie Radverkehrsbeauftragte der Landes- und Gemeindeverwaltungen diskutierten mit Umweltminister Niki Berlakovich über die Situation sowie über Chancen und Potenziale des Radverkehrs im Burgenland. Am 6. Juli radelte Umweltminister Berlakovich in Wien eine Etappe der Klimatour des Klimabündnisses mit. Der Radgipfel Niederösterreich stand dann ganz im Zeichen von automatischen Radverleihsystemen. „Investitionen zur Steigerung des Radverkehrs lohnen sich. Durch neue Trends, wie Elektrofahrräder, entstehen in der Steiermark 100 neue Arbeitsplätze. Das sind gute Gründe, warum das Land Steiermark den Radverkehrsanteil auf 12 Prozent

Fotos: Stiplovsek, Niko Formanek, Peter Hautzinger



verdoppeln will," erklärte Umweltminister Niki Berlakovich am 16. Juli beim Radgipfel in Graz.

Ein weiteres Rad-Gipfeltreffen fand dann am 24. August auf dem Großglockner statt. Auf der Königs-Etappe der Radrundfahrt lud Umweltminister Niki Berlakovich PolitikerInnen (darunter Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer), Wirtschaftstreibende, JournalistInnen und SportlerInnen ein, die Leistungsfähigkeit von Elektrofahrzeugen zu testen und die Großglockner-Hochalpenstraße mit Elektrofahrrädern zu bezwingen.

Beim Radgipfel Tirol in Innsbruck wurden bei einer zweitägigen Fachveranstaltung mit nationalen und internationalen ExpertInnen die Synergien zwischen Radtourismus und Alltagsradfahren beleuchtet.

„Oberösterreichs Wirtschaft profitiert besonders vom Fahrradboom: über ein Fünftel der Fahrrad-Wertschöpfung in Österreich wird in Oberösterreich erwirtschaftet und sichern 3900 ‚Green Jobs‘ in Oberösterreich“, erläuterte Umweltminister Niki Berlakovich in der Diskussion mit Radverkehrsexperten beim Radgipfel Oberösterreich am 8. September in Linz.

Im Ländle hängen 1100 Jobs am Fahrrad, und die direkte Wertschöpfung aus der Radwirtschaft beträgt hier 53 Millionen Euro. Vorarlberg ist mit einem Radverkehrsanteil von 15 Prozent (2008) absoluter Spitzenreiter beim Radfahren in Österreich. Besonders innovativ ist der Plan des Landes, ein Netz von überregionalen „Fahrradschnellstraßen“ zu errichten. Diese Fahrradschnellstraßen sollen eine Mindestqualität aufweisen (Breite, Kurvenradien etc.) und an Kreuzungen Vorrang gegenüber dem Querverkehr bekommen. Vorbildhaft ist auch die intermodale Verknüpfung mit dem Öffentlichen Verkehr.

Im Chronik-Teil (**Seite 84**) dieser Ausgabe werden zwei Broschüren vorgestellt, die „Gesundheitseffekte“ und „Infrastruktur“ unter spezieller Berücksichtigung des Fahrrades zum Inhalt haben.

Wie Österreichs Gemeinden Energie-autark werden können

Zehn Schritte zur Energieautarkie

Energieautarkie ist das Bestreben einer Gemeinde oder Region, die Energieversorgung in den Bereichen Wärme, Strom und Verkehr von fossiler Energie sowie von Importen weitgehend unabhängig zu machen. Energieautarkie ist nicht als Abkapselung nach außen zu verstehen, sondern besteht in der optimalen und effizienten Nutzung der vorhandenen lokalen Potenziale und Ressourcen an erneuerbaren Energien.

- ▶ Strom aus der Region
- ▶ Mobilität aus erneuerbarer Energie



Zehn Schritte zur Energieautarkie

- ▶ Integration des Energieautarkie-/ Klimaschutzgedankens
- ▶ Erstellen einer Analyse des energetischen Ist-Zustandes
- ▶ Thermische Sanierung gemeindeeigener Gebäude
- ▶ Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens bei Flächenwidmung, (Bau-)Vollzugskontrolle und Beschaffung
- ▶ Effizienzsteigerung bei der Infrastruktur
- ▶ Förderung sanfter Mobilität
- ▶ Beratung der EinwohnerInnen
- ▶ Nutzung regionaler erneuerbarer Energien für Raumwärme und Warmwasser

Machen Sie den ersten Schritt!

Das Lebensministerium unterstützt die Gemeinden dabei mit einer Vielzahl von Förderungen und Beratungsprogrammen.

Die ExpertInnen des Lebensministeriums stehen den Gemeinden dabei mit ihrer Erfahrung zur Seite. Sie beraten und erarbeiten in enger Abstimmung mit den Gemeinden maßgeschneiderte Projekte und Maßnahmen. Infos auf

www.klimafonds.gv.at
www.public-consulting.at
www.klimaaktiv.at/energieautarkie

Novelle: Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz

Mit BGBl. I Nr. 87/2009 wurde die UVP-G-Novelle 2009 kundgemacht. Ziel der Novelle ist die Herstellung der EU-Konformität im Hinblick auf laufende Beschwerdeverfahren der Europäischen Kommission, die Verstärkung des Klimaschutzes bei der UVP durch Vor-

lage eines Klima- und Energiekonzeptes, raschere und effizientere Durchführung der Verfahren und mehr Rechtssicherheit für ProjektwerberInnen und Beteiligte. Infos auf www.lebensministerium.at, KOMMUNAL wird in der November-Ausgabe ausführlich berichten.

Wasseraktiv-Beteiligung endet am 31. Oktober

Die Beteiligung der Öffentlichkeit zur Wasserrahmenrichtlinie läuft noch bis Ende Oktober 2009. Bis dahin kann die Bevölkerung ihre Meinung zum Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan auf einer eigens eingerichte-

ten Webseite www.wasseraktiv.at abgeben. Weiters kann man sich auf der Webseite über heimische Flüsse, Seen und Trinkwasser sowie Veranstaltungen informieren. Schauen Sie rein: www.wasseraktiv.at





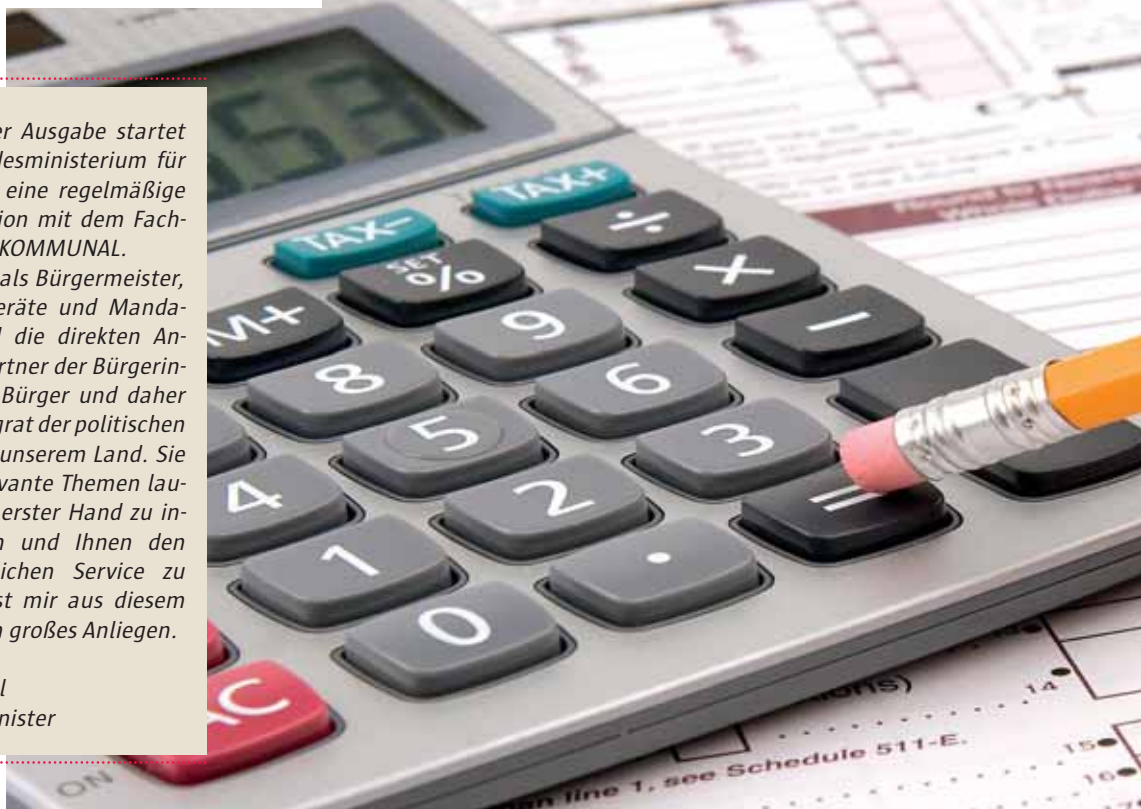
Foto: BMF

Mit dieser Ausgabe startet das Bundesministerium für Finanzen eine regelmäßige Kooperation mit dem Fachmagazin KOMMUNAL.

Denn Sie als Bürgermeister, Gemeinderäte und Mandatäre sind die direkten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger und daher das Rückgrat der politischen Arbeit in unserem Land. Sie über relevante Themen laufend aus erster Hand zu informieren und Ihnen den bestmöglichen Service zu bieten, ist mir aus diesem Grund ein großes Anliegen.

Ihr

Josef Pröll
Finanzminister



Steuerliche Regelungen für politische Mandatare

Was ist absetzbar und was nicht?

Politische Funktionen bringen oftmals spezielle Aufwendungen mit sich (zum Beispiel Spenden an die Musikkapelle, Bewirtung im Zuge einer Weihnachtsfeier etc.). Wir wollen Sie optimal informieren und bieten Ihnen als besonderen Service des Finanzministeriums im nachfolgenden Artikel viele nützliche Informationen rund um das Thema steuerliche Absetzbarkeit für Gemeindevertreter.

Mag. (FH) Michael Krammer

Welche Werbungskosten können berücksichtigt werden? Ab wann ist ein Pokal wirklich steuerlich absetzbar? Antworten auf diese und weitere Fragen finden Sie hier – detailliert, informativ und verständlich.

Pauschalierung oder Werbungskosten

Grundsätzlich können Sie als Politiker entweder die Pauschalierung in Anspruch nehmen oder die tatsächlichen Werbungskosten geltend machen.



Mag. (FH) Michael Krammer ist in der Abteilung VI/7 Lohnsteuer des BMF

Pauschalierung

Anstatt der tatsächlichen Werbungskosten besteht auch die Möglichkeit, eine Pauschalierung in Anspruch zu nehmen. Der Vorteil besteht darin, dass keine tatsächlichen Aufwendungen nachgewiesen und somit auch keine Belege „gesammelt“ werden müssen.

Die Pauschalierung beträgt 15 Prozent der Bemessungsgrundlage (Einnahmen), mindestens 438 Euro jährlich, höchstens 2628 Euro jährlich. Der Mindestbetrag kann nicht zu negativen Einkünften führen. Die Werbungskostenpauschalierung gilt nur für Mitglieder ei-

ner Stadt-, Gemeinde- oder Ortsvertretung. Dazu zählen beispielsweise Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte, geschäftsführende Gemeinderäte, Gemeindevertreter, Bezirks- und Ortsvertreter, Bezirksvorsteher sowie deren Vertreter und Ortsvorsteher laut Gemeindeordnung.

Beispiel 1: Bezieht ein Gemeinderat Entschädigungen von 12 mal 400 Euro, insgesamt 4800 Euro jährlich, stehen ihm pauschale Werbungskosten in Höhe von 720 Euro (15 Prozent von 4800 Euro) zu.

Beispiel 2: Bezieht ein Bürgermeister einen Bezug von 14 mal 2550 Euro, stehen ihm pauschale Werbungskosten in Höhe von 2628 Euro zu (15 Prozent von der Bemessungsgrundlage von 12 mal 2550 Euro = 30.600 Euro; das wären 4590 Euro; höchstens wird aber nur ein Betrag von 2628 Euro angesetzt).

Möchten Mandatäre die tatsächlichen Werbungskosten in Anspruch nehmen, müssen die entsprechenden Belege „gesammelt“ werden.

Die Werbungskostenpauschale für Politiker ermöglicht es, ohne Nachweis von tatsächlichen Werbungskosten 15 Prozent der Einnahmen aus der politischen Tätigkeit als pauschale Werbungskosten geltend zu machen.

Foto: iStock © Alonzo Adams

Werbungskosten

Möchten Sie die tatsächlichen Werbungskosten in Anspruch nehmen, müssen die entsprechenden Belege „gesammelt“ werden.

Partei- und Klubbeiträge

Steuerlich absetzbar

Zahlungen an politische Parteien, die auf Grund einer politischen Funktion geleistet werden müssen – sowohl laufende als auch außerordentliche Zahlungen (beispielsweise aus Anlass eines Wahlkampfes, sofern die Leistung von dem statutenmäßig zuständigen Organ beschlossen wird).

Steuerlich nicht absetzbar

Mitgliedsbeiträge an die Partei, die auch von Mitgliedern ohne politische Funktion geleistet werden.

Spenden, Geschenke

Steuerlich als Werbungskosten abzugsfähig sind:

- Pokale und gleichartige Sachspenden. Diese haben zur Herstellung eines entsprechenden Werbecharakters die Namensaufschrift des Spenders sowie die Funktionsbezeichnung (zum Beispiel „Bürgermeister“) zu tragen.
- Zahlungen, die aus berufli-

chen Anlässen im Wahlkreis eines Mandatars erfolgen (zum Beispiel Spenden an Musikkapellen, anlässlich eines Ballbesuches oder Tombolas).

- Spenden in Form der Abnahme von Karten für Veranstaltungen im Wahlkreis des Politikers (zum Beispiel Bälle einschließlich Maturabälle). Der Ballbesuch eines Politikers in seinem Wahlkreis ist normalerweise als beruflich veranlasst anzusehen.
- „Werbewirkungen“: Wendet ein Mandatar in seinem Wahlkreis Beträge auf (zum Beispiel Anschaffung von Parkbänken, eines Wartehäuschens), dann sind auch diese Beträge im Regelfall absetzbar. „Werbewirkung“ ergibt sich normalerweise aus der Publikation in der Lokalpresse. Dies gilt auch für Spenden an regionale soziale, gemeinnützige, mildtätige, kirchliche oder ähnliche Vereine, die eine „Werbewirkung“ aufweisen. Nicht abzugsfähig sind Zuwendungen an überörtlich tätige Organisationen, da der Werbecharakter der Zuwendung zu verneinen ist. Bitte beachten Sie in diesem Zusammenhang auch die Neuerung zur Absetzbarkeit von Spenden an (mildtätige) Vereine, die auf der Spendenliste

des Finanzamtes Wien 1/23 veröffentlicht und unter gewissen Voraussetzungen ab dem 1. Jänner 2009 als Sonderausgaben steuerlich absetzbar sind.

- Im Wahlkreis getätigte Blumenspenden aus verschiedenen örtlichen Anlässen (zum Beispiel Muttertagsfeiern, runde Geburtstage von Mitbürgern) und Kranzspenden, weiters die Kosten von Billetts und Geschenken aus verschiedenen Anlässen (Weihnachten usw.).

Bewirtungsspesen

Steuerlich absetzbar

Kosten der Bewirtung Dritter, wenn eine überwiegende berufliche Veranlassung vorliegt, sind im Ausmaß von 50 Prozent abzugsfähig. Das ist der Fall wenn:

- die Bewirtung im Rahmen politischer Veranstaltungen oder zur Informationsbeschaffung erfolgt oder
- es sich um sonstige beruflich veranlasste Einladungen und

Zuwendungen an überörtlich tätige Organisationen sind nicht absetzbar. Allerdings ist seit 1. Jänner 2009 die Absetzbarkeit von Spenden an gewisse mildtätige Vereine möglich.

Bewirtungen außerhalb des Haushaltes des Politikers (Essen in Restaurants oder Gasthäusern, Bewirtung aus Anlass von Weihnachtsfeiern, Bällen, Kinderjahren, Faschingsveranstaltungen usw.) handelt, aus denen ein Werbecharakter ableitbar ist.

Die allgemeine Bezeichnung des Anlasses (ohne Namensnennung der Bewirteten) ist grundsätzlich ausreichend. Der entsprechende Vermerk kann auf dem Beleg angebracht werden, aus dem auch das Datum der Bewirtung hervorgehen muss.

Steuerlich nicht absetzbar

- ▶ Aufwendungen für eigene Geburtstagsfeiern
- ▶ Aufwendungen für vorrangig aus Repräsentationsgründen veranstaltete Feste

Fachliteratur

Steuerlich absetzbar

Aufwendungen für Fachliteratur (Zusammenhang mit der beruflichen Sphäre muss gegeben sein)

Steuerlich nicht absetzbar

- ▶ Allgemein bildende Werke (zum Beispiel Nachschlagewerke, Lexika)
- ▶ Zeitungen

Ausnahme: Werden mehr als zwei Tageszeitungen bzw. mehr als zwei politische Magazine abonniert, sind die Kosten ab dem jeweils dritten Abonnement als Werbungskosten zu berücksichtigen.

Computer

Steuerlich absetzbar

Computer einschließlich des Zubehörs (zum Beispiel Disketten, Drucker, Modem, Scanner), soweit eine berufliche Verwendung eindeutig feststeht.

Die Aufwendungen für die Anschaffung eines Computers sind über die Absetzung für Abnutzung abzuschreiben (wenn die Anschaffungskosten 400 Euro übersteigen), wobei von einer Nutzungsdauer von mindestens drei Jahren auszugehen ist.

Steuerlich nicht absetzbar

Die private Nutzung eines beruf-

Die Aufwendungen für die Anschaffung eines Computers sind über die Absetzung für Abnutzung abzuschreiben (wenn die Anschaffungskosten 400 Euro übersteigen), wobei von einer Nutzungsdauer von mindestens drei Jahren auszugehen ist.

lich verwendeten, im Haushalt des Steuerpflichtigen stationierten Computers beträgt, auf Grund der Erfahrungen des täglichen Lebens, mindestens 40 Prozent. Wird eine niedrigere private Nutzung behauptet, ist dies im Einzelfall konkret nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen.

Beispiel: Ein Bürgermeister kauft im Jänner 2008 einen Computer und nutzt diesen für seine berufliche Tätigkeit, aber auch für private Zwecke. Anschaffungskosten: 1200 Euro. Der Bürgermeister kann als Werbungskosten im Jahr 2008, 2009 und 2010 jeweils 240 Euro geltend machen (1200 Euro abz. Privatanteil von 40 Prozent sind 720 Euro. 720 Euro verteilt auf drei Jahre sind 240 Euro pro Jahr).

Internet

Steuerlich absetzbar sind

Kosten für eine beruflich veranlasste Verwendung eines Internetanschlusses. Ist eine genaue Abgrenzung von privatem und beruflichem Teil nicht möglich, hat die Aufteilung im Schätzungswege zu erfolgen. Als anteilige berufliche Kosten sind eine anteilige Provider-Gebühr sowie die anteiligen Leitungskosten (Online-Gebühren) oder die anteiligen Kosten für Pauschalabrechnungen (zum Beispiel Paketlösung für Internetzugang, Telefongebühr usw.) abzugsfähig. Aufwendungen für beruflich veranlasste spezielle Anwendungsbereiche (zum Beispiel Gebühr für die Benützung eines Rechtsinformationssystems), die zusätzlich zum Internetbeitrag anfallen, sind zur Gänze abzugsfähig.



Telefon

Steuerlich absetzbar

Kosten für beruflich veranlasste Telefonate sind im tatsächlichen Umfang als Werbungskosten absetzbar. Verwendet der Politiker das eigene Telefon, so sind die Telefongebühren hinsichtlich des beruflich veranlassten Teils absetzbar. Sofern eine genaue Abgrenzung gegenüber dem privaten Teil nicht möglich ist, hat sie im Schätzungswege zu erfolgen.

Homepage/Domain

Soweit eine Homepage nicht selbst erstellt wurde, können für eine beruflich veranlasste Homepage Werbungskosten geltend gemacht werden. Die Nutzungsdauer kann insbesondere im Hinblick auf Aktualisierungserfordernisse und den technischen Fortschritt mit drei Jahren angenommen werden. Laufende Aufwendungen aus der Benützung

Kosten für beruflich veranlasste Telefonate sind im tatsächlichen Umfang als Werbungskosten absetzbar.

Steuerlich nicht absetzbar

Stehen die Aufwendungen nicht in einer adäquaten Relation zu den zukünftig erzielbaren Einkünften, dann ist von vornherein eine Einkunftsquelle zu verneinen und sind somit keine Werbungskosten abziehbar.

Soweit eine Homepage nicht selbst erstellt wurde, können für eine beruflich veranlasste Homepage Werbungskosten geltend gemacht werden.

Reisekosten

Eine detaillierte Darstellung zur Thematik der Fahrtkosten, Pendlerpauschale sowie Tages- und Nächtigungsgeldern finden Sie in den Lohnsteuerrichtlinien auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen www.bmf.gv.at – Tools/Findok/Gezielte Suche Rz „383d“



einer Domain sind sofort abzugsfähig.

Beispiel: Der Stadtrat A lässt sich im Februar 2008 eine Internet-Homepage von der Firma B erstellen, um für seine Person als Stadtrat Werbung zu machen. Dafür bezahlt er 600 Euro. Zusätzlich bezahlt er jährlich 50 Euro an laufenden Aufwendungen für eine Domain (zum Beispiel www.stadtrat-a.at). Die Internet-Homepage ist auf die Nutzungsdauer (Annahme drei Jahre) abzuschreiben. Daher kann er 200 Euro Abschreibung sowie 50 Euro an laufenden Aufwendungen als Werbungskosten im Jahr 2008 geltend machen.

Vorweggenommene Werbungskosten

Auch Aufwendungen, die vor der Erzielung steuerpflichtiger Einnahmen geleistet werden, können grundsätzlich Werbungskosten darstellen (sogenannte vorweggenommene Werbungskosten), sofern Umstände vorliegen, die über die bloße Absichts-

Aufwendungen, die der Erreichung einer (anderen) politischen Funktion dienen, sind grundsätzlich als vorweggenommene Werbungskosten zu beurteilen.

erklärung zur künftigen Einnahmenerzielung hinausgehen und klar und deutlich nach außen in Erscheinung treten.

Steuerlich absetzbar

Aufwendungen, die der Erreichung einer (anderen) politischen Funktion dienen, sind grundsätzlich als vorweggenommene Werbungskosten zu beurteilen.

Beispiel: Eine politisch nicht tätige Person will Landtagsabgeordnete werden. Diese Kosten sind auch dann abzugsfähig, wenn ein Mandat nicht erreicht wird und es zu keiner Einkunftsquelle kommt. Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit ist allerdings, dass der Erwerb der angestrebten Funktion objektiv gesehen erreichbar sein muss. Ist jemand auf einer Liste so weit hinten gereiht, dass eine Mandaterzielung auf Grund allgemeiner Erfahrungen nicht möglich ist, dann liegen keine Werbungskosten vor.

Information

Weitere Tipps und Informationen zur Arbeitnehmerveranlagung finden Sie im jährlich erscheinenden Steuerbuch. Das aktuelle Steuerbuch 2009 steht auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen zum Download bereit (www.bmf.gv.at unter Services/Publikationen/Broschüren und Ratgeber) bzw. kann an dieser Stelle auch kostenlos bestellt werden. Selbstverständlich liegen alle unsere Broschüren auch in den Finanzämtern auf.

Das Bürgerservice des Bundesministeriums für Finanzen steht Ihnen gerne unter der Telefonnummer 0810/00 12 28 von Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr bzw. unter buergerservice@bmf.gv.at zur Beantwortung Ihrer Fragen zur Verfügung.

Förderung von innovativen Kinderbetreuungsprojekten ausgeweitet

Neue Richtlinie für die Förderung von Kinderbetreuung

Die neuen Richtlinien der Förderung von Kinderbetreuungsprojekten wurde um die Tagesmütter- und Tagesväter-Betreuung erweitert.



Bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist von zentraler Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit dem Jahr 2005 werden daher durch das Familienministerium Initiativen bedarfsgerechter Kinderbetreuungsprojekte zusätzlich mit 700.000 Euro jährlich gefördert. „Um zukünftig noch mehr und gezielter auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern eingehen zu können, war es mir wichtig, auch Tagesmütter- und Tagesväterbetreuungsprojekte einzubinden und die Projektzeitförderung von einem auf drei Jahre auszuweiten“, erklärt Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

► Förderanträge stellen können gemeinnützige, private Kinderbetreuungseinrichtungen und -initiativen (nach § 34 ff BAO). Neue Förderrichtlinie seit 1. September 2009
 ► Gefördert werden können Projekte, die bedarfsgerecht auf die berufliche Situation der Eltern eingehen, insbesondere

- innovative Kinderbetreuungsprojekte,
- betriebliche Kinderbetreuungsprojekte,

- Tagesmütter/Tagesväter-Betreuung.

Die neue Richtlinie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausweitung der Kinderbetreuung ist unter www.bmwfj.gv.at oder www.familieundberuf.at abrufbar.

Weitere Termine:

► Workshop „Bedarfsgerechte Kinderbetreuung“ in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ, kleiner AK-Saal, Elisabethstraße 38, 2500 Baden 9. November 2009

Teilnahme: frei

Anmeldung: bis 4. 11. 2009

Information

Familie & Beruf Management GmbH
 Franz-Josefs-Kai 51, 1010 Wien
 Tel.: 01/218 50 70
 Ansprechpartnerin für Kinderbetreuung:
 Mag. Johanna Czech
johanna.czech@familieundberuf.at

Ansprechpartnerin für Gemeinden:
 Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Zertifikat

familienfreundlichegemeinde

Über 90 Gemeinden im Auditprozess!

Gemeinsam mit dem Gemeindebund werden derzeit mehr als 90 Gemeinden im Auditprozess für das staatliche Gütezeichen familienfreundlichegemeinde durch die Familie & Beruf Management GmbH betreut. Besonders stark vertreten sind Oberösterreich, Niederösterreich, aber auch Salzburg und die Steiermark. In Tirol, Vorarlberg, Kärnten und dem Burgenland werden noch verstärkt Partnergemeinden gesucht.

Im Audit werden effektive Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit erarbeitet und umgesetzt, wobei gerade die aktive Einbindung aller Generationen entscheidend ist. „Die Familien und die Kinder sind die Zukunft der Gemeinden“, betont Familienstaatssekretärin Christine Marek. „Eine höhere Familienfreundlichkeit stellt einen spürbaren Standort- und Wettbewerbsvorteil dar“, verweist auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner auf die nachhaltigen Effekte des Projekts.

Durch das Audit familienfreundlichegemeinde und die Zertifikatsverleihung nach dem erfolgreichem Abschluss dieses Prozesses steigt die Attraktivität der Gemeinden. Die nächsten Termine auf einen Blick:

► **27. November 2009** in Schlierbach (OÖ) im Rahmen der SPES Familientagung

► **2. Dezember 2009** Auditseminar in Deutsch-Schützen
 Anmeldung erforderlich

Information

Österreichischer Gemeindebund
 Tel.: 01/512 14 80-20
 Ansprechpartnerin:
 Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at

Burgenländisches Projekte bringt Kinder „Ganz Schön Stark“ in Bewegung

Kinder in Bewegung

Der Grundstein für ein gesundes Leben, aber auch für spätere Erkrankungen wird bereits in der Jugend gelegt. Das Projekt „Ganz Schön Stark“ hat deshalb gesunde Bewegung in den Alltag von Pflichtschulen in Eisenstadt gebracht.



Das Projekt „Ganz Schön Stark“ brachte Kinder an Eisenstädter Schulen in gesunde Bewegung.

Im Burgenland ist im Bundesländervergleich der größte Anteil an übergewichtigen und adipösen Kindern zu finden. Das war ein Ergebnis des burgenländischen Gesundheitsberichtes 2002, in dem zudem festgestellt wurde, dass die durchschnittliche Bewegungszeit der burgenländischen Kids pro Woche am geringsten, die Kalorienzufuhr hingegen am höchsten ist. Grund genug, in Österreichs östlichem Bundesland das Projekt „Ganz Schön Stark“ ins Leben zu rufen. Ziel der im Februar 2007 begonnenen und im Juni 2009 abgeschlossenen Initiative war, Kindern aus acht Pflichtschulen in Eisenstadt eine nachhaltige gesunde Lebensführung mit ausreichender Bewegung und gesunder Ernährung näher zu bringen. So konnte zum Beispiel jede Klasse fünf Initiationsstunden in Anspruch nehmen, in denen gesundheitsfördernde Bewegung kindgerecht prä-

sentierte und maßgeschneiderte Kurse angeboten wurden. Auch Eltern und Lehrer/innen konnten in der Folge an Schulungen teilnehmen und sich in das Projekt einbringen. Mit den PädagogInnen wurde zum Beispiel das Thema „gesundheitsfördernde Bewegung als Bestandteil jeder Schulstunde“ bearbeitet. Weitere Workshop-Inhalte waren Bewegung im Nachmittagsunterricht und in der Freizeit sowie Psychomotorik und Motopädagogik. Die Sportvereine wurden ebenfalls eingebunden und stellten ihre etablierten Angebote in den teilnehmenden Schulen vor. „Während der zweieinhalb Jahre ist es uns gelungen, über 4.300 Kinder zu bewegen“, freut sich Mag. Petra Aigner von der Sportunion Burgenland, Projektkoordinatorin von „Ganz Schön Stark“.

den Schulen traten gegeneinander an, um ihr Wissen über Gesundheit und richtige Ernährung sowie ihre Fortschritte im Bewegungsverhalten zu präsentieren. Das Projekt wurde durch die Kooperation der Sportunion Burgenland mit der Freistadt Eisenstadt, dem Fonds Gesundes Österreich, der Aktion „Fit Für Österreich“ des Sportministeriums sowie regionalen Partnern und Sponsoren ermöglicht. Mit dem Schuljahr 2008/2009 endete auch „Ganz Schön Stark“. Die Prozess- und Ergebnisevaluation wird vom Zentrum für Sportwissenschaften und Universitätssport der Universität Wien durchgeführt. Aigner kann jetzt schon eine positive erste Bilanz ziehen: „Das Projekt hat großen Anklang gefunden, und das Interesse und die Teilnahme sind von Phase zu Phase gestiegen.“



Während der zweieinhalb Jahre ist es uns gelungen, über 4300 Kinder zu bewegen.

Mag. Petra Aigner von der Sportunion Burgenland

„Gesundheitsolympiaden“

„Dabei sein ist alles“ – wenn es um gesunde Bewegung geht, ist der olympische Gedanke besonders zutreffend. Die beiden festlichen „Gesundheitsolympiaden“ am Ende des Schuljahres zählten deshalb zu den Höhepunkten des Projektes. Teams der teilnehmenden

Information

Sportunion Burgenland
Projektleitung:
Mag. Christian Lackinger
Tel. 0664/606 133 11
c.lackinger@sportunion.at
Projektkoordination:
Mag. Petra Aigner
Tel. 0664/606 132 05
petra.aigner@sportunion.at

Gewinnprojekt: Güssing erneut Vorreiter

„Methan aus Holz“ ist Energy Globe-Sieger

Die Gemeinde Güssing konnte mit dem Projekt „Methan aus Holz“ den ersten Platz des Energy Globe Awards für sich entscheiden. Das prämierte Verfahren wandelt Holz in synthetisches Erdgas um, welches in öffentliche Gasleitungen gespeist werden kann. Die Energie aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz kann somit für die Stromerzeugung in Gaskraftwerken oder für den Autoantrieb

genutzt werden. Das Projekt ist auch umweltfreundlich, denn die Holzvergasung ist CO₂-neutral. Erstmals wurde auch der Sieger in der Kategorie „Wasser“ prämiert. Die Auszeichnung ging an den Abwasserverband Lockenhaus und Umgebung, sprich Burgenland-Mitte. Gemeinsam wurde die Wasserversorgungsanlage neue errichtet und umfasst nun eine Verbindungsleitung. Dazu kam



Das Verfahren, welches Methan aus Holz produziert, wurde in Güssing entwickelt und bekam nun den Energy Globe Award.

auch die Ausstattung mit neuester Technologie. Ziel des Awards ist es, erfolgreiche Projekte vor den Vorhang zu holen, um aufzuzeigen, dass es für viele

Umweltprobleme bereits gute Lösungen gibt. Das Güssinger Projekt wird nun das Burgenland beim österreichweiten Bewerb vertreten.

Neue Schwerpunkte: Nachhaltige Shoppingcenter

Einkaufszentren werden „grüner“

Verschiedene Möglichkeiten der nachhaltigen Nutzung von Shoppingcentern wurden jetzt von der Fachvereinigung für Einkaufszentren vorgestellt. Im Innsbrucker „dez“ wird seit fünf Jahren mit Grundwasser gekühlt, nun soll auch die Heizung auf Grundwassernutzung umgestellt werden. Weitere Augenmerke liegt bei der Tageslichtnutzung und Reduzierung der Außenbeleuchtung. Nach diesen Maßstäben soll auch das Einkaufszentrum Gerasdorf angelegt

sein, das kommendes Jahr gebaut wird. Darüberhinaus wird dort auch auf die Tierwelt eingegangen. Durch eine besondere Beleuchtung soll das Wiener Nachtpfauenauge geschützt werden, es werden Kirschbäume gepflanzt, die dem Blutspecht Nahrung bieten, und auf dem Dach ist ein 4000 Quadratmeter großes Bruthabitat für die Haubenlerche geplant. Zahlreiche Shoppingcenter in ganz Österreich streben danach, nun immer „grüner“ zu werden.

Reifen im Test

Winterreifen mit Unterschieden

Gute Winterreifen erhöhen die Sicherheit im Winterstraßenverkehr. Doch das Reifenangebot wird immer größer. „Heuer sind besonders viele Billigreifen auf dem Markt“, sagt Luis Feichter vom ÖAMTC. Er warnt, dass Billigreifen im Test meist schlecht abgeschnitten haben. Der Bremsweg bei nasser Fahrbahn sei oft um 50 Prozent länger. Gerade dieses Kriterium ist im Winter oft entscheidend, ob es dann „kracht“ oder nicht. Infos auf oeamtc.at

Skizirkus

Mehr Lifte für Aberg-Hinterthal

Die Salzburger Seilbahnen investieren heuer rund 130 Millionen Euro in neue Lifte und Beschneiungsanlagen. Gut zehn Prozent davon gehen an die Aberg-Hinterthal Bergbahnen in Maria Alm (Pinzgau). Dort entstehen eine zusätzliche Skipiste und ein neuer Sechser-Sessellift. Der Ausbau dient zum Teil dem bessern Zusammenschluss über die Skischaukel mit den Liften von Dienten (Pinzgau) und Mühlbach am Hochkönig (Pongau).



Zahlreiche Fahrradfahrer wünschen sich mehr Radabstellplätze, in manchen Städten wird es schon eng beim Radparken.

Umfrage: Radfahrer werden immer mehr

Mit dem Rad hin und zurück

Laut einer österreichweiten Umfrage des VCÖ fahren im Vergleich zum Vorjahr rund 47 Prozent mehr Menschen mit dem Fahrrad, besonders beliebt ist der Weg zur Arbeit. Dabei scheinen es die Grazer am meisten zu genießen; die steirische Hauptstadt wurde zur fahrradfreundlichsten Stadt ge-

wählt, gefolgt von Salzburg und Wien. Mit einer Zustimmung von mehr als 50 Prozent der Befragten wünschen sich die Pedalritter mehr Fahrradabstellanlagen, verkehrsberuhigte Zonen, Radfahrstreifen im Ortsgebiet und Radwege entlang von Freilandstraßen.

Altstoff Recycling Austria: Tarife bleiben auch 2010 stabil

Kommunale Entsorger freuen sich über gleichbleibende Preise

Im kommenden Jahr wird die ARA (Altstoff Recycling Austria) ihre Tarife nicht erhöhen. Obwohl der Einbruch auf den Altstoffmärkten weiterhin spürbar ist, macht sich eine gewisse Stabilisierung bemerkbar. Die dadurch verbesserte Ertragssituation für die gesammelten Altstoffe sowie das Sparprogramm der ARA ermöglicht die Lizenztarife unverändert zu belassen. ARA-Vorstand Werner Knausz zeigt sich über diese Entwicklung sehr zufrieden: „Trotz gesunkener Altstoffpreise im vierten Quartal 2008 und schwieriger Rahmenbedingungen blei-

ben wir bei den Tarifen auch für das kommende Jahr gleich.“

Insgesamt stellt die ARA den Österreichern in punkto Sammelmoral ein gutes Zeugnis aus. Bis Juni 2009 wurden 66.500 Tonnen Leichtverpackungen (Kunststoff) gesammelt. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Plus von 1,9 Prozent. Beim Metall blieb das Ergebnis nahezu gleich bei 15.900 Tonnen, während bei der Altpapiersammlung, 288.800 Tonnen, ein deutlicher Rückgang von 5 Prozent zu verzeichnen ist. Ein Zeichen der Wirtschaftskrise? Knausz ergänzt: „Hier



Werner Knausz

sind die Auswirkungen des Konjunkturrückganges spürbar; das Sammelverhalten der Menschen ist trotz Krise nicht viel anders geworden.“

Preisverleihung

Kremsmünster top bei e-Government

Die Marktgemeinde Kremsmünster hat den OÖ „ebiz e-government award 2009“ gewonnen. Jedes Jahr kürt der Wiener Report Verlag die intelligentesten Projekte aus dem Bereich E-Business/E-Government. Kremsmünster konnte mit dem papierlosen Ablauf einer Bescheiderstellung überzeugen und erhält nun 3000 Euro in Form von Gutscheinen.

Bgm. Franz Fellinger hat als erster Bürgermeister Österreichs eine Baubewilligung für eine Garage elektronisch abgewickelt. Der Österreich-Preis wird Ende Oktober vergeben. Kremsmünster ist auch dabei im Rennen.

Mobilität: VCÖ fordert Bekenntnis zur Bahn

Bus ist kein Bahnersatz

Ein Gesamtverkehrskonzept für Österreich und eine Bahnoffensive nach Schweizer Vorbild fordert der VCÖ von politischer Seite.

„Wenn Fahrpläne weiter ausgedünnt werden und Verbindungen eingestellt, ist die Mobilität in Österreich nicht mehr gesichert“, warnt VCÖ-Experte DI Martin Blum. 56 Prozent der Österreicher sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, dabei sind die

Regionalbahnen für viele unverzichtbar und Busse kein Ersatz. „Gerade für Menschen, die während der Fahrt arbeiten, oder ältere Personen ist Zug viel komfortabler als ein Bus“, so Blum. Für ihn zeigt das Beispiel Schweiz, dass durch eine Verbesserung der Verbindungen deutlich mehr Menschen Zugfahren würden. Dazu sollte ein Gesamtverkehrskonzept für Österreich erstellt werden.



Zwei Drittel der Bahnfahrer wünschen sich mehr Verbindungen, bessere Anschlüsse und mehr Angebote im Regionalverkehr. Arbeiten lässt sich im Zug deutlich besser als im Bus.

Niederösterreich

Gas wird ab 1. Dezember billiger

Für die Erdgaskunden der EVN wird sich der Jahrespreis für einen durchschnittlichen Haushalt um rund 4,4 Prozent oder 56 Euro verringern. Damit ist die EVN nach Vbg. zweitgünstigster Gasanbieter Österreichs.

Jubiläum

Ein Jahr in der Mitte Europas

Die YIT-Group aus Finnland beschäftigt 25.000 Mitarbeiter auf dem ganzen Kontinent. Das Dienstleistungsunternehmen für Gebäudetechnik feiert nun ein Jahr Firmenerweiterung Richtung Europas Zentralregionen.

Neue Technologie: Oberösterreich will Erster sein

Datenautobahn statt Güterweg

Schon 2007 hat Oberösterreich flächendeckend Breitband-Internet installiert. Nun will das nördliche Bundesland auch den nächsten Meilenstein setzen. Geht es nach Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, soll es schon bald zu jedem Haus-

halt auch eine Glasfaser-Datenautobahn geben. Damit will er den ländlichen Raum stärken und besser vernetzen. „Was früher die Güterwege waren, sind jetzt die Datenautobahnen“, so Pühringer, Glasfasertechnologie sei die Zukunft.

Mobiles Internet als Wirtschaftsmotor für ländlichen Raum

Digitale Dividende für Mobilfunknutzen

„Mobilfunk braucht, um weiter Motor der Wirtschaft und Gesellschaft zu sein, die Freigabe der Digitalen Dividende“, sagt das Forum Mobilkommunikation. „Die Unternehmen stehen in den Startlöchern, um schnelles mobiles Internet auch für den ländlichen Raum bereitzustellen“, so die Branchenvertretung.

Im Jahr 2003 war Österreich das erste europäische Land, in dem UMTS eingeführt wurde. Beim schnellen mobilen Internet scheint Österreich nun den Anschluss an die USA, Japan, Deutschland, Schweiz, Frankreich und die skandinavischen Länder zu verpassen. Um dem entgegenzuwirken, muss die „Digitale Dividende“ (freie Funkfrequenzen durch den Umstieg von analogem zu digitalem TV) deutlich vor 2015 für mobiles Breitband freigegeben werden. Während die österreichische Politik mit einer Entscheidung wartet, spricht sich die EU-Kommission in ihrer Konsultation zur Digitalen Dividende von Juli 2009 klar für eine möglichst baldige Freigabe der neuen Frequenzen für Mobilfunk aus. Begründet wird dies u. a. damit, dass Mobilkommunikation – das dynamischste Bindeglied in der technologischen Entwicklungskette – essenziell bei der Schaffung weiterer Effizienzgewinne in der gesamten Wirtschaft und Schlüsselfaktor für den wirtschaftlichen Aufschwung ist. Dadurch ergeben sich zahlreiche Vorteile, die vielfältig sind:



Mobiles Internet für alle, wenn die Frequenzen, die bisher ausschließlich dem Rundfunk zugeordnet sind, für Mobilfunk-Dienste freigegeben werden.

Für alle Österreicherinnen und Österreicher

- 25 Mbit/s Bandbreite (bis zu 170 Mbit/s) und schnelles mobiles Internet
- Ländlicher Raum in kurzer Zeit mit schnellen mobilen Breitband-Diensten versorgt bestehende Mobilfunkstandorte als Grundlage für schnelles mobiles Internet

Für den Wirtschaftsstandort

- Investitionen in langfristige produktivitätssteigernde Technologien
- Neue Arbeitsplätze durch Netz-Ausbau (z. B. auch in der Bauwirtschaft, bei Lieferanten und im örtlichen Gewerbe)

Für die Volkswirtschaft

- Infrastruktur-Ausbau durch privates Kapital, kostengünstig für Staat und Steuerzahler
- Jährliche Mobilfunk-Investitionen in Österreich (dreistelliger Millionen-Euro-Bereich)
- Wachstumsförderung durch Entwicklung neuer Anwendungen

- BIP-Anstieg Produktivitäts-Revolution Breitband (durchschnittlich 3 – 4%)

Alles schneller mit LTE

Ein Beispiel der Leistungsfähigkeit der neuen LTE-Technologie: Bei einer ORF-ZIB-Sendung, die rund 15 Minuten lang ist und ein Datenvolumen von rund 120 Megabyte hat, dauert das Herunterladen (Download) rund 64 Minuten. Mit LTE verkürzt sich die Übertragungsdauer auf 8,5 Sekunden!

Information

Forum Mobilkommunikation (FMK)
Mariahilfer Straße 37-39
A-1060 Wien
Tel.: +43/1/588 39-15
Mobil: + 43/774 619 25 12
Website: www.fmk.at

Verkehrssicherungspflichten bei Bäumen

Parkhaus statt Parkanlage?



Um Unfälle zu verhindern, müssen Bäume regelmäßig kontrolliert werden.

Romantisch liegt ein weitläufiger Park mit altem Baumbestand an einer stark frequentierten Straße. Täglich gehen viele Besucher an diesem Park vorbei und bewundern die alten Bäume. Dass ab und zu ein großer Ast auf den Gehsteig fällt, wird kaum noch bemerkt, denn es ist fast schon zur Gewohnheit geworden. Der Eigentümer der Anlage kümmert sich kaum um die herabfallenden Äste, da aus Spargründen kein Personal vorhanden ist, das sich um den Baumbestand kümmert. Schließlich kommt, was kommen musste. Bei einem stärkeren Sturm bricht von einem morschen Baum, der direkt an der Straße steht, ein großer Ast ab, fällt direkt auf ein vorbeifahrendes Auto und verursacht einen erheblichen Schaden an dem Fahrzeug. Gott sei Dank wird niemand verletzt. Leider will die Versicherung des Grundstückseigentümers nicht für den Schaden aufkommen, da sich in einem Schachverständigengutachten herausstellt, dass die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen nicht gesetzt

wurden. Bei rechtzeitiger Kontrolle hätte ein kleiner Bruchschaden am Baum bemerkt werden können. Fachgerechte Schnittmaßnahmen hätten verhindern können, dass jemand zu Schaden kommt.

Ergebnis des langjährigen Rechtsstreites: Der Park musste verkauft werden, und an Stelle von alten Bäumen steht dort nun ein Parkhaus.

Lassen Sie daher in regelmäßigen Abständen einen spezialisierten Landschaftsgärtner Ihren Baumbestand kontrollieren, damit nicht aus Ihrem Gartentraum ein Alptraum wird.

Information



Garten. Träume.
Eine Initiative der Landschaftsgärtner Österreichs
www.gartentraume.at

E.E.

Kommunal

Schneepflüge für LKW, Unimog und Traktoren
Schneeschilder | Salz- und Splittstreuer | Schneefräsen

...DYNAMISCH
... INNOVATIV
...LEISTUNGSFÄHIG
...ROBUST

Schneepflüge
Beste Oberflächenqualität
durch Pulverbeschichtung!

Hecksalz- und Splittstreuer

Volumen: 0,38 - 1,7 m³
Ausführung: Verzinkt oder in INOX Edelstahl

Verlangen Sie unser Angebot!

HYDRAC Pühringer GmbH&CoKG | Kommunal- und Landtechnik | A-4523 Neuzug/Siering | Primitstraße 4-5 | Tel +43-7259-6000-0 | Fax +43-7259-6000-40 | office@hydrac.com | www.hydrac.com

Irrtümer Druckfehler, technische und preisliche Änderungen vorbehalten. | 40600696 – 20.03.2009 | © Hydrac 2009

CHANCEN VIELFALT

Immer mehr Gemeinden nutzen die Chance einer Leasingfinanzierung. Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte sagen Ihnen wie.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

**KOMMUNAL
LEASING**

Dem Winter entgegen – Finanzierung auf Nettobasis für Gemeinden

Mit s Leasing voll einsatzbereit in den kommenden Winter

Das Sprichwort „Der nächste Winter kommt bestimmt“ ist allseits bekannt. Doch wann genau? Um dafür rechtzeitig gerüstet zu sein, sollten Gemeinden bereits jetzt über eventuelle Neuanschaffungen nachdenken. Vom Schneepflug über den Streuautomaten bis zum Lkw und Kastenwagen – in der kältesten Zeit des Jahres werden viele dieser Dienstfahrzeuge benötigt.

Mit Leasing als Finanzierungsform kann das Gemeindebudget trotz Neuinvestition geschont werden. Neben der liquiditätsschonenden Finanzierung ermöglicht Leasing eine schnelle Reaktion auf Neuerungen am Markt. Damit können Investitionen sofort realisiert werden und das Überalterungsrisiko der Einsatzgeräte wird gemindert – ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor. Denn mit dem fortschreitenden Alter der Dienstfahrzeuge steigen auch dessen Instandhaltungskosten. Das ist auch einer der Gründe warum sich Leasing in den letzten Jahren als attraktive Finanzierungsalternative für diverse Mobilieninvestitionen auch bei Gemeinden durchgesetzt hat.

Wie entwickeln maßgeschneiderte Finanzierungen, die den Wünschen und Anforderungen der Gemeinde entgegenkommen.

Mag. Oliver Hedl, Kundenbetreuer der s Leasing

Mit s Leasing, der Vertriebsmarke der IMMORENT, haben Gemeinden einen starken Partner an ihrer Seite, der ihnen die Anschaffung neuer Mobilien ermöglicht. Seit Jahren setzen bereits zahlreiche österreichische Gemeinden – von Niederösterreich bis Vorarlberg – ihre Investitionsvorhaben mit s Leasing



Die Instandhaltung alter Einsatzfahrzeuge kann sehr teuer sein, s Leasing ist eine Alternative.

um. „Wir entwickeln maßgeschneiderte Finanzierungen, die den Wünschen und Anforderungen der Gemeinde entgegenkommen.“ erklärt Mag. Oliver Hedl, Kundenbetreuer der s Leasing. Einer, neben zahlreichen Vorteilen, die das Mobilienleasing für die Gemeinde mit sich bringt ist, dass die Investitionskosten nicht sofort fällig werden, sondern sich gleichmäßig über den Großteil der Nutzungsdauer verteilen. Die einzelnen Leasingraten werden über die laufenden Ausgaben abgerechnet und sind damit nicht Maastricht relevant. Das Eigenkapital ist somit für andere Investitionen verfügbar. Darüber hinaus können mit der Leasingfinanzierung eines kommunalen Projektes auch Steuervorteile erzielt werden: „Als Lea-

singgesellschaft können wir bei allen Investitionen den Vorsteuerabzug geltend machen, was die Kalkulationsgrundlage der Leasingentgelte reduziert.“, erläutert Hedl und räumt damit den Irrglauben aus dem Weg, dass den Gemeinden durch Leasing ein Umsatzsteuernachteil entstehen würde.

s Leasing – Der Partner für Gemeinden

Unter der Marke s Leasing finanziert die IMMORENT – in Kooperation mit der Erste Bank und den Sparkassen – neben Winterdienstfahrzeugen auch andere gewerbliche Wirtschaftsgüter: Von Büro- und Geschäftseinrichtung, EDV-Anlagen und EDV-Systemen über Produktions- und Industrieanlagen, Baufahrzeugen und Baugeräten bis hin zu Fuhrparks und Beförderungsmitteln kann alles geleast werden. Die Kriterien: Mobilienleasing ist grundsätzlich für alle Gegenstände möglich, die eine längere Lebensdauer haben sowie eine bestimmte Marktgängigkeit aufweisen und auch im Eigentum erworben werden können. Ausgenommen sind Gebrauchsgüter, die ausschließlich auf die Bedürfnisse eines Kunden zugeschnitten sind und somit unter den Begriff Spezialleasing fallen.

Information

IMMORENT AG
Mag. Oliver Hedl
Kundenbetreuer s Leasing
Mariahilfer Straße 41-43
1060 Wien
Tel.: +43 (0)50100-27273
oliver.hedl@immorent.at
www.s-leasing.at

Zaugg-Keilschneepflug K10-Vario für schienengebundene Fahrzeuge

Dieser Keil geht durch Schnee wie durch Butter

Einerseits werden ZAUGG-Wechselspitz- oder Keilschneepflüge direkt an Schienentraktoren, Lokomotiven oder Triebwagen angebaut. Andererseits kann dieser Schneepflug kundenspezifisch direkt auf ein bestehendes oder neues Eisenbahnwagen-Fahrgestell aufgebaut werden. Im Normalfall erfolgt die Steuerung per Funk aus dem Führerstand des die Räumvorrichtung stoßenden Triebfahrzeugs. Je nach Schneemenge und Gelände kann der variable Front-Keilschneepflug als Spitz- oder Einseitenpflug für die Räumung nach links oder rechts umgestellt werden. Zum Transport von Schnee über kurze Entfernungen wird er in V-Stellung gebracht. Um ein breiteres Räumprofil zu erlan-



Zaugg-Keilschneepflug K10 Vario aufgebaut auf einem eigenen Wagen: Diese Schneerräumereinheit ist seit zwei Jahren auf der Strecke Bex-Villars-Bretaye der TPC AG in den schweizerischen Waadtländer Alpen in Betrieb. Die BVB ist eine Schmalspurbahn (Meterspur) mit abschnittweisem Zahnstangenbetrieb (System Abt).

gen, werden die Flügel in einer Zwischenstellung fixiert. Der Zaugg-Keilschneepflug zeichnet sich durch eine optimal nach innen gewölbte

Scharform aus. Zusammen mit der variablen Keilform gewährleistet der Pflug einen bedarfsgerechten und weiten Schneeauswurf. Es kann, wenn nötig in mehre-

ren Arbeitsgängen, eine Räumbreite von mehr als 3 m und eine Räumhöhe von ca. 0,8 m realisiert werden.

Die Zaugg AG Eggwil ist ein weltweit führendes Unternehmen in der Entwicklung und Herstellung technisch hochstehender Geräte für die Schneerräumung auf Straße und Schiene und spezialisierter Geräte für die Bearbeitung von Schneepisten.

Information

ZAUGG AG EGGIWIL
Holzmatt
CH-3537 Eggwil
T: 0041 (0)34 491 81 11
F: 0041 (0)34 491 81 71
info@zaugg-ag.ch
www.zaugg-ag.ch

E.E.

POWER

für Strasse, Schiene und Piste!

Unsere Produkte sind umweltfreundlich und weltweit führend.

ZAUGG AG EGGIWIL
CH-3537 Eggwil
Tel. 0041 (0)34 491 81 11
www.zaugg-ag.ch

In den Gemeinden wird „Winterdienst“ erledigt

Damit unsere Straßen im Winter benutzbar sind

Kaum verabschiedet sich der Sommer, beginnen wir uns schön langsam auf die kalte Jahreszeit einzustellen. Das geschieht nicht nur auf persönlicher Ebene, der nahende Winter verlangt vor allem von den Gemeinden spezielle Vorbereitung. KOMMUNAL hat sich zwischen Hochalpen und ungarischer Tiefebene umgehört, wie „Winterdienst“ in den Gemeinden erledigt wird.



Tonnen von Salz und Streusplitt werden dieser Tage in ganz Österreich eingelagert, um die Sicherheit auf den Straßen schon beim ersten Kälteeinbruch zu gewährleisten. Während viele Orte ihren Winterdienst selbst in die Hand nehmen, werden auch vermehrt externe Firmen mit den Arbeiten beauftragt, wie im vorarlbergischen Bezau. Von den Gemeindebediensteten werden die „Kleinigkeiten“ erledigt, sprich gemeindeeigene Plätze, Wanderwege und Gehsteige. „Für die großräumige Straßenräumung fehlt uns die Kapazität, da wir nur eineinhalb Mann sind“, so Bezaus Bauhelfer Hubert Eberle. Eine externe Firma übernimmt den Dienst entlang der Ortsstraßen. In Krumbach in der Buckligen Welt (NÖ) wurde der Winterdienst ebenfalls ausgelagert. Nur verrichten dort rund 45 Landwirte die Arbeit im Schnee. Gemeindebedienstete räumen die Straßen innerorts, während die vielen rund um den Ort verstreuten Rotten von den ansässigen Landwirten betreut werden.

Dazu wird Mitte Oktober ein Einsatzplan erstellt. „Diese Regelung hat sich bei uns schon seit Jahren durchgesetzt; jeder Weg hat seinen Wegobmann“, berichtet Geschäftsführender GM Karl Fassl.

Lawinkommission als zusätzliche Aufgabe

Rund 800 Tonnen Streusalz und 950 Tonnen Kies kommen in Sölden im Tiroler Ötztal innerhalb eines Winters auf fast 60 Kilometer Straßennetz. Sieben Einsatzfahrzeuge bahnen sich ihre Wege durch die oft tief verschneite Winterregion, bis zum höchsten Ortsteil Hochgurgl, der knapp über 2000 Meter liegt. Da der Winter in den Bergen ein anderes Gesicht zeigt, wird in Sölden schon bald mit dem ersten Schneefall gerechnet. „Wir sind gerüstet; in den vergangenen Jahren begann es oft schon sehr früh zu schneien, dafür ist die Schneemenge gesamt weniger

Trotz deutlich weniger Schnee sind wir schon jetzt auf einen Wintereinbruch vorbereitet.

Bürgermeister von Klein Sankt Paul in Kärnten. Die Gemeinde lagert den Winterdienst teilweise an den Maschinenring aus.



geworden“, beschreibt Amtsleiter Franz Scheiber. Neben der Straßenräumung ist in Sölden auch eine Lawinkommission von 70 Mann im Einsatz. „Besonders die Zufahrtsstraße nach Vent (eine der höchstgelegenen Ortschaften Österreichs) muss regelmäßig auf Lawinengefahr überprüft werden“, spricht Scheiber aus Erfahrung. Im Hochgebirge reichen Salz und Splitt also nicht aus.

Von hoch zu kalt

Ortswechsel von einer der höchsten Regionen des Landes in den Salzburger Lungau, der für seine Winterkälte bekannt ist. Die Gemeinde Tamsweg teilt sich den Winterdienst mit einer ausgelagerten Firma. Die rund 180 Kilometer Fahrbahn (bis auf eine Seehöhe von fast 1500 Metern) werden zur Hälfte von der Ge-

ZAMG-Winterdienst-Service

Sie möchten wissen

wieviele Zentimeter es in Ihrer Gemeinde schneit oder ob es Glatteis gibt und vor allem: wann Sie mit Ihren Räumfahrzeugen ausrücken müssen?

Die ZAMG liefert Ihrer Gemeinde

punktgenaue, räumlich hochauflösende 15-minütliche Berechnungen zu Glatteisgefahr, Schneemengen, Schneeverwehungen, Schneefallgrenze, Niederschlagsart, etc. über unser Internet „Winterdienst-Portal“

24 Stunden-Service für telefonische Wetteranfragen direkt an den ZAMG-Meteorologen



ZAMG

Zentralanstalt für
Meteorologie und
Geodynamik

meinde (elf Mann) und zur Hälfte vom Maschinenring von Schnee und Eis befreit. „In den vergangenen Jahren haben wir die Streusalzmenge stetig erhöht“, so Amtsleiter Dr. Heimo Pseiner. Nahezu 150 Tonnen werden mittlerweile pro Saison gegen das für Autofahrer besonders heimtückische Glatteis verwendet. Etwas weniger als beim Kies, von dem rund 250



Zwei Großgeräte, drei Kleintraktoren und ein Fußdienst mit insgesamt sieben Gemeindebediensteten stehen für rund 65 Kilometer Ortsstraßen bereit.

Ing. Rainer Aufreiter leitet die Bauabteilung in Freistadt.

Tonnen verbraucht werden. „Bei uns ist fällt bei weitem weniger Schnee als noch vor 25 Jahren“, erzählt hingegen Franz Fasching, Bauhofleiter von Klein Sankt Paul in Kärnten. „Trotzdem sind wir schon jetzt auf einen Wintereinbruch vorbereitet“, ergänzt Bürgermeister Hilmar Loitsch. Auch in der kleinen Kärntner Gemeinde wird der Winterdienst teilweise an den Maschinenring ausgelagert. „Die Bergstraßen werden teilweise von den Bauern selbst geräumt“, so Loitsch weiter. Trotzdem sind vier Gemeindebedienstete zusätzlich für den Ortskern und die Gehsteige im Einsatz.

Eisenerz ist einsatzbereit

Zwei Unimog, zwei Radlader, zwei Lkw, ein Traktor, ein Kleintraktor und 14 Mann sorgen im steirischen Eisenerz für befahrbare Straßen während der Wintermonate. „Rund acht bis neun Meter Schnee fallen durchschnittlich im Jahr“, weiß Wirtschaftshofleiter Günter Lichtscheid. Diese Saison wird es zum ersten Mal Schichtbetrieb geben. „Sonst geht das nicht mehr; bei Schneefall sind unsere Arbeiter Tag und Nacht im Einsatz“, beschreibt Lichtscheid.

Herausforderung Winterdienst für Gemeinden und Private

Haftungsfragen sind oft die „Kehrseite“ des Winterdienstes

„Ob der Zustand eines Weges infolge der Vernachlässigung des Winterdienstes, insbesondere der Räum- und Streupflicht, mangelhaft ist, richtet sich danach, was nach der Art des Weges, besonders nach seiner Widmung, für seine Anlage und Betreuung angemessen und zumutbar ist (vgl. § 1319a Abs. 2 2. Satz ABGB).“ Es kommt also darauf an, ob der Wegehalter im Einzelfall die ihm zumutbaren Maßnahmen getroffen hat, um die gefahrlose Benützung eines Weges sicherzustellen. Dabei werden nach der Rechtsprechung an die öffentliche Hand, also auch an die Gemeinden, grundsätzlich höhere Anforderungen gestellt als an einen privaten Wegehalter (z. B.: OGH

17. 12. 2008, 2Ob 115/08p). Einen Sonderfall bilden die „Wintersperren“, die nach verschiedenen Straßengesetzen der Länder verordnet werden dürfen. „Wintersperren“ bedeuten kein Benützungsverbot, sondern sie machen nur darauf aufmerksam, dass es auf der Straße oder dem Weg keinen Winterdienst gibt. Die Folge ist eine Benützung auf eigene Gefahr.

Themen wie diese werden in einem brandaktuellen Artikel in der NÖ Gemeinde behandelt, der auf www.kommunal.at zum Nachlesen erscheint. In ihm werden die wichtigsten Haftungsfragen beim Winterdienst beantwortet.

Stangl

Rein aus Prinzip.

Stangl Kommunaltechnik

Kompakt-Kehrmaschinen






Das Reinigen von Straßen und Wegen ist eine der häufigsten Anforderungen in Stadt und Gemeinde. Neben einem zuverlässigen Fahrzeug ist vor allem ein hoher Bedienerkomfort, optimale Wendigkeit und hohe Wirtschaftlichkeit von großer Bedeutung.

Fit für den Winterdienst?

Stangl arbeitet auch bei der Winterdiensttechnik mit führenden Herstellern zusammen - die Geräte selbst sind für den Anbau auf die Multicar und Hako Geräteträger optimal abgestimmt. Für einen effizienten UND effektiven Winterdienst.



Stangl Reinigungstechnik GmbH.

5204 Straßwalchen
2334 Vösendorf
8772 Traboch

Tel. 06215/8900-0
info@kommunalmaschinen.at

www.kommunalmaschinen.at

Aufgewendet werden auch dort rund 120 Tonnen Salz und 300 Kubikmeter Streusand. Das 40 Kilometer lange Straßennetz geht bis auf rund 1000 Meter Seehöhe.

Die burgenländische Gemeinde Güssing besitzt einen Kommunal-Traktor und drei kleine Traktoren, die im Sommer Mähdienst leisten und im Winter für die Straßenräumung eingesetzt werden. Acht Mann stehen dafür bereit. „Bei uns gibt es noch sieben Ortsteile, die von einem Transportunternehmen betreut werden“, sagt Amtsleiter Gustav Glatter. Er erzählt, dass es vor drei Jahren so viel schneite, dass sie noch eine Drittfirma benötigten. „Aber im Normalfall sind die Schneemengen bei uns nicht so gravierend.“

Freistadt ist salzfrei mit Lecatau

In Freistadt in Oberösterreich hat sich die Gemeinde aus Umweltgründen gegen die Salzstreuung ausgesprochen. Zur

Verwendung kommen Streusplitt und Lecatau. Dieses aus Blähton und Harnstoff bestehende Gemisch wird aber hauptsächlich auf Stufen und Gehwegen eingesetzt. Eine Verwendung entlang der Straßen ist für Lecatau nicht vorgesehen. Der beigeseetzte Harnstoff kann zu einem Überdüngungseffekt führen und das Grundwasser negativ beeinflussen, die Ableitung des Schmelzwassers über die Kanalisation ist aber kein Problem. „Zwei Großgeräte, drei Kleintraktoren und ein Fußdienst mit insgesamt sieben Gemeindebediensteten stehen für

In den vergangenen Jahren begann es oft schon sehr früh zu schneien.

Weiß der Amtsleiter des Tiroler Wintersportorts Sölden, Franz Scheiber.



Die Straßen rund um den Ort werden von den Landwirten betreut. Jeder Weg hat seinen Wegobmann; diese Regelung hat sich bei uns schon seit Jahren durchgesetzt.

Gemeinderat Karl Fassel aus Krumbach.

den Winterdienst der rund 65 Kilometer Ortsstraßen bereit“, erzählt Ing. Rainer Aufreiter von der Bauabteilung der Gemeinde. Bauhofleiter Werner Eibensteiner erstellt die Einsatzpläne und Bereitschaftsdienste, damit ab 1. November alle Beteiligten einsatzbereit sind.

Wie sich zeigt, ist der Winterdienst in den Gemeinden ein hoher Aufwand, der viel organisatorisches Geschick und Planung bedeutet. Tausende Menschen arbeiten Jahr für Jahr, dass wir unsere Straßen auch bei extremen Bedingungen nutzen können. Bis die Sonne wieder stärker wird und das Frühjahr den Winter in seine Schranken weist.

Julya Pollak

ist Redakteurin von KOMMUNAL

AZ-Tech Austrowaren Zimmer HandelsgmbH – HOLDER erweitert Kommunalproduktpalette

Holder bietet die Vorteile, auf die es ankommt

Die HOLDER Geräteträger runden ab sofort das Komplettangebot der AZ-Tech Austrowaren Zimmer HandelsgmbH (www.az-tech.at) für den Kommunalbereich ab. Die HOLDER Maschinen für den Profibereich werden von AZ-Tech in Österreich exklusiv vertrieben. Die HOLDER Kommunal-Tracs bieten die Summe der Vorteile auf die es beim Anwender ankommt. Gefragt sind Wendigkeit, Kompaktheit, Leistung und Flexibilität. Ein HOLDER bleibt keine Antwort schuldig: Ein Trac für alle Einsätze. Variabel wie kein Zweiter und auf hohe Dauerleistung statt auf kurze Leistungsspitzen ausgelegt. Mit einem Wort: der professionelle Kommunal-Trac für alle Einsatzzwecke und Jahreszeiten.

► Die HOLDER Knicklen-



HOLDER: Keine Schneewehe zu hoch, keine Stiege zu steil.

kung – Absolute Spurtreue von Trac und Abauseräten. Diese folgen dem Lenkeinschlag exakt, der Spur treu und ohne Seitenschub.

► Der echte HOLDER Allradantrieb – Bodenschonung durch optimale Traktion. Nur der echte, permanente Allradantrieb über vier gleich große Räder kann die Zug und Schubkräfte nahezu schlupffrei übertragen. Die

hydraulische Differenzialsperre wirkt zu 100 Prozent auf beide Achsen – diese Komponenten ermöglichen einen absoluten Gleichlauf ohne Durchzudrehen – ideal für den Ganzjahreseinsatz!

► Der HOLDER Radausgleich: Satte Bodenhaftung. Damit werden die Zugkräfte optimiert und sorgen für eine schonende Bearbeitung kommunaler Flächen, insbesondere auch mit schweren Applikationen.

► Die HOLDER-Kompaktheit: Der Maßstab für Wendigkeit. Minimale Breite bei maximaler Bodenfreiheit hat bei HOLDER – Knicklenkern Tradition. Je nach Bereifung ist ein Bearbeiten von Gehsteigen ab 92 cm möglich. Damit wird volle Leistung auch unter engsten Bedingungen umgesetzt. Die hohe Bodenfreiheit garantiert ein Fahren ohne Aufsetzen in schwierigem Gelände.

Information

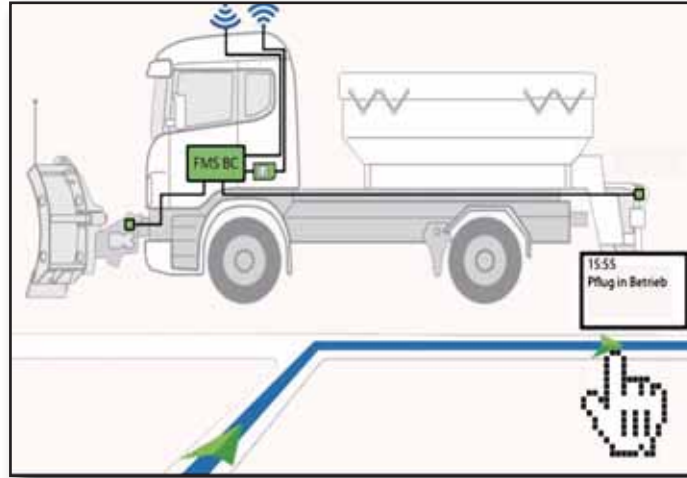
verkauf@az-tech.at,
+43 1 86 303 250,
Hannes Ninaus
www.az-tech.at
www.zimmer.at
www.zimmer.hu
www.holder-gmbh.com

Das Fleet Management System erleichtert den Verantwortlichen den Alltag im Winter Leistungsdatenerfassung im Winterdienst

Haftungsklagen im Bereich Winterdienst bergen für Gemeinden nicht nur ein hohes Risiko, sie sind auch teuer und nervenaufreibend.

Das Fleet Management System (kurz: FMS) der Firma Consilio Information Management GmbH erleichtert den Verantwortlichen in den Gemeinden den Alltag im Winter. Durch den Einbau von Bordcomputern wird die gefahrene Route der Schneeräumfahrzeuge aufgezeichnet. Das Räumschild und die Streumaschine des Winterdienstfahrzeuges werden über digitale Eingänge an den Bordcomputer angeschlossen.

Beim Betrieb von Schnee-



Das Räumschild und die Streumaschine des Winterdienstfahrzeuges werden über digitale Eingänge an den Bordcomputer angeschlossen.

pflug oder Streugerät werden über GPRS-Verbindungen die genauen Koordinaten an den Server übermittelt.

Im benutzerfreundlichen FMS Web Client stehen die Daten in Echtzeit zur Ansicht und Auswertung zur Verfügung.

Die Auswertungen erleichtern die Bearbeitung bei eventuellen Haftungsfragen und optimieren den Einsatz der Winterdienstfahrzeuge.

Bei Interesse werden wir Sie gerne ausführlich über das FMS informieren.

FMS

Information

Consilio Information Management GmbH
Ronald Langmaier
Tel.: 01/908 1660-810
Fax: 01/908 1660-980
ronald.langmaier@consilio.at
www.bordcomputer.net

E.E.

Eine neue Frontlader-Serie setzt neue Maßstäbe

Hydrac – Technik für die Profis

HYDRAC – Technik für Profis – ruht sich nicht auf den Erfolgen aus, sondern ist stets bemüht, durch innovative Produktverbesserungen die Leistungsfähigkeit der Produkte zu erhöhen. Die neue Frontlader-Serie ViTec zeichnet sich durch mehr Hubhöhe und neuem Design



aus. Noch bessere Sicht für den Fahrer durch neu gestalteten und weit vorgeetzten Querrahmen. HYDRAC-Schneepflüge haben sich in schwierigsten und härtesten Einsätzen jah-

relang bestens bewährt. Die ausgereifte Technik garantiert beste Qualität und enorme Betriebssicherheit. Speziell für den innerstädtischen Raum präsentiert

HYDRAC das bewährte Schneepflugmodell „City-Line“. Zwischen Schürfmesser und Scharblech ist eine Dämpfungsschiene aus PU-Kunststoff eingebaut. Diese Bauweise verringert die Geräuschentwicklung erheblich, da Schürfmesser und Scharblech nicht miteinander verbunden sind.

Information

Ein Besuch im Internet unter www.hydrac.com lohnt sich auf jeden Fall!

E.E.



Unser Fertigungsprogramm:

- Schneefräserschleudern für Fahrzeuge von 20 bis 350 PS Motorleistung
- Konstruktion & Entwicklung von Komponenten für Winterdienst & Pistenservice
- Sonderkonstruktionen
- Stahl- und Blechzuschnitte

WESTA GmbH
Am Kapf 6
D-87480 Weitnau
Tel.: 0049 (0) 8375/531
Fax: 0049 (0) 8375/532
www.westa.de
info@westa.de

Zeitgerechte Konzepte im Pflegeheim Neudörfel

Investition in die Zukunft

Im Pflegeheim Neudörfel an der Leitha befinden sich geriatrische und psychiatrische Pflegeabteilungen sowie eine Demenzstation und eine Tagesheimstätte. Künftig soll das Pflegeheim über 150 Betten verfügen.

Die steigende Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung und die damit in Zusammenhang stehende Multimorbidität, aber auch die Umstrukturierungen im Gesundheitswesen bewirken, dass der Anteil jener Menschen, die pflegerische Beratung und Unterstützung benötigen, rasant zunimmt. Eine aktuelle Studie unterstreicht dies nachhaltig: Demnach wird sich in Österreich die Zahl der über 60-Jährigen von derzeit 1,8 Millionen bis zum Jahre 2030 um rund 50% auf 2,7 Millionen erhöhen, der Anteil der über 85-Jährigen von derzeit 133.000 auf knapp unter 300.000 mehr als verdoppeln. Um der älteren Generation eine optimale Versorgung zu gewährleisten, muss daher jetzt in den Bau und die Sanierung von Alten- und Pflegeheimen investiert werden. Bei der Konzeption und Planung ist nicht



Foto: VAMED

VAMED-VD Gottfried Koos, KRAGES-Geschäftsführer Hannes Frech, Neudörfel-Bürgermeister Dieter Posch, Landesrat Peter Rezar, Klubobmann LAbg. Christian Illedits, Kommunal-kredit-Chef Alois Steinbichler hoben das PPP-Projekt aus der Taufe.

allein die Zahl der prognostizierten alten Menschen zu beachten, sondern vor allem deren körperlicher und geistiger Zustand, denn auch die Form der häufigsten Erkrankungen hat erhebliche Auswirkungen auf den Altenhilfesektor (Demenz, Schlaganfall, Diabetes mellitus etc.).

Ältere Generation im Blickpunkt

Die zentrale Idee der „PPP-Kooperation Pflegeheim Neudörfel“ ist die Umsetzung solcher zeitgerechter Pflegekonzepte und -phi-

Um der älteren Generation eine optimale Versorgung zu gewährleisten, muss jetzt in den Bau und die Sanierung von Alten- und Pflegeheimen investiert werden.

losophien mit dem Schwerpunkt „Pflege dementer, sozialpsychiatrischer und alkoholkranker sowie psychiatrischer Dauerbewohner“. Oberstes Ziel ist dabei, die Lebensqualität der Bewohner zu erhalten und zu verbessern unter Berücksichtigung der Lebensgeschichte jedes einzelnen. Das geschieht u. a. durch Einbindung der Angehörigen und gezieltes Fördern der Selbstständigkeit. Kleine Wohneinheiten mit Küchen werden gebaut und nützliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die den Bewohnern über die oft langen und einsamen Tage helfen sollen, wie beispielsweise kleinere Gartenarbeiten. Das zweite wichtige Element beim neuen Pflegekonzept konzentriert sich auf die Mitarbeiter/innen des Pflegeheims Neudörfel. Aus- und Weiterbildung und Förderung sollen die Zufriedenheit und Motivation heben und dadurch eine hohe Pflegequalität erreicht werden.

PPP-Modell als passende Finanzierungslösung

Bis zu 15 Millionen Euro investiert das Land Burgenland in den Umbau des Standortes Neudörfel. Ab dem Spatenstich im Juni 2009 bis 2011 werden insgesamt 150 Pflegebetten neu- bzw. umgebaut und eine „Memory Clinic“ zur differenzialdiagnostischen Abklärung demenzieller Erkrankungen installiert. Zur Realisierung dieses zukunftsweisenden Projektes stellten das Land Burgenland und die Burgenländischen Krankenanstalten GmbH (KRAGES) im September des Vorjahres die Weichen. Dazu holten sie sich die VAMED Management und Service GmbH & Co KG (VMS) – ein Unternehmen der VAMED-Gruppe, die speziali-



Ansicht NORD



Ansicht SÜD

Information

- ▶ www.seniorenheimfuehrer.at/Pflegeanstalt_Neudoerfl.htm
- ▶ www.vamed.com
- ▶ www.kommunalkredit.at



Gute Stimmung beim Spatenstich im Juni 2009 bei den Partnern des PPP-Projektes.

siert auf Planung, Errichtung und Management von komplexen Gesundheitseinrichtungen ist – als privaten Partner und gründeten die PPP-Gesellschaft „Burgenländische Pflegeheim Betriebs-GmbH“ – eine gemeinsame Gesellschaft von VAMED und KRAGES.

Der Betrieb des Pflegeheimes Neudörfel wird beim PPP-Modell unter Verantwortung der VMS geführt, die derzeitigen Mitarbeiter/innen werden der Projektgesellschaft zugewiesen und bleiben öffentlich Bedienstete.

Durch einfache Maßnahmen bei der Betriebsführung – z. B. Umstellung von Eigen- auf Fremdwäsche, Neuorganisation des Reinigungsdienstes und der Haustechnik sowie Steigerung

der Auslastung – kommt es für die KRAGES und in weiterer Folge für das Land Burgenland zu umfassenden Einsparungen. Das Land Burgenland unterstützt das Projekt u. a. durch die Gewährung eines Wohnbauförderdarlehens sowie mit Förderbeiträgen. Diese werden vom Land Burgenland an die KRAGES in Form eines zusätzlichen Investitionszuschusses gewährt, die wiederum einen entsprechenden Fördervertrag mit der Projektgesellschaft abschließt. Die Kommunalkredit als Konsortialführerin des finanzierenden Bankenkonsortiums strukturierte die Finanzierung des Projektes dahingehend, dass die Bonität der öffentlichen Hand optimal genutzt werden kann und somit

entsprechend günstige Konditionen darstellbar sind.

Projekt international beachtet

Außerdem wird das Projekt wissenschaftlich begleitet. Der Soziologe Anton Amann wird dabei die Lebensqualität der Bewohner erheben und vergleichen. Die gewonnenen Erfahrungen sollen beispielgebend nicht nur für andere Bundesländer, sondern auch international genutzt werden.

Das Projekt Neudörfel kann dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft künftig weniger eine Gesellschaft mit einem „Altenproblem“ ist ...

Das Projekt Neudörfel kann dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft künftig weniger eine Gesellschaft mit einem „Altenproblem“ ist, sondern vielmehr ein lebendiges Miteinander, in dem Flexibilität, Potenzial- und Wertschöpfung, Kooperation, Solidarität und Mitgefühl eine Rolle spielen.

EWT Wasserzähler-Fernablesung „innovativ und einfach“

EWT



HYDRUS
Ultraschallzähler



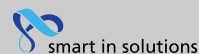
ALTAIR
Ringkolbenzähler

Funkauslesung und Anbindung an die Verrechnung

Mit dem neuen Ultraschall Kaltwasserzähler „HYDRUS“ und dem bereits bewährten Ringkolbenzähler „ALTAIR“ wird die Wasserzählerablesung deutlich einfacher, schneller und datensicherer. Unsere Auslesesoftware wurde schon bei zahlreichen Projekten mit den bestehenden Verrechnungssystemen per Schnittstelle verbunden und die Auslesedaten können so leicht mit den Kundendaten zusammengeführt werden.

DIEHL
Metering

www.ewt.at info@ewt.at



Das neue Präsidium des GRIS im Interview

GRIS-Gütezeichen für Kanalrohre höchster Qualität

Die Errichtung von Rohrnetzen im kommunalen Siedlungswasserbau gehört zu den kostenintensivsten Investitionen, die Gemeinden zu tätigen haben.

Umso wichtiger ist es, dass ausschließlich leistungsfähige Rohre und Formstücke zum Einsatz kommen. Qualität und Langlebigkeit sind Voraussetzung für eine Förderung durch die öffentliche Hand.

In den Österreichischen Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau (ÖGA) sind die Qualitätsanforderungen der Branche genau festgelegt. Ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ÖGA ist der Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau GRIS, der seit mehr als 25 Jahren besteht. Aktuell sind in

Österreich rund 80.000 Kilometer Kanalrohre verlegt, wobei davon auszugehen ist, dass ein Großteil bereits Qualitätsprodukte sind.

Was konkret ist die Aufgabe des GRIS?

Schleicher: Der GRIS ist in die ARGE ÖGA eingebunden und institutionalisiert, die technischen Anforderungen für Rohrsysteme im Siedlungswasserbau festzulegen und deren Einhaltung zu überprüfen. Hauptaufgabe ist die Erstellung von speziellen Gütevorschriften für Rohre und Formstücke aus verschiedenen Materialien.

Welche Rohrmaterialien sind im GRIS vertreten?

Aigner: Der Verband umfasst drei Sektionen: Rohre

und Formstücke aus Beton und keramischen Werkstoffen, Kunststoff sowie aus metallischen Werkstoffen. Damit sind im GRIS sämtliche Materialien, die für die Herstellung von Rohren für die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung verwendet werden, vertreten.

Welchen Vorteil bringen GRIS-geprüfte Produkte den Gemeinden?

Kubeczko: Sie geben die Sicherheit, in ein Kanalsystem zu investieren, das aufgrund des hohen Qualitätsanspruchs über Generationen intakt bleibt. Damit tragen GRIS-geprüfte Produkte dazu bei, dass die finanziellen Mittel der Gemeinden gut und nachhaltig eingesetzt sind.



Das neu gewählte GRIS-Präsidium: Prok. Thomas Schleicher, Mag. Karl Aigner, DI Paul Kubeczko.

Information



GRIS Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau
Tel.: 01/798 16 01-150
E-Mail: info@gris.at,
www.gris.at

E.E.

GDL Winterdienstpaket – Liefergarantie und Leasingmodell helfen sparen

Streusalz günstig kaufen und entnehmen

Im Winter 2008/2009 kam das weiße Gold für freie Straßen der Gemeinden Fischlham, Steinerkirchen, Eberstallzell, Sattledt, Steinhaus, Ried im Traunkreis und Edt bei Lambach und damit für die Sicherheit der Gemeindebürger aus dem neuen und gemeinsam errichteten Salzsilo. Diese Investition bedeutet für die sieben Gemeinden Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit.

Der Jahrhundertwinter mit dem Engpass bei Auftausiedesalz gab den Ausschlag für diese gemeinsame Investition. Am zentralen Standort Steinerkirchen wurde ein 100-Tonnen-Salzsilo errichtet und mit einem Leasingmodell finanziert. Nach 15 Jahren gehört der Silo



Am zentralen Standort Steinerkirchen wurde ein 100-Tonnen-Salzsilo errichtet und mit einem Leasingmodell finanziert. Nach 15 Jahren gehört der Silo den sieben Gemeinden, wie Johann Auer, Bürgermeister von Steinerkirchen a. d. Traun (kleines Bild), anmerkt.

den sieben Gemeinden. Auch die Salzentnahme ist einfach: Jede Gemeinde verfügt über eine Chipkarte, die genau Aufschluss über den tatsächlichen Verbrauch

gibt. Das Auftausiedesalz von den Salinen Austria – mit Liefergarantie bis 2023 – wird erst am Ende der Wintersaison entnahmegerecht zu Bestpreisen abgerechnet.

„Wir können das Streusalz für den Winterdienst auf den Gemeindestraßen günstig einkaufen und unkompliziert entnehmen. Somit konnte für die Bevölkerung ein nachhaltiges, versorgungssicheres System für den reibungslosen Winterdienst geschaffen werden“, sagt Johann Auer, Bürgermeister von Steinerkirchen a. d. Traun.

Information

GDL Handels- und Dienstleistungs GmbH – Ihr multifunktionales Serviceunternehmen
Mag. Dr. Wolfgang Hikes
Europaplatz 1a, 4020 Linz
Tel.: 0732/6596-2416
Fax: 0732/6596-8311
E-Mail: hikes@rlbooe.at

E.E.

CONTAINEX - der führende Anbieter für mobile Kindergärten und Schulen!



A-2355 Wiener Neudorf, IZ NÖ-SÜD, Straße 14
Tel.: +43 2236/601, E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

CONTAINEX - ein Unternehmen der LKW WALTER-Gruppe, ist der führende Anbieter für Container und mobile Raumsysteme.

Das Produktprogramm umfasst:

- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kauf - Miete - Leasing

Ihre Vorteile:

- flexible Raumlösungen
- attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort
- Top-Leasingkonditionen



Hochwertige Mehrschichtlackierung – erweiterte Einsatzmöglichkeiten von Containern

Innovationen bei Lagercontainern von CONTAINEX

CONTAINEX, der führende Anbieter von Containern und mobilen Raumsystemen, hat den herkömmlichen Lagercontainer weiterentwickelt und damit die Nutzungsmöglichkeiten entscheidend verbreitert. Besonders stolz ist CONTAINEX-Geschäftsführer Josef Heißenberger auf die in Europa am Containersektor einzigartige Mehrschicht-Lackieranlage, die seit wenigen Monaten im Einsatz ist. Die Kombination von Zinkphosphatierung, KTL-Grundierung und Pulverbeschichtung ergibt eine extrem langlebige und widerstandsfähige Lackierung – in perfekter Optik. Der Lagercontainer ist in vier Standard- und vielen Sonderfarben erhältlich. Lagercontainer bewahren



Lagercontainer in optimaler Lackierung sind vielseitig verwendbar.

sich für die Materiallagerung auf Bauhöfen, zur sicheren Aufbewahrung von Sportutensilien und Gerätschaften auf Sport- und Vereinsplätzen, für die Waren- und Aktenlagerung in Unternehmen oder als „In-night“-Lager für Nachtzustellungen. Die modifizierte Konstruktion der Container erlaubt den beliebigen Einbau von Fenstern, Eingangs-

türen und einer Elektroausrüstung. Damit ist der CONTAINEX-Lagercontainer nun auch ideal als mobile Werkstätte geeignet. Die Sicherheit kommt bei den neuen Lagercontainern ebenfalls nicht zu kurz: Mit der als Zubehör erhältlichen, umfangreichen Sicherheitsausrüstung bieten CONTAINEX-Lagercontainer einen hohen Einbruchschutz.

Die Lagercontainer können – je nach Größe – bis zu einer Nutzlast von 6,5 Tonnen mittels Kran oder Stapler manipuliert werden. Die Lieferung im Set erspart Kosten bei der Anschaffung und beim Transport. Die Resonanz der Kunden ist sehr positiv, freut sich Josef Heißenberger über die Neupositionierung der Lagercontainer.

Information

CONTAINEX Container-Handelsges.m.b.H
A-2355 Wiener Neudorf,
IZ NÖ-Süd, Straße 14,
Postfach 36
Tel.: 02236/601-0
E-Mail:
ctx@containex.com

Maßgeschneiderte Business-Lösungen steigern Effizienz und Erfolg

Die mobile Gemeindelösung von Mobilkom Austria

Im Geschäftsalltag geht der Trend klar in Richtung mobiler Anwendungen, wobei immer mehr mobile Gesamtlösungen gefragt sind. Maßgeschneiderte Produkte und Services vereinfachen den Arbeitsalltag und gestalten ihn effizienter. Mobilkom Austria hat für Business-Kunden sämtlicher Branchen mobile Lösungen maßgeschneidert und startet jetzt ein Pilotprojekt mit der Gemeinde Tulln.

Der Trend zur Nutzung von Datenprodukten wie mobilem Breitband und mobilem E-Mail ist ungebremsbar und Unternehmen aller Größenordnung steigern die Anzahl an Firmenhandys, Datenkarten und BlackBerrys. Maßgeschneiderte Produkte und Services vereinfachen den Arbeitsalltag und gestalten ihn effizienter. Die individuell angepassten wie auch kostengünstigen mobilen Services erleichtern Arbeitsabläufe und steigern den Unternehmenserfolg. Richtig verwendet trägt mobiles E-Mail dazu bei die be-



Das BlackBerry wird immer beliebter.

rufliche und private Lebensqualität zu verbessern. 2004 präsentierte mobilkom austria erstmals die mobile E-Mailmaschine BlackBerry. Heute haben bereits mehr als 100.000 A1 Kunden einen im Einsatz und schätzen dabei vor allem den Mobilitäts- und Komfortgewinn. 92 Prozent aller österreichischen Unternehmen mit einer Größe ab 100 Mitarbeiter vertrauen auf die Sprach- und Datenservices im Netz von mobilkom austria. Darunter sind so bekannte Marken wie Schenker, Austrian Airlines, Magna, Gene-

rali, BAWAG oder Casinos Österreich. Dabei stellt mobilkom austria jedem Business-Kunden – unabhängig von der Größe des Unternehmens – einen persönlichen Betreuer als direkten Ansprechpartner zur Seite.

Die Vorteile der mobilen Gemeindelösung

Aktuell verwalten Österreichs Gemeinden ihre Aufträge auf Papier, was zum Teil eine mehrfache Dokumentation erfordert. Die mobile Gemeindelösung von mobilkom austria integriert Leistungserfassung, Zeiterfassung und Dokumentation der Aufträge und ist in dieser Form einzigartig, da kein anderer Anbieter dieses Gesamtpaket anbietet. So trägt mobilkom austria dazu bei Effizienz und Transparenz zu steigern, indem der administrative Aufwand drastisch reduziert und Doppelarbeit vermieden wird. Die Aufträge werden dem Mitarbeiter direkt übermittelt. Dieser kann nach vollbrachter Arbeit ein Foto davon machen



VERTRAUEN ALS BASIS

IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN
auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit WWW.PI-AG.COM



Your partner for integrated HR solutions

und die Arbeit damit schnell und unkompliziert dokumentieren. Diese Ablage kann unter Umständen relevant werden, wenn es zu rechtlichen Streitigkeiten kommt – etwa um zu belegen, dass ein Baum bereits geschnitten wurde, noch bevor ein Sturm aufkam, dem Autos zum Opfer gefallen sind. Das Bildmaterial wird automatisch in die Zentrale übermittelt und inklusive Zeit- und Leistungsdaten im richtigen Ordner abgelegt.

Pilotprojekt in Tulln

Die mobile Gemeindelösung von mobilkom austria basiert auf einer Verrechnung abgestimmt auf die jeweilige Useranzahl und wird nicht pauschal abgerechnet. Insofern ist das Produkt speziell für kleine Gemeinden interessant. Die Mindestanzahl beträgt zehn User und ist nach Oben hin voll ausbaufähig. Aktuell befindet sich mobilkom austria mit dem Projekt in einer Pilotphase. Der Start ist für Anfang 2010 geplant. Die erste Testgemeinde ist Tulln, die ursprünglich selbst auf mobilkom austria zugekommen ist. Motivator für Tulln waren die hohen Kosten von mehreren Tausend Euro monatlich. Mobilkom Austria stellt Businesskunden bereits ein umfangreiches Spektrum maßgeschneiderter Lösungen an, ist daher bereits Spezialist auf diesem Segment und kennt den Markt sehr gut. Der



Geschäftskunden schätzen die flexiblen Lösungen.

Mobilfunkbetreiber ist in Vorleistung gegangen und hat aufbauend auf seiner Expertise das Potenzial erhoben, woraus nach einem Jahr intensiver Zusammenarbeit mit den Entwicklungsexperten von LG Nexera das vorliegende Produkt entstanden ist. Wesentlich an der individuellen Lösung für Tulln ist, dass diese sich von vorne herein an den Bedürfnissen der Gemeinde ausrichtet.

Konkret werden in Tulln rund 80 Mitarbeiter beschäftigt und es werden rund zehn BlackBerrys und Windows Mobile-Geräte zum Einsatz kommen. Die Anzahl kann jederzeit ganz unkompliziert erweitert werden

und die Gemeinde kann auf Wunsch auch selber SIM Karten aktivieren. Die Lösung wurde den Gemeinden im Zuge des Gemeindetages in Lech bereits präsentiert und das Feedback dazu war äußerst ermutigend und fiel vor allem auch hinsichtlich des Pricings positiv aus. Das Ziel ist bis Jahresende zehn Gemeinden für die Lösung zu gewinnen. „Erste Erfahrungen zeigen, dass uns die mobile Gemeindelösung den Arbeitsalltag unserer Bauhof-Mitarbeiter maßgeblich erleichtern wird. Der wesentliche Vorteil an dieser Lösung liegt auch darin, dass wir das Produkt von Anfang mitgestalten konnten und es perfekt an unsere Erfordernisse angepasst worden ist. Unsere Bauhof-Mitarbeiter werden sich damit besser auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können und keine Zeit mehr mit langwieriger Administration und Dokumentation verschwenden“, so Ing. Franz Friedl, Leiter des Amtes für öffentliche Einrichtungen beim Stadtamt Tulln an der Donau.

Information

mobilkom austria AG
Obere Donaustraße 33
1020 Wien
Mathias Baresch
Tel: +43 664 3314387
m.baresch@mobilkom.at
www.mobilkomaustria.com

E.F.

HAWLE. MADE FOR GENERATIONS.



hawle

HAWLE-HYDRANTEN

Ihre zuverlässigen Partner im Kampf gegen Feuer!

E. Hawle Armaturenwerke GmbH

4840 Vöcklabruck / Austria | Wagrain Str. 13 | Tel.: +43 (0) 7672 / 725 76-0 | Fax: +43 (0) 7672 / 784 64 | E-Mail: marketing@hawle.at
www.hawle.at

Fahren mit Hirn, denn geräumte Straßen sind keine Garantie

Sicher unterwegs bei Schnee und Glatteis

Neben der Winterausrüstung muss auch die eigene Fahrweise an die Fahrbahnverhältnisse angepasst werden. Geschwindigkeit und Abstand spielen dabei eine zentrale Rolle.



Neben der Winterausrüstungspflicht ist auch eine vorausschauende und den winterlichen Fahrbahnverhältnissen angemessene Fahrweise notwendig, um Unfälle zu verhindern.

DI Klaus Robatsch

Bei winterlichen Straßenverhältnissen wie Schnee, Matsch und Glätte passieren Jahr für Jahr zahlreiche Unfälle. Im Jahr 2008 wurden rund 1600 Personen, die im Pkw unterwegs waren, bei Unfällen auf verschneiter oder eisiger Fahrbahn verletzt. Um unfreiwilligen Rutschpartien vorzubeugen, sollte das Fahrzeug den Straßenverhältnissen angemessen ausgerüstet sein: In Österreich gilt von 1. November bis 15. April witterungsabhängige Winterausrüstungspflicht. Bei winterlichen Fahrbedingungen müssen entweder Winterreifen montiert oder Sommerreifen mit Schneeketten versehen werden. Damit Reifen als Winterreifen gelten, müssen sie mindestens eine Profiltiefe von vier Millimeter aufweisen. Je nach Modell haben neuwertige Winterreifen beim Kauf eine Profiltiefe von acht bis zehn Millimeter. Für die bekannte M+S-Kennzeichnung (Matsch & Schnee) gibt es keine einheitliche Definition oder ein Testverfahren, das festlegt, welche Eigenschaften ein Reifen aufweisen muss, damit er als M+S-Reifen gekennzeichnet werden darf. Auch in Österreich können Reifen mit M+S-Kennzeichnung auf dem Markt sein, die über ungenügende Wintergriff-Eigenschaften verfügen. In den USA gibt es seit 1999 ein standardisiertes Testverfahren (Traktions-

test) für Winterreifen. Reifen, die dieser Prüfung standhalten, sind mit dem „Schneeflocken-Symbol“ (oder „Three Peak Mountain Symbol“) gekennzeichnet, das auch von der europäischen Reifenindustrie zur Kennzeichnung von absolut winter-tauglichen Pneus verwendet wird. Eine Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) zeigt, dass die Winterreifen der in Österreich gemeldeten Kraftfahrzeuge zu mehr als zwei Drittel (69 Prozent) das Schneeflocken-Symbol trugen. Bei den ausländischen Fahrzeugen war

Eine Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) zeigt, dass die Winterreifen der in Österreich gemeldeten Kraftfahrzeuge zu mehr als zwei Drittel (69 Prozent) das Schneeflocken-Symbol trugen. Bei den ausländischen Fahrzeugen war der Anteil mit 73 Prozent sogar noch höher.

der Anteil mit 73 Prozent sogar noch höher. Es handelt sich dabei zwar um kein gesetzlich anerkanntes oder vorgeschriebenes Qualitätssymbol, bei Reifen mit der Schneeflocke ist man aber auf jeden Fall auf der sicheren Seite. Auf manchen Strecken müssen bei durchgehender Schneefahrbahn Schneeketten angelegt werden. Bei Fahrten im Gebirge sollten die Ketten rechtzeitig und an einer geschützten Stelle angelegt werden. Schnee- und Eisfahrbahnen mit Steigung oder Gefälle über zehn Prozent

keinesfalls ohne Schneeketten befahren, auch nicht mit ABS-gebremsten oder vierradgetriebenen Fahrzeugen.

Fahrweise an Straßenverhältnisse anpassen

Bei trockener Fahrbahn sollte im Ortsgebiet mindestens eine Sekunde Sicherheitsabstand zum vorderen Fahrzeug eingehalten werden, auf Freilandstraßen mindestens zwei Sekunden und auf Autobahnen sind drei bis vier Sekunden Mindestmaß. Auf Schneefahrbahnen muss der Abstand größer sein – hier heißt es halbe Geschwindigkeit und doppelter Sicherheitsabstand im Vergleich zu trockener Fahrbahn, auf Eis ein Viertel der Geschwindigkeit und dreifachen Abstand zum Vordermann. Denn der Anhalteweg verlängert sich bei Schnee etwa auf das Vierfache, bei Glatteis mindestens um das Zehnfache.

Auf schneeiger, matschiger oder glatter Straße sollten alle abrupten Bewegungen des Fahrzeugs, wie schnelles Lenken, starkes Bremsen, „ruckartiges“ Schalten und starkes Gasgeben vermieden werden. Sicher unterwegs ist, wer vorausschauend und den Fahrbahnbedingungen angemessen fährt. Riskante Fahrmanöver und hohe Geschwindigkeiten sind bei schneeglatter Straße fehl am Platz. Winterliche Straßenverhältnisse dürfen nicht unterschätzt werden – die Fahrsituati-



on bei Schnee und Glatteis stellt erhöhte Anforderungen an den Lenker. Gefährliche Fehleinschätzungen wie das Überschätzen der eigenen Fahrfertigkeiten, das Unterschätzen der physikalischen Auswirkungen der gewählten Geschwindigkeit oder ein nur geringes Wissen über die technischen Grenzen des eigenen Fahrzeugs führen auf Eis zu einem erhöhten Unfallrisiko. Auch auf vertrauten Strecken muss das Fahrverhalten an die winterlichen Bedingungen angepasst werden. Hier tritt der Effekt der Gewöhnung ein: Aufmerksamkeit und Konzentration lassen nach, da man meint, die Strecke sehr gut zu kennen und auch bei Schneefahrbahn schnell fahren zu können. Ein fataler Irrtum, denn dadurch ist die Unfallgefahr hier besonders hoch. Vorsicht ist auch bei Kuppen, Brücken, Wald- und Tunnelausfahrten geboten, also überall dort, wo die Windverhältnisse für starke Fahrbahnglatte und Ansammlung von Schnee sorgen.

Zusätzlich ist durch plötzlich auftretende Nebelbänke in den Morgen- und Abendstunden die Sicht stark eingeschränkt. Ähnlich verhält es sich bei Schneefall. Für Kfz-Lenker bedeutet dies: Geschwindigkeit reduzieren und Abstand halten. Weiters sollte man niemals blind in Nebelwände einfahren. Bei schlechten Sicht- und Fahrbahnverhältnissen ist das „Fahren auf Sicht“ besonders wichtig. „Fahren auf Sicht“ heißt innerhalb der eingesehenen Strecke jederzeit anhalten zu können. Das gilt auch im Kolonnenverkehr. Ein „Anklammern“ an den Vordermann sollte unbedingt vermieden werden, denn durch die nasse Fahrbahn wird der Bremsweg verlängert. Daher bei schlechter Sicht durch Nebel: Den gesamten Anhalteweg Abstand halten! Bei 50 km/h bedeutet das zumindest drei Sekunden Abstand. Als Faustregel gilt: 50 Meter Sicht – 50 km/h Höchsttempo. Besonders auf der Autobahn muss die Geschwindigkeit bei Nebel bzw. Schneefall reduziert und der Abstand eingehalten werden. Dazu gibt es so genannte Nebelpunkte, die Lenker bei der richtigen Geschwindigkeitswahl unterstützen.



DI Klaus Robatsch ist Regionalleiter Ost im Kuratorium für Verkehrssicherheit KfV

Richtiges Verhalten bei Nebel und Schneefall

Auch bei Nebel verringert sich die Haftung auf der Fahrbahn.

DIE ECHTEN ÖSTERREICHER



GEOTRAC UND UNITRAC // die starken Partner für alle Einsatzbereiche

AGRITECHNICA // 8. – 14. November 2009, Hannover

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
6250 Kundl/Tirol, Tel. +43 5338 74 20-0, Fax-DW 333
www.lindner-traktoren.at

Bei schlechten Sicht- und Fahrbahnverhältnissen ist das „Fahren auf Sicht“ besonders wichtig.

zen. Rechts entlang der Fahrbahn sind in einem Abstand von 33 Metern weiße Halbkreise aufgemalt. Sind bei schlechter Sicht lediglich zwei dieser Nebelpunkte zu sehen, ist aus Sicherheitsgründen eine maximale Fahrgeschwindigkeit von 60 km/h empfohlen. Kann man nur einen Punkt erkennen, sollte die Geschwindigkeit auf maximal 40 km/h reduziert werden. Oberstes Gebot bei Nebel ist Fahren mit Licht. Sehen und gesehen werden kann lebensnotwendig sein. Wichtig ist allerdings, das Fernlicht auszuschalten – sonst

besteht durch den Nebel, wie auch bei Schneefall, die Gefahr, sich selbst zu blenden. Hilfreich ist es, die Nebelschlussleuchten zu benutzen – sie sollten aber wirklich nur bei Sichtbehinderung durch Nebel, Regen oder Schneefall eingesetzt werden, da sie sonst andere Verkehrsteilnehmer blenden. Wird man selbst durch die Nebelschlussleuchten anderer Fahrzeuge geblendet, sollte man die eigenen abdrehen. Allgemein gilt: Wer sein Fahrverhalten an die Witterungsverhältnisse anpasst, ist deutlich sicherer unterwegs!

Herausforderung bei Schnee, Matsch und Eis Winterdienst: Gesetzliche Verpflichtung für Gemeinden

Verkehrssicherheit im Winter stellt für Gemeinden eine besondere Herausforderung dar. Schnee, Matsch und Glatteis sorgen für winterliche Fahrbahnverhältnisse, die das Unfallgeschehen beeinflussen. Neben defensivem Fahrverhalten kommt es während der kalten Jahreszeit vor allem auf eine entsprechend präparierte Fahrbahn an. Den Straßenhalter, in vielen Fällen ist das die Gemeinde, trifft eine grundsätzliche Verkehrssicherungspflicht. Das bedeutet, dass die Straße von jedem Benutzer, egal ob Fußgänger, Autofahrer oder anderen Verkehrsteilnehmern, zu jeder Zeit gefahrlos benutzbar sein muss, vorausgesetzt, dass sich die jeweiligen Verkehrsteilnehmer ordnungsgemäß verhalten. Daraus ergibt sich die Pflicht zur Instandsetzung und Instandhaltung der Straße, welche die Streu- und Räumspflicht bei Schnee umfasst. Der Umfang der Streupflicht richtet sich dabei nach den Verkehrsbedürfnissen und der Zu-

mutbarkeit. Bei der Räumung bzw. Streuung beachtet werden muss die Art der Straße oder des Weges und ihre bzw. seine Frequentierung. Es kann aber kein allgemein gültiger Sorgfaltsmaßstab für die Verkehrssicherungspflicht aufgestellt werden, sondern dieser ist vom Einzelfall abhängig. Straßen, die nicht geräumt oder gestreut werden, müssen gekennzeichnet sein, da sie für Verkehrsteilnehmer nicht gefahrlos benutzbar sind. Dazu müssen Gefahrenzeichen entsprechend der StVO oder Kennzeichnungen gemäß der RVS aufgestellt werden (z. B. „Ende der Salzstreuung“). Die Haftung des Weghalters ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit eingeschränkt. Bei der Beurteilung ist jedoch immer der konkrete Fall entscheidend. Fragen wie „Liegt grobe Fahrlässigkeit vor?“ oder „Welcher Sorgfaltsmaßstab ist für die Verkehrssicherungspflicht anzusetzen?“ tragen zur Beurteilung von Haftungsfragen bei.

Medienservice von Infrapool

**Infrapool bietet
speziell für Städte und
Handelsverbände:**

Websites/Blogs inkl.
Newsletter, Forum,
Veranstaltungskalender,
Online-Shop,
Umfragen, RSS-Feed
uvm.

Meinungsführer-Email-
Adressrecherche u.
Stammkundenerfassung,
Adressdatenbank-
Verwaltung

Flyer, Folder,
Broschüren, Poster,
Transparente,
Visitenkarten,
Präsentationsflächen,
Verkleidung von
Ständen/Schalter,
3D-Stadtpläne, uvm.



Kontakt:

Frau Mag. Schaffner
0699/19449404 oder
marketing@infrapool.com



Forum Qualitätspflaster: Neuer Leitfaden zur Planung gepflasterter Flächen

Qualitätssicherung öffentlicher Flächen beginnt bei der Planung

Architektonische Gestaltung, lange Gebrauchstauglichkeit und verschiedenste Nutzungsanforderungen sind die Herausforderungen, die Flächenbefestigungen in kommunalen und kommerziell genutzten Räumen zu erfüllen haben. Die Planung hat jedoch nicht nur unter dem Gesichtspunkt der architektonischen Gestaltung zu erfolgen, sondern auch die technischen Anforderungen zu berücksichtigen und die entsprechenden Regelwerke einzuhalten. Bereits der Planungsprozess erfordert ein intensives Miteinander von Planer und Bauherr, wobei die Anforderungen an die Fläche im Detail zu ermitteln sind.



Stadtgemeinde Radstadt: Multifunktionale und repräsentative Gestaltung.

Zur Verbesserung der Bauqualität gepflasterter Flächen veröffentlicht das Forum Qualitätspflaster gemeinsam mit der Bundesinnung der Pflasterer einen neuen Leitfaden zur Planung und Qualitätssicherung

nachhaltiger Flächen mit Betonpflastersystemen. „Der Leitfaden unterstützt öffentliche Auftraggeber und Planer bei der Planung gepflasterter Flächen und zeigt den Stand der Technik sowie die wichtigsten

Grundlagen zur Qualitätssicherung des Gesamtbauwerks auf“, informiert Peter Nowotny, Mitautor des Leitfadens und Berufsgruppensprecher der Pflasterer. „Übersichtliche Checklisten führen durch den Planungsprozess und beinhalten die wichtigsten Qualitätskriterien für eine dauerhafte und beständige Fläche“, ergänzt Nowotny.

Information

Der Planungsleitfaden ist kostenlos beim Forum Qualitätspflaster erhältlich.
E-Mail: info@fqp.at,
Web: www.fqp.at

E.E.



ITT

Flygt N-Pumpen: Kosteneffizient und patentiert

Höhere Betriebssicherheit zu deutlich reduzierten Kosten: Die nahezu verstopfungsfreie N-Pumpe von Flygt mit einem Wirkungsgrad von bis zu 80%.

ITT Austria GmbH
A-2000 Stockerau
Ernst Vogel-Strasse 2
Tel. 02266/604
Fax 02266/65311
www.ittaustria.at

VOGEL PUMPEN

LOWARA

FLYGT

WEDECO

Engineered for life

Spitzen-Kandidat

Gerade im Einsatz für Kommunen sind die Kramer Lader ganz in ihrem Element: Tag für Tag, überall im Gemeindegebiet und zu jeder Jahreszeit einsetzbar. Aus Allradlenkung und ungeteiltem Rahmen resultieren:

- Hervorragende Standsicherheit.
- Hohe Stabilität für vielfältigste Anbaugeräte und sichere Straßenfahrt.
- Enorme Wendigkeit.
- Eine einzige hohe Nutzlast.



MEHR INFOS:
00 800 90 20 90 20

www.kramer.de



kramerALLRAD®

Holz in der Gemeinde: Verantwortung für Mensch und Umwelt

Holzbauten mit öffentlicher Nutzung

Holz ist ein Baustoff der Superlative. Bauen mit Holz hat viele Vorteile. Es steigert die Wohnqualität, schont die Umwelt und unterstützt die heimischen Betriebe.



Auch mehrgeschossige Wohnbauten lassen sich aus Holz einfach, rasch und günstig herstellen.

Aus Holz lässt sich fast alles herstellen: Mehrgeschossige Wohnanlagen, Mehrzweckhallen mit großer Spannweite, Straßenbrücken, Kindergärten und Schulen, Einfamilienhäuser, Spielzeug, Mobiliar etc. Holz ist ein pures High-Tech-Produkt aus der Natur. 47,2 Prozent, also fast die Hälfte der Fläche Österreichs, besteht aus Wald. Somit steht uns Holz ausreichend und nachhaltig zur Verfügung – auch in Zukunft, denn Holz wächst nach – reduziert nebenbei noch CO₂-Emissionen und trägt so wesentlich zum Klimaschutz bei. Damit die Herkunft des Holzes auch nachvollziehbar wird, gibt es die PEFC Zertifizierung. Diese garantiert, dass das eingesetzte Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammt und nicht aus illegalem Einschlag oder Raubbau. Holz ist auch das Baumaterial mit dem größten Entwicklungspotenzial. Dank neuer optimier-

Die positiven Effekte von Holz für Wirtschaft, Ökologie und individuelles Wohlbefinden sind beträchtlich und sollten noch vervielfacht werden.

ter Bausysteme ist der Holzbau eine echte Alternative gegenüber dem Ziegel- Betonbau. Bauelemente für Holzhäuser wie Böden, Wände, Dachkonstruktionen werden im Werk vorgefertigt und rasch auf der Baustelle witterungsunabhängig montiert. Damit reduzieren sich Bauzeit und Kosten. Wärmedämmung und Installationen sind bereits in den Elementen integriert. Der Baustoff verfügt über alle Anforderungen für Dämmung gegen Temperaturextreme und spart dabei auch noch Heizkosten. Holz ist angenehm zu berühren, riecht gut und beeinflusst das subjektive Wärmeempfinden der Bewohner.

Auf Holz ist Verlass

Auch im Brandfall ist auf Holz Verlass, denn Häuser aus Holz erfüllen die gleichen Sicherheitsbestimmungen wie Häuser aus anderen Baustoffen. Brennt ein Holzhaus, so stürzt es nicht plötzlich ein, denn das Brandverhalten von Holz kann genau vorausgerechnet werden und ist daher kontrollierbar. Der flexible Baustoff macht es auch möglich, dass beschädigte Bauteile leichter lokalisiert und ersetzt werden können, wie auch schnelle und unkomplizierte Sanierungen und Umnutzungen für den Einsatz von Holz sprechen. Die positiven Effekte von Holz für Wirtschaft, Ökologie und individuelles Wohlbefinden sind beträchtlich und sollten – nicht zuletzt über die Vorbildwirkung öffentlicher Gebäude aus Holz – noch vervielfacht werden.

Vorteile von Holzbauten auf einen Blick

- ▶ Nachhaltig verfügbar, energiesparend, brandsicher, wetterfest, wohltuend
- ▶ CO₂-Speicher, Beitrag zum Klimaschutz
- ▶ schnelle, witterungsunabhängige Bauzeiten und kostengünstig
- ▶ regionaler Wirtschaftsfaktor
- ▶ schnelle und unkomplizierte Sanie-

- runge, Umnutzung und Erweiterung
- ▶ vielfältiger Einsatz: Straßenbrücken, mehrgeschossiger Wohnbau, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Feuerwehrhallen, Schulen, Senioren- und Pflegeheime ...

Wissenswertes rund ums Holz unter www.holzistgenial.at

Information

Weitere Informationen, Beispiele und Anregungen über Holz als Werkstoff und Bauten aus Holz unter www.proholz.at und www.zuschnitt.at



Forum Alpbach 2009: Mineralische Rohstoffindustrie mit „Ökoperformance“

Sand, Kies, Schotter zwischen Industrie, Nutzen und Natur

Das Forum mineralische Rohstoffe lud im Rahmen der Alpbacher Reformgespräche zum Arbeitskreis unter dem Titel „Die Ökoperformance der mineralischen Rohstoffindustrie – Nachhaltigkeit, Glaubwürdigkeit, Vertrauen“ ein. Es diskutierten hochkarätige Vertreter aus Industrie, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Sie alle stellten der Rohstoffbranche ein durchwegs positives Zeugnis aus, zeigten aber auch auf, dass in Sachen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität noch viel zu tun ist.

Die Gewinnung von Sand, Kies und Schotter befindet sich in einem besonderen Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. In Österreich beträgt der Bedarf an mineralischen Rohstoffen jährlich bei über 100 Millionen Tonnen (pro-Kopfverbrauch rund 12 Tonnen pro Jahr). In fast jeder zweiten österreichischen Gemeinde werden diese Rohstoffe gewonnen, und der Eigenversorgungsgrad für die Baustoffproduktion und die Bauwirtschaft liegt derzeit noch bei 100 Prozent. Durch Naturschutz- und Wasser-

schongebiete und die notwendige Infrastruktur wird der Zugriff auf mineralische Rohstoffe jedoch zunehmend erschwert. Rohstoffgewinnung stellt zeitweilig nicht unerhebliche Eingriffe mit zum Teil weitreichenden Auswirkungen in ihre Umwelt dar. Diese werden naturgemäß nicht von allen Beteilig-

Natura 2000 ist kein für den Menschen und Nutzungen unzugängliches „Tabu-Gebiet“. Eine Ausweisung zum Natura 2000-Gebiet bedeutet nicht die Einstellung jeglicher wirtschaftlicher Aktivitäten.

Dr. Heidrun Kleinert, Generaldirektorin Umwelt, EU-Kommission.

ten positiv gesehen. Doch die Mitglieder des Forums mineralische Rohstoffe arbeiten seit vielen Jahren daran, Rohstoffe möglichst öko-effizient zu nutzen und ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Künftig soll es möglich werden, gleich viele oder sogar mehr Produkte herzustellen und gleichzeitig die Leistung der Produkte mit deutlich reduziertem Einsatz an Material, Energie und Land sowie mit deutlich weniger Abfällen zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsam mit dem WWF

Im Rahmen der seit dem Jahr 1999 bestehenden Zusammenarbeit mit dem WWF Österreich wurde im Jahr 2007 eine gemeinsame Vision entwickelt, um „einen maßgeblichen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt sowie zur Reduktion des ökologischen Fußabdrucks zu leisten“, so Dr. Hildegard Aichberger, Geschäftsführerin des WWF Österreich. Im Jahr 2008 ließen die Rohstoffgewinnenden Unternehmen gemeinsam als erste Sparte weltweit ihren ökologischen Branchenfußabdruck berechnen (Pro-



Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer (oben 2. v. li.) diskutierte mit Experten über die nachhaltige Nutzung der mineralischen Rohstoffe. Ernst Derfeser (re.), Stv.-Vorsitzender des Forums Rohstoffe.



jektpartner WWF und SERI). Der ökologische Fußabdruck fasst die wesentlichsten Umweltauswirkungen in einer Maßzahl zusammen und eignet sich daher hervorragend, um eine ökologischen Gesamtbewertung von Unternehmen (bzw. hier erstmals einer Branche) vorzunehmen. „Auf Basis dieser Erhebung ist nun wesentlich transparenter, wo die Hebel für eine Verbesserung der eigenen Umweltperformance anzusetzen sind“, so Aichberger. Ziel der Branche ist es, auf Grundlage dieser Analyse negative Umweltauswirkungen kontinuierlich zu reduzieren.

EU-Nachhaltigkeitsstrategie

„Mineralische Rohstoffe sind für das nachhaltige Funktionieren unserer modernen Gesellschaft sowie für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäi-

schen Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung“, erklärte EU-Industriekommissar Günter Verheugen. Die Versorgung mit Rohstoffen ist für Europa zu einer Herausforderung geworden, die eine gemeinsame Strategie aller Mitgliedstaaten erfordert. Einen Schwerpunkt bildet der Bereich zum Schutz und Management der natürlichen Ressourcen, mit dem Ziel eines verantwortungsbewussteren Umgangs damit. Der Verlust der Biologischen Vielfalt soll bis zum Jahr 2010 gestoppt werden. Dazu unterzeichneten der Europäische Ge- steinsverband UEPG und seine Mitglieder, wie das Forum mine-

ralische Rohstoffe, am 2. Mai 2007 die „Countdown 2010“-Erklärung zur Rettung der biologischen Vielfalt.

Natura 2000 – die Zeit ist reif: Business and Biodiversity

Ein Kernstück dazu ist der Aufbau des Netzwerkes Natura 2000 bestehend aus besonderen Schutzgebieten nach der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie. „Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse haben wir erstmalig ein umfassendes und zusammenhängendes Schutzgebietssystem geschaffen, das die grundlegende Bedeutung biologischer Vielfalt und der Menschen anerkennt“, erläuterte Dr. Heidrun Kleinert, Generaldirektorin Umwelt, EU-Kommission „Natura 2000 ist kein für den Menschen und seinen Nutzungen unzugängliches Tabu-Gebiet. Eine Ausweisung zum Natura 2000-Gebiet bedeutet nicht die Einstellung jeglicher wirtschaftlicher Aktivitäten. Es ist ein europäischer Ansatz: Er schließt wirtschaftliche oder andere Aktivitäten nicht grundsätzlich aus, sofern diese die Substanz nicht schädigen.“

Information

Forum mineralische Rohstoffe
im Fachverband der Stein-
und keramischen Industrie
Mag. Robert Wasserbacher
Tel.: 05 90 900 3534
www.forumrohstoffe.at

EU-Mobilitätswoche: Zehn Jahre autofreier Tag

Autofreier Genuss mit viel Sonnenschein

ÖSTERREICH

Mehr als 400 teilnehmende Städte und Gemeinden in Österreich mit mehr als 1000 Veranstaltungen zu sanfter Mobilität, das ist das aktuelle Ergebnis der heurigen Europäischen Mobilitätswoche, die Mitte September stattfand mit dem autofreien Tag am 22. 9. als Höhepunkt. Zum zehnten Mal organisierte das Klimabündnis mit Unterstützung des Lebensministeriums diese weltweit größte Kampagne für Sanfte Mobilität in Österreich. Beim Start im Jahr 2000 nahmen 70 Gemeinden teil, diese Zahl steigerte sich kontinuierlich auf nunmehr 400.

Die zahlreichen bunten Veranstaltungen profitierten von dem guten sonnigen Wetter. Beim „Rasen am Ring“ in Wien blieb der ausgelegte Rollrasen trocken und die Passanten konnten sich im Liegestuhl am Burg-ring sonnen.

Mit der Aktion „Wir radeln die Rüben rüber“ in Tulln wurde endgültig bewiesen, dass man mit dem Fahrrad sehr wohl etwas transportieren kann. 450 RadlerInnen beförderten innerhalb weniger Stunden 29 Tonnen Zuckerrüben über 3 km von der Gärtnerei zur Zuckerfabrik.



Der Autofreie Tag lockte zahlreiche Menschen – hier in Graz – auf Straßen und Plätze, die normalerweise mit Autos bevölkert sind.

In Salzburg wurde beim Verkehrsmittelvergleich auf der Staatsbrücke eindrucksvoll dargestellt, wie enorm der Platzbedarf des Automobils ist.

Bei der Tour de Graz rollten 500 RadlerInnen und Skate- rInnen in autofreier Atmo-

sphäre durch Grazer Straßen. Das schöne Wetter begünstigte auch Tagesausflüge mit dem öffentlichen Verkehr. In zahlreichen Städten wie z. B. Traun, Saalfelden und Vöcklabruck galt in den Citybussen der Nulltarif. www.autofreiertag.at



Neue Wege: Urlaub auch mit Handicap

Tourismus bald barrierefrei?

WIEN

Beim 2. Kongress zum Thema „Trends und Perspektiven im barrierefreien Tourismus“ Ende September in Wien betonte Staatssekretärin Christine Marek, dass sobald spezielle Angebote für diese Zielgruppe erstellt sind, von üblicherweise längeren Aufenthalten und

Staatssekretärin Christine Marek für mehr Barrierefreiheit.

überdurchschnittlichen Ausgaben profitiert werden könne. Daher müssten Barrieren nicht nur für Behinderte im engeren Sinn, sondern allgemein für ältere Personen, schwangere Frauen und Mütter abgebaut werden. Für sie stellt das Thema eine neue Chance für den Tourismus dar. Siehe auch Seite 76 dieser Ausgabe oder www.enatcongress2009.info

Bankenumfrage

Finanzoptimierer fallen durch

WIEN

Die ÖsterreicherInnen würden bei Veranlagungen weiterhin zu knapp 70 Prozent den Banken ihr Geld anvertrauen. Hingegen haben 98 Prozent in Anlageberater und Finanzoptimierer wenig bis kein Vertrauen. Zu Versicherungen haben 45 Prozent großes/eher großes Vertrauen. www.dialogumfrage.at

Europas Tag des Denkmals: Zahlreiche Besucher
20 Millionen in 49 Ländern kamen

BRÜSSEL

Durch die Europäischen Tage des Denkmals angelockt, kamen auch dieses Jahr rund 20 Millionen Besucher in 49 Ländern zu ausgewählten historischen Stätten und Denkmälern. Zeitgleich diskutieren Experten auf dem zweiten eu-

ropäischen Forum zum Kulturerbe am 22. und 23. September in Ljubljana die neuesten Entwicklungen im Bereich der Digitaltechnik, mit denen das kulturelle Erbe möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden soll. www.coe.int

Breitband: Oberösterreich setzt neue Initiative

Datenautobahnen zu allen Häusern

LINZ

Nach der Breitband-Internet-Initiative der Jahre 2005 bis 2007 setzt Oberösterreich nun den nächsten Meilenstein: Auf Initiative von LH Josef Pühringer wird eine neue Glasfaser-Breitband-Initiative gestartet. Seine klare Vorgabe: „Fiber

to the home“ – und das heißt Glasfaser-Datenautobahnen zu allen Häusern in Oberösterreich. „Was früher die Güterwege für unsere ländlichen Regionen waren, werden in Zukunft leistungsstarke Datenautobahnen sein.“ www.land-oberoesterreich.gv.at

Hochwasserschutz: Experten tauschten sich aus

Herausforderung für Schutzwasserwirtschaft

GÖTTWEIG

Mehr als 250 Experten trafen Anfang Oktober bei der Flussbautagung aufeinander. Die Veranstaltung widmete sich den Erfahrungen im Umgang mit vergangenen Hochwassern und der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die EU verpflichtet ihre Mitgliedstaaten zu einem integrierten und koordinierten Vorgehen im Hochwassermanagement, um dadurch die Schäden zu mindern. Dazu soll es künftig eine eigene Stabstelle im Lebensministerium geben. Die Fachtagung, die seit 25

Jahren in Abständen von drei bis vier Jahren stattfindet, bietet die Möglichkeit, uns mit anderen Ländern auszutauschen und den Umgang mit Katastrophen zu vergleichen. Ebenso wurden die weitreichenden Auswirkungen der EU-Richtlinie auf die Schutzwasserwirtschaft diskutiert, stellt sie doch die gesamte österreichische Wasserwirtschaft vor besondere Herausforderungen. Festgelegt wurde, dass Gewässer ihren Raum brauchen, der zweckmäßig aus einer Kombination von Hochwasserrückhalt und Li-



Die EU will sich mit Richtlinien über Wasser halten. Dazu gab es eine Tagung von rund 250 Experten aus dem In- und Ausland.

nearregulierungen bestehen sollte. Dazu wurde bekanntgegeben, dass die Rückhaltebecken sich bereits bewährt und in vielen Fällen große Schäden verhinderten. wasser.lebensministerium.at

Gebührenerhebung

Inkassobüros mit leeren Händen

BREGENZ

Der Landesvolksanwalt für Vorarlberg weist aus gegebenem Anlass darauf hin, dass die Eintreibung von Abgaben durch Inkassobüros, aber auch durch Rechtsanwälte rechtswidrig ist. Die Einhebung und Eintreibung von Abgaben erfolgt nach den Bestimmungen des Abgabenverfahrensgesetzes bzw. im Vollstreckungsfalle nach den Bestimmungen der Exekutionsordnung. Der Landesvolksanwalt weist weiters darauf hin, dass bei Kenntnis der Rechtslage der Verdacht des Amtsmissbrauches vorliegen könnte.

Preiserhöhung

Tierische Abfälle werden teurer

KLAGENFURT

Ab Dezember werden in Kärnten die Entsorgungspreise für tierische Abfälle durchschnittlich um acht Prozent erhöht. Laut EU und Bund sind die Gemeinden gezwungen, die Entsorgung auf die Verursacher, sprich die Landwirte, umzulegen.

Rotes Kreuz, Abteilung Krisenintervention: 1100 „Rotkreuzler“ für Spezialfälle

Zehn Jahre Erste Hilfe für die Seele

INNSBRUCK

Als vor zehn Jahren bei der großen Lawinenkatastrophe in Galtür erstmals Psychologen als freiwillige Mitarbeiter des Roten Kreuzes geschickt wurden, um Opfern, Angehörigen und Rettungskräften zu helfen, wurde der Grundstein für eine ganzheitliche Notfallversorgung gelegt. Heute ist das im Hilfsangebot des Roten Kreuzes nicht mehr wegzu-

denken. Die Kriseninterventionsteams sind multiprofessionelle Teams, bestehend aus speziell ausgebildeten Psychologen, Ärzten, Theologen und andere psychologischen Fachkräften und Sanitätern. „Mitentschei-

dend für die herausragende Entwicklung war die enge Kooperation mit der Universität, also die enge Beziehung zwischen Forschung und Praxis“, so Barbara Juen, Chefspsychologin des Roten Kreuzes.



Rotkreuz-Chefpsychologin Barbara Juen betont den hohen Stellenwert der Freiwilligkeit.

Aebi Kommunaltechnik: die beste Wahl für jede Jahreszeit!

AEBI
Swiss Quality



Terratrac Aebi TT270 mit Schneefräse

Terratrac Aebi TT270 mit Schneefräse

Viatrac Aebi VT450 mit Kippbrücke

z. B.:

Die Strassenkehrmaschine Aebi MFH5500

- » Wirtschaftlich und effizient
- » Koanda-Blas-Saug-System gegen Feinstaub serienmässig
- » 4 m³ Fassungsvermögen
- » Gebläsedrehzahl stufenlos verstellbar
- » Moderne Komfortkabine mit Klimaautomatik
- » Programmierbare Funktion über Bordelektronik
- » Hochbuste Achsen und grosse Bereifung
- » Allradlenkung
- » On Board Diagnose

ASH AEBI SCHMIDT AUSTRIA

Aebi Schmidt Austria GmbH
Land- und Kommunaltechnik
Aichegg 20
AT – 8541 Schwanberg
Tel. +43 (0) 3467 7511-0
Fax +43 (0) 3467 7511-11
office@aebi-schmidt.at
www.aebi-schmidt.com

Die Highlights der Gemeinderatswahl in Oberösterreich

Zwei Hundertprozentige und zwei orange Bürgermeister

Zeitgleich mit den Landtagswahlen fanden in Oberösterreich auch Gemeinderatswahlen statt. Die Ergebnisse lagen weitgehend im Landestrend, allerdings gewann die ÖVP in den Gemeinden nicht so stark dazu wie im Land, und die SPÖ verlor nicht so kräftig. In 37 Gemeinden standen zwei Wochen später Stichwahlen an. KOMMUNAL hat sich alle Ergebnisse angesehen.

Die SPÖ verlor auch auf Gemeindeebene fast neun Prozent und hält nun 33,49 Prozent. Die ÖVP konnte ihre Vormachtstellung ausbauen und liegt nun bei 43,62 Prozent (+1,82 Prozentpunkte). Die Freiheitlichen gewannen deutlich dazu, die Grünen ein wenig.

Insgesamt gab es bei der Gemeinderatswahl 9528 Mandate zu verteilen: Die ÖVP konnte davon 5011 (drei durch Los) erreichen, das ist ein Plus von 111 Mandaten gegenüber der letzten Wahl. Die SPÖ verlor 728 Mandate und hat nun 2830. Die Grü-



Die Bevölkerung hat genau darauf geschaut, wo gute Arbeit geleistet wurde.

Franz Steiniger, Präsident des OÖ Gemeindebundes

nen konnten 67 Mandate dazugewinnen und halten nun bei 238. Die FPÖ verzeichnet insgesamt 1209 Mandate, das ist ein Plus von 467 Mandaten. Weitere Mandate: 56 BZÖ, ein KPÖ, 193 sonstige Bürger- und Namenslisten.

„Die hervorragende Arbeit der Gemeindevertreter wurde von den Wählern bestätigt“, sagt der Präsident des OÖ Gemeindebundes, Franz Steiniger. „Die Bevölkerung hat genau darauf geschaut, wo gute Arbeit geleistet wurde.“

Wahlbeteiligung

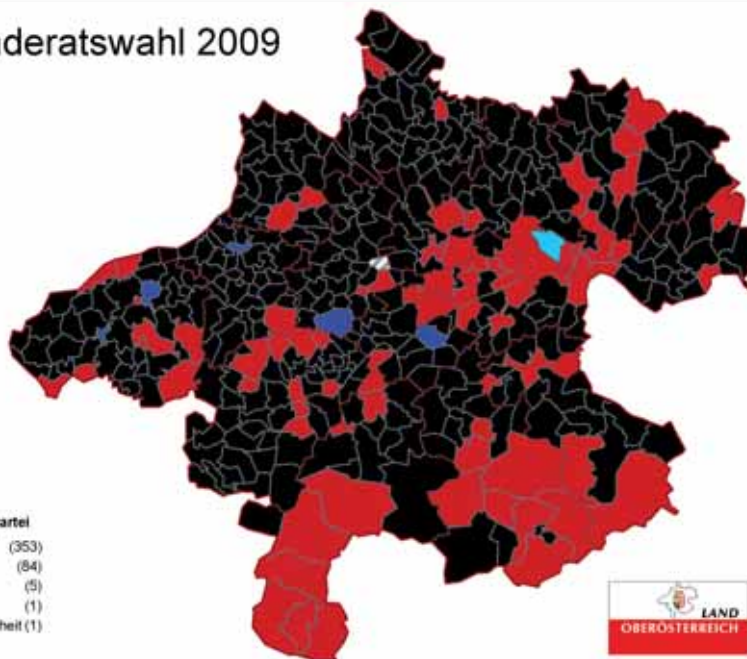
Die höchste Wahlbeteiligung gab es mit 94,49 Prozent in Nebelberg (513 Wahlberechtigte), die niedrigste mit 65,29 Prozent (12.692 Wahlberechtigte) in Braunau am Inn.



In St. Radegund und in Mörschwang erreichte die ÖVP 100 Prozent. Im Bild die beiden Bürgermeister. Simon Sigl aus St. Radegund (oben) und Bernhard Schachinger (unten; mit LH Pühringer).



Gemeinderatswahl 2009



Stimmenstärkste Partei

ÖVP: in 353 Gemeinden
SPÖ: in 84 Gemeinden



Hallstatt ist fest in roter Hand: Die SPÖ erreichte über 71 Prozent, Bürgermeister Alexander Scheutz erhielt bei der Bürgermeisterwahl sogar fast 94 Prozent.

FPÖ: in fünf Gemeinden
Sonstige: in einer Gemeinde
Stimmengleichheit.

Höchster Stimmenanteil für eine Partei

- ▶ Die ÖVP erreichte in zwei Gemeinden 100 Prozent. In St. Radegund entfielen alle 339 gültigen Stimmen auf die Volkspartei, in Mörschwang (Bezirk Ried) alle 203.
- ▶ In Hallstatt entschieden sich 71,58 Prozent der Wähler für die SPÖ. Die Salzkammergut-Gemeinde war damit die stärkste rote Basis des Landes.
- ▶ Die FPÖ setzte sich in St. Georgen am Fillmansbach klar durch. Sie gewann dort

Die ÖVP erreichte in St. Radegund und in Mörschwang jeweils 100 Prozent der Stimmen. Hallstatt war mit über 71 Prozent der Stimmen stärkste Basis der SPÖ.

59,90 Prozent der 282 gültigen Stimmen.

- ▶ „Grünste“ Gemeinde Oberösterreichs ist Gallneukirchen. Dort entfielen 20,11 Prozent auf die Grünen.
- ▶ Das BZÖ war in Antiesenhofen zweitstärkste Partei (hinter der ÖVP). Die Gemeinde im Bezirk Ried war damit die Hochburg des BZÖ.

Auch bei den Gemeindechefs dominiert die ÖVP

Die Bürgermeisterwahlen

Die ebenfalls abgehaltenen Bürgermeisterwahlen gewannen im ersten Wahlgang in 330 Gemeinden die Kandidaten der ÖVP und in 99 die der SPÖ. In neun Gemeinden setzten sich freiheitliche Kandidaten durch.

Erstmals gibt es auch Gemeindechefs, die dem BZÖ zuzuzählen sind: In Antiesenhofen (Bezirk Ried) setzte sich Ingeborg Huber durch, in St. Roman (Bezirk Schärding) gewann Siegfried Engelbert Berlinger. In Mayrhof gewann Johann



Johann Blümlinger gewann in Mayrhof 201 von 203 Stimmen, das sind 99,01 Prozent.

Blümlinger (VP) 201 von 203 abgegebenen Stimmen, das sind 99,01 Prozent.

Den höchsten Stimmenanteil eines SPÖ-Kandidaten erreichte der Hallstätter Bürgermeister Alexander Scheutz mit einer Zustimmung von 93,62 Prozent.

37 Stichwahlen

In 37 Gemeinden fanden am 11. Oktober Stichwahlen statt. Große Überraschungen gab es nicht mehr: meist setzten sich die zuvor Erstplatzierten durch. In Wels gewann Amtsinhaber Peter Koits (SPÖ) knapp gegen FPÖ-Kandidat Bernhard Wieder.

In 50 der 444 Gemeinden gibt es nun einen neuen Amtsträger.

Leicht verbessert hat sich die Frauenquote. Künftig gibt es sechs weibliche Gemeindeoberhäupter mehr als in der vergangenen Funktionsperiode. Jüngste Newcomerin ist die 35-jährige Kathrin Kühntreiber (VP) aus Hagenberg im Mühlviertel. Der jüngste – männliche – Bürgermeister des Landes ist der 32-jährige Michael Hirtl, der bereits seit über einem Jahr in Waldburg amtiert.

Zu wenig Kandidaten in OÖ

Appell für soziale Absicherung

Das demokratische Mitbestimmungsrecht manifestiert sich in freien Wahlen. „Das Amt des Bürgermeisters ist ein spannendes und ehrenvolles. Dennoch gibt es immer weniger Frauen und Männer, die sich dafür entscheiden“, gab der langjährige Bürgermeister und ÖVP-Gemeindesprecher Abg. z. NR Jakob Auer vor dem Urnengang in Oberösterreich zu bedenken. Bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl am 27. September 2009 in Oberösterreich kandidierten in 96 von 444 Gemeinden nur ein einziger Kandidat für das Amt des Bürgermeisters. Für Jakob Auer (Bild) ist das nicht nur demokratiepolitisch bedenklich, sondern auch ein Appell an die Bundesregierung, endlich für sozial- und pensionsrechtliche Absicherung von Bürgermeistern und Gemeindevertretern zu sorgen.



Foto: ÖVP-Parlamentsklub



Hier hat sich die Natur durchgesetzt: Der Stauden-Knöterich überwuchert seine Hindernisse besonders schnell.

Nichtheimische Pflanzen (Neophyten) breiten sich oft besonders schnell aus

Fremde Pflanzen auch bei uns Grund zur Sorge?

Die unbeachtete Ausbreitung nichtheimischer Pflanzenarten ist wieder ein Thema für Gemeinden. Die „Fremdlinge“ finden bei uns herrliche Bedingungen vor und breiten sich besonders entlang der Straßen schnell von Osten Richtung Westen aus. Dies könnte schon in ein paar Jahren zu erheblichen Problemen werden. Denn nicht alles was da draußen wächst, regelt sich von selbst.

Seit der Entdeckung Amerikas hat sich nicht nur unser Horizont erweitert, auch die Pflanzenvielfalt veränderte sich zusehens. Ob Tomate, Kartoffel, Kastanie oder der Flieder, alle diese Arten waren in unseren Breiten ursprünglich nicht heimisch. Neben den nützlichen, ursprünglich fremden Arten gibt es jedoch eine lange Liste der für Menschen und Umwelt gefährlichen Pflanzen, die immer häufiger vorkommen. Nicht zuletzt durch die steigenden Temperaturen.

Allergien und Wucher

Das Ragweed oder Beifuß-Ambrosie stellt vor allem im Osten Österreichs ein Problem dar. Die



Foto: Barbara Knickmann

Das Ragweed oder Beifuß-Traubenkraut gilt als sehr stark allergieauslösend. Vor allem im flachen Osten Österreichs findet es optimale Bedingungen und breitet sich immer mehr aus.

Pollen der rasant wachsenden Art gehören zu den stärksten bekannten Allergieauslösern und verursachen Heuschnupfen, Bindehautentzündungen und überdurchschnittlich häufig auch Asthma. Besonders entlang von Autobahnen aber auch in zahlreichen Gärten hat sich das Ragweed bereits angesiedelt. Die hirsegroßen Samenkörner haben Dornen und haften leicht in Reifenprofilen und Mähwerken. So ist die Ausbreitung ein leichtes Spiel für die Pflanze. Sie sollte wenn möglich nicht zur Blütezeit (ab August) mit Wurzel entfernt werden. Größere Bestände sollten mehrmals gemäht werden. Ein weiteres schon sehr alltägliches Beispiel sind Bach- oder Flussufer, die fast zur Gänze vom Drüsen-Springkraut überwuchert sind. Äußerlich vielleicht nicht störend, stellen sie aus ökologischer Sicht ein Risiko bei Überschwemmungen dar. So werden bei hohem Wasserstand die Uferbereiche abgetragen und weggespült.

Sowohl in Wassernähe, als auch in heimischen Gärten angesiedelt hat sich der Flügel- (Stauden-) Knöterich. Während sich

manche Gartenbesitzer zu Beginn noch über das rasante Wachstum freuen, nimmt er ohne Kompromisse den heimischen Pflanzen ihren Lebensraum. Zum Glück derzeit nur vereinzelt findet sich der riesen Bärenklau. Die binnen weniger Wochen bis zu 3,5 m hoch wachsende Staude kann bei Berührung schwere Brandwunden auslösen und sollte nur mit Schutzkleidung entfernt werden. Die Österreichische Gartenbau Gesellschaft (ÖGG) hat sich zum Ziel gesetzt, auf diese „Bedrohung“ aufmerksam zu machen.

Herbizide wirkungslos, Entfernung aufwendig

Mit einem offenen Brief an die zuständigen Behörden wollen sie das Bewusstsein für den richtigen Umgang mit den Pflanzen vorantreiben. Denn Jahr für Jahr nimmt die Ausbreitung zu. „Einmalige Maßnahmen nutzen in diesem Falle fast gar nichts“, erklärt Prof. Dr. Michael Kiehn, Direktor des Botanischen Gartens der Universität Wien, „ebenso die Bekämpfung mit herkömmlichen Herbiziden“. Ein erster

„Bis jetzt fühlt sich niemand verantwortlich, und Privatpersonen wollen sich die aufwendige und kostspielige Entfernung nicht aufhalsen.“

ÖGG-Präsident Dipl.-Ing. Dr. Peter Fischer-Colbrie

Schritt sei die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und regelmäßige Maßnahmen. „Bis jetzt fühlt sich niemand verantwortlich, und Privatpersonen wollen sich die mitunter aufwendige und kostspielige Entfernung solcher Gewächse nicht aufhalsen“, so der Präsident der ÖGG Dipl.-Ing. Dr. Peter Fischer-Colbrie. Kiehn und die ÖGG fordern daher finanzielle Mittel sowie Handlungsrichtlinien vom Gesetzgeber, mit denen die betroffenen Gemeinden Schritt für Schritt gegen die Ausbreitung der Alien-Pflanzen vorgehen können, denn auch in der Landwirtschaft sehen die beiden Experten große Risiken für Mensch und Natur.

Julya Pollak



Geburtstagstorte zum Jubiläum: Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV, Komm.-Rat Renate Römer, AUVA (Vizepräsidentin des KfV), Vorst.-Dir. Dr. Johannes Hajek, Präsident des KfV, und Dir. Komm.-Rat. Dr. Louis Norman-Audenhove, Generalsekretär des Verbandes der Versicherungsunternehmen.

50 Jahre Kuratorium für Verkehrssicherheit

Unfallprävention hat sich gelohnt

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit feierte gemeinsam mit Partnern und Mitstreitern am 22. September seinen 50. Geburtstag mit einer Festveranstaltung.

1959 war ein Auto purer Luxus. Die Werbung versprach hauptsächlich Freiheit – Sicherheit spielte eine Nebenrolle und passte so gar nicht in die Vorstellungswelt der glücklichen Neuwagenbesitzer. Dem späteren KfV-Präsidenten Botho Coreth war allerdings schon damals klar, dass die zunehmende Motorisierung nicht nur Glanzvolles mit sich bringen würde, sondern auch mehr Unfälle, familiäres

Mit einem VW-Bus nahm der verkehrstechnische Dienst 1960 seine Arbeit auf und tourte durchs Land, um Gefahrenquellen aufzuspüren.

Leid und nicht zuletzt volkswirtschaftliche Folgekosten. Mit der Unterstützung der Versicherungen wurde daher 1959 durch die Gründung des Vereins „Kuratorium für Verkehrssicherheit“ ein Zeichen gegen den Unfalltod gesetzt. Mit einem VW-Bus nahm der verkehrstechnische Dienst 1960 seine Arbeit auf und tourte durchs Land, um Gefahrenquellen aufzuspüren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ziemlich bald gelang es, die Forschungsbereiche Verkehrstechnik, Verkehrspsychologie, Verkehrserziehung und Kfz-Technik zu etablieren. Ergänzt wurden diese Tätigkeiten mit bewusst-



seinsbildenden Aktionen, die mit dem Aufbau der neun KfV-Landesstellen flächendeckend durchgeführt werden konnten. Von Anfang an war es die politische Unabhängigkeit, die das KfV sehr rasch zum gefragten Partner und Berater von Gesetzgebern und Entscheidungsträgern machte. „Auch heute lässt sich das KfV politisch nicht vereinnahmen und scheut nicht davor zurück, Meinungen zu vertreten, die nicht gerne gehört werden“, sagt Dr. Othmar Thann, der fünfte Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit seit 1959.

Die 70er bis zu den 90ern: Rasante Veränderungen

Ab den 1970er-Jahren wurde das KfV schon fast selbstverständlich mit der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für gesetzgebende Verkehrs-

cherheitsmaßnahmen betraut. So wurde in den 70ern Tempo 100 auf Bundesstraßen und Tempo 130 auf Autobahnen eingeführt, die Gurtanlegepflicht trat 1976 zunächst ohne Strafdrohung in Kraft. Die 80er waren von der Helmpflicht, Alkoholmehrschritt und der Verbesserung der Rettungskette durch den Einsatz von Rettungshubschraubern gekennzeichnet. Bereits 1986 legte das KfV der Bundesregierung ein 10-Punkte-Verkehrssicherheitsprogramm vor und bewies seinen langen Atem – denn umgesetzt wurde es erst im Jahr 2002. Die Zahl der Getöteten sinkt zwischen 1970 und 2008 von 2507 auf 678. Im Sinne einer umfassenden Unfallprävention hat das KfV schon in den 1980er-Jahren damit begonnen, sich auch mit dem Unfallgeschehen in den Bereichen Heim, Freizeit & Sport zu befassen. Und auch die Kriminalprävention ist mittlerweile ein Aspekt, dem sich das KfV widmet.

50 Jahre – und die Arbeit hört nicht auf

Drei Viertel aller Unfälle passieren in der Freizeit und beim Sport – pro Jahr sind das mehr als 600.000 Verletzte. „Unsere Aufgabe ist es mittlerweile, den Menschen nicht nur in isolierten, unfallgefährdeten Rollen als Verkehrsteilnehmer, Sportler oder Hobbyhandwerker zu sehen. Wir versuchen, das Risikoverhalten des Menschen und die Gefahrenquellen von der Kindheit bis ins hohe Alter zu erfassen und daraus zu schließen, wie wir Lebenssituationen verbessern und sicherer machen können“, erklärt Thann. Viele Initiativen zur Unfallprävention gingen und gehen vom KfV aus, aber sie würden ins Leere laufen, wenn es nicht langjährige Wegbegleiter und Partner gäbe, die gemeinsam an einem Strang ziehen. Mit ihnen gemeinsam feierte das KfV seinen runden Geburtstag.

Schon am Tag nach dem Geburtstagsfest ging es wieder gemäß der Bestimmung des KfV weiter:

Weniger Leid durch weniger Unfälle.

Im Burgenland ist diesen Sommer eine besonders interessante Aufgabe vom Land an die Gemeinden herangetragen worden: Die Gemeinden sollen streunende Katzen einfangen, zählen und Tierärzten zur Kastration übergeben. Mit einem zweiseitigen Schreiben und einem Formular zur „Bedarfmeldung zur Streunerkatzenkatastrationsaktion Burgenland“ werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die Details der Aktion informiert, wie kommunalnet.at berichtete. Nach der durchgeführten Kastration (vom Land mit 50.000 Euro dotiert) sollen die Tiere „an ihren angestammten Plätzen wieder freigelassen werden“. „Ich habe für Tierschutz wirklich größtes Verständnis, weiß aber nicht, was als nächstes auf uns zukommt“, schüttelt der burgenländische GVV-Präsident und Bürgermeister von Oggau, Ernst Schmid, den Kopf. „Ich glaube, dass fast jeder Bürgermeister andere Sorgen hat, als streunenden Katzen nachzujagen, sie zu erfassen und kastrieren zu lassen.“ Mit einem ähnlichen Beispiel wartet Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer auf. „In Salzburg sind die Gemeinden dazu verpflichtet, im Anlassfall die Gefährlichkeit von Hunden festzustellen.“ Auf Deutsch heißt das: Wenn Herr Mustermann sich vorm Hund des Nachbarn fürchtet und dies auf der Gemeinde meldet, dann muss – auf Kosten der Gemeinde – ein Tierarzt ausrücken, ein Gutachten über die Gefährlichkeit des Hundes erstellen, den Hund gegebenenfalls beschlagnahmen und verwahren, bis entschieden ist, was mit dem Tier passieren soll. „Dies wurde aufgrund eines Vorfalls in der Stadt Salzburg im Landespolizeistrafgesetz so geregelt“, berichtet Mödlhammer.

Die andere Seite

Dass in Österreichs Tierschutz-Szene diese Thematiken etwas anders gesehen werden, verwundert nicht. Vor allem die Katzenkastrationsaktion wird im Sinne des Seuchenschutzes als Gemeindeaufgabe gesehen. „Ab einer gewissen Populationsdichte treten bei Streunerkatzen ver-

Skurrile Jobs für die Gemeinden? Eine Hitliste „seltsam wichtiger“ Aufgaben

Aktion Streunerkatzenkastration führt das Sommer-Ranking an

Streunerkatzen nachjagen und zum Kastrieren bringen, Windelsäcke kontrollieren, ob auch wirklich nur Windeln drin sind, Senkgruben auf Dichtheit prüfen – aus gewisser Sicht sind das alles wichtige Aufgaben. Diese Sachen wären bis zu einem gewissen Grad auch am besten auf der kommunalen Ebene aufgehoben, wenn die Gemeinden – böß gesagt – sonst nichts zu tun hätten. Generell sollte für diese Jobs jedenfalls gelten: Wer anschafft, zahlt. Ein Situationsbericht von KOMMUNAL.

mehrt Krankheiten auf (sowohl parasitäre Erkrankungen als auch Tierseuchen), die über den Umweg der Freigängerkatzen auch für Wohnungskatzen zu einem Problem werden. Außerdem spielten Streunerkatzen bei der Ausbreitung der Tollwut eine nicht unwesentliche Rolle. Es ist daher im Interesse des Tier- und Menschenschutzes, dass Maßnahmen gegen die unkontrollierte Vermehrung getroffen werden. Nicht zuletzt sind auch die Tierheime zu einem Gutteil von der Streunerkatzenproblematik betroffen“, so eine Tierschutzombudsstelle. Auch gefährliche Hunde würden demnach in die Zuständigkeit der örtlichen Sicherheitspolizei fallen, und diese sei nun einmal auf der Ebene der Gemeinden angesiedelt.

Denn sie können es ...

Unbestritten von allen Seiten ist demnach nur, dass die Gemeinden die einzigen öffentlichen Stellen sind, die solche Aktionen überhaupt durchführen können. Unbestritten sollte auch die Bedeutung der Aufgaben an sich sein. Kampfhunde können eine tödliche Gefahr sein, auch wenn meist der Besitzer, der Mensch selbst, daran Schuld hat. Und bricht aufgrund unkontrollierter Katzenpopulation plötzlich die



Streunerkatzen können relativ einfach mit Katzenfallen gefangen werden. Kauf der Falle, Logistik, Kastration und so weiter dagegen kosten was.

Tollwut aus, ist die Bekämpfung der Seuche meist kostenintensiver als andere Maßnahmen.

Ein Rechenbeispiel

Eine Katze kann in Summe in nur zwei Jahren rund 2000 Nachfahren haben. Das Wiener Tierschutzhaus beispielsweise beherbergt derzeit rund 700 Katzen – in Summe 56.000 Euro Tierarztkosten nur fürs Kastrieren oder Sterilisieren. Da würde die mit 50.000 Euro dotierte burgenländische Aktion gar nicht ausreichen, noch dazu, wo sicher mehr als 700 Katzen in 171 burgenländischen Gemeinden anfallen würden. Egal, wo man einen Strich zieht, es stellt sich immer eine Frage: Wer soll das bezahlen?

Mag. Hans Braun

Eine „Hit“-Liste der skurrilsten Gemeinde-Jobs

Missbrauch von Windelsäcken?

„Der burgenländische Müllverband stellt den Einwohnern seiner Mitgliedsgemeinden kostenlos Windelsäcke zur Verfügung. Die Ausgabe erfolgt über die Gemeinden, bei Bedarf können die Windelsäcke dort bezogen werden. Die Gemeinden haben Listen darüber zu führen, wer Windelsäcke am Gemeindeamt abholt. Keiner weiß, wozu das gut sein soll. Angeblich soll damit stichprobenartig überprüft werden, ob es keinen Missbrauch gibt. Ich frage mich: Für welchen Missbrauch könnten Windelsäcke verwendet werden?“

Burgenländischer Amtsleiter

Dichtheitsprüfung für Senkgruben

„Wenn ein Hausbesitzer das Dichtheitsattest seiner Senkgrube nicht erbringt, dann muss die Gemeinde vor Ort eine Dichtheitsprüfung durchführen. Dazu muss die Senkgrube ausgepumpt und mit Wasser angefüllt werden und darf innerhalb einer gewissen Zeitspanne keinen Wasserverlust haben.“

Amtsleiterin einer öö-Gemeinde

Waldbrände der letzten 52 Jahre dokumentieren

„In einem E-Mail der Uni Wien wurden wir ersucht, in eine Excel-Liste bzw. eine Datenbank Details zu allen Waldbränden der letzten 52 Jahre einzugeben. Daraus soll ein so genannter Waldbrand-Simulator entwickelt werden. Diese Daten stehen mir auf Knopfdruck nicht zur Verfügung, als pflichtbewusster Gemeindebeamter musste ich daher ins Archiv, um all diese Daten mit ziemlich großem Aufwand zu erheben. Alle reden immer von Verwaltungsvereinfachung, in der Praxis schaut das so aus, dass man alles an die Gemeinden delegiert.“

Mitarbeiter einer Kärntner Gemeinde



Neue Schritte im Tourismus ohne Hindernisse für Menschen mit Handicap

Weniger Stufen auf dem Weg zur Barrierefreiheit für alle

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – und ein einzelnes behindertengerechtes Hotel macht noch keinen „barrierefreien Tourismus für alle“. Unter dieser Aussage lässt sich der Stand des „barrierefreien Tourismus“ in Österreich derzeit kennzeichnen.

Manfred Kindl & Kai-Armin Wieser

Im Rahmen der Wertschöpfung nimmt der Tourismus in Österreich einen großen Stellenwert ein – derzeit 8,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Gleichzeitig sind barrierefreie Angebote entlang der touristischen Servicekette für alle Menschen unabhängig vom Alter oder Beeinträchtigung eine Erleichterung. Barrierefrei heißt nicht nur, Erleichterungen für körperlich beeinträchtigte Personen zu schaffen. Barrierefreiheit erleichtert

Barrierefrei heißt nicht nur, Erleichterungen für körperlich beeinträchtigte Personen zu schaffen.

vielen Zielgruppen den Alltag bzw. den Aufenthalt. Eltern mit Kleinkindern, Menschen mit großem Gepäck, älteren Menschen mit leichter Hör-, Seh- oder Gehbehinderung. Mit Barrierefreiheit wird mehr Sicherheit, Komfort und Bequemlichkeit für alle erreicht – Gäste wie auch Einheimische. Barrierefreiheit ist für zehn Prozent der Bevölkerung unentbehrlich, für 30 bis 40 Prozent ist sie notwendig und für 100 Prozent komfortabel und ein Qualitätsmerkmal.

Barrierefreiheit beginnt im Kopf

Das sehr geringe Angebot, das den barrierefreien Bedürfnissen nachkommt, zeigt klar, dass ein hoher Anteil an touristischer Nachfrage und Wertschöpfung

nach wie vor ungenützt bleibt. Ein „Redesign“ von touristischen Einrichtungen und Dienstleistungen für diese wachsende Zielgruppe wird demnach sowohl neue Möglichkeiten und Wettbewerbsvorteile als auch zusätzliche Beschäftigung kreieren. Investitionen in barrierefreie Angebote sind nicht zwangsläufig mit höheren Kosten verbunden, und barrierefrei ausgestattete Neubauten werden Studien zufolge bei richtiger Planung und Ausführung kaum teurer. Voraussetzung dafür ist, dass Barrierefreiheit von Beginn an in die Planung aufgenommen wird.

Volkswirtschaftliche Aspekte

Die demografische Entwicklung sollte nur in einem Satz erwähnt werden. Im Jahre 2030 werden fast 28 Prozent der Bevölkerung über 70 Jahre alt sein (bereits heute sind über 50 Prozent der Österreicher über 50 Jahre), damit einhergehend ist ein höherer Pflege- und Betreuungsbedarf notwendig, für den aber im häuslichen Bereich keine optimalen baulichen und ausstattungsmäßigen Voraussetzungen vorhanden sind. Über 92 Prozent der Senioren, die pflegebedürftig sind, wollen



Manfred Kindl ist Präsident des Netzwerks „Barrierefreies Österreich“



Karl-Armin Wieser ist Obmann des Netzwerks „Barrierefreier Alltag“



Rollstuhlfahrer oder ältere Menschen mit viel Gepäck: Barrierefreiheit betrifft uns alle irgendwann.

zu Hause gepflegt werden und nicht in einer stationären Einrichtung. Der Verbleib in den eigenen vier Wänden ist auch kostenseitig zu beachten, da besonders die Länder und Gemeinden mit dem Bedarf an seniorengerechten Wohnformen (Seniorenheime etc.) an den Rand ihrer finanziellen Leistungsgrenzen kommen.

Gesundheitspolitische Aspekte

16.000 Unfälle passieren (unter anderem Oberschenkelhalsbrüche) zu Hause im Sanitärbereich. Die Vermeidung von rund 20 Prozent dieser Unfälle durch präventive Maßnahmen würde eine Kostenersparnis von 25 Millionen Euro bedeuten. Gesundheitspolitisch bietet Barrierefreiheit (Behandlungs- und Rehab-Kosten) ein wesentliches Einsparungspotenzial. Dies betrifft nur den Sanitärbereich. Erweitert man Barrierefreiheit im gesamten Wohnbereich, würde das Einsparungspotenzial noch erheblich gesteigert.

Das Netzwerk als Ansprechpartner und Vermittler

Das Netzwerk „Barrierefreier Alltag – Barrierefreies Österreich“ ist ein Zusammenschluss von Initiativgruppen, Betrieben, NCOs und Fachleuten mit dem Ziel, konkrete Hilfe durch die Bündelung von fachlich und sozial kompetenten regionalen Profis, barrierefreies Planen, Bauen, Errichten und Gestalten zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Erreichen wollen

wir diese Ziele durch

- ▶ Informations- und Netzwerkveranstaltungen in allen Bundesländern
- ▶ Kontinuierliche Pressearbeit

16.000 Unfälle passieren zu Hause im Sanitärbereich. Die Vermeidung von rund 20 Prozent dieser Unfälle durch präventive Maßnahmen würde eine Kostenersparnis von 25 Millionen Euro bedeuten.

auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene

- ▶ Online-Marketing (Website, E-Newsletter, Blogs, Web 2.0, E-Hotline)
- ▶ Erstellung von Publikationen (Folder, Broschüren, Servicehefte ...)
- ▶ Zur-Verfügung-Stellen von Fachreferenten für diverse externe Veranstaltungen
- ▶ Lobbyingarbeit

Infos & Kontakt

Informations- und Beratungsbüro für Österreich
Manfred Kindl
 A-8230 Hartberg,
 Sparkassenplatz 4
 Tel.: 03332/65 405
 Fax: 03332/63 805
office@barrierefreies-oesterreich.at

Kai-Armin Wieser
 A-5201 Seekirchen,
 Sebastian-Stief-Straße 18
 Tel.: 06212/75 41 80
wieser@barrierefreier-alltag.at
 Mo. – Do. 9:00 - 15:00 Uhr
 Fr. 9:00 – 14:00 Uhr



Warum barrierefreies Österreich?

Demografischer Aspekt Alter, Senioren, Haushalte

- ▶ 3,5 Millionen Haushalte in Österreich
- ▶ 1,6 Millionen Pensionsbezieher
- ▶ 1,2 Millionen leben im Einzelhaushalten
- ▶ 300.000 Personen über 70 Jahre
- ▶ nur drei bis vier Prozent der Haushalte sind barrierefrei gebaut beziehungsweise eingerichtet und entsprechen damit in den verschiedenen Wohnbereichen nicht den derzeit gültigen Ö-Normen

Wirtschaftspolitische Aspekte

Regionale Wertschöpfung für KMU, Tourismus

- Die Investition in barrierefreie Wohnraumadaptation und barrierefreies Bauen ist von einer sehr hohen regionalen und kommunalen Wertschöpfungskomponente getragen, d. h. Finanzmittel die in diesem Bereich investiert werden, unterstützen verstärkt Klein- und Mittelbetriebe besonders im Bereich Bau-Neubengewerbe (Sanitär-, Elektroinstallation, Tischlerei usw.).
- ▶ 99,5 Prozent der Unternehmen im Produktions- und Dienstleistungsbereich sind KMU
 - ▶ KMU erwirtschaften 60 Prozent der gesamten Wertschöpfung
 - ▶ KMU zahlen Steuern und das in großer Streuung
 - ▶ KMU sind Motor und Rückgrat der heimischen Wirtschaft

Burgenland

Steigerung: Mehr Kinder und Besucher

40 Mio. für Kinder und Tourismus

EISENSTADT

40 Millionen Euro sollen im Burgenland im Jahr 2010 für Tourismus und Kinder zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch die Fördermittel von der EU und vom Bund. Durch das Kindergarten- und Schulbauprogramm konnten Betreuungseinrichtungen in den vergangenen Jahren einen Zuwachs von 17 Prozent feststellen, und dieser solle nicht gebremst werden. Das Tourismuskonjunkturpaket wird auch 2010 weitergeführt. Gerade in schwierigen Zeiten sei es wichtig, verantwortungsbewusst zu handeln. „Ich werde daher trachten, dass die



Förderhöhen für Investitionen nicht eingefroren oder gar reduziert werden“, so Landesrätin Mag. Resetar. Heuer wurden bereits 115 Arbeitsplätze geschaffen. Und das Burgenland liegt mit einem Nächtigungsplus von fast zwei Prozent an zweiter Stelle der Bundesländer.

Auch Wasser will gelernt sein

„Trinkhydrant“: Gemeinde finanziert Wasserspender für Schulkinder

KLINGENBACH

In den burgenländischen Schulen noch eher selten, gibt es jetzt in der Volksschule Klingenbach einen „Trinkhydrant“. Der Wasserspender soll die Kinder dazu animieren, mehr Wasser

zu trinken statt zuckerhaltiger Getränke, die die Gesundheit schädigen. Finanziert wurde er von der Gemeinde mit dem Wasserleitungsverband nördliches Burgenland.

Virtuosität im Vordergrund

Ein Jahr im Zeichen der Musik Raiding startet mit Liszt-Festival

RAIDING

2010 steht die Gemeinde Raiding ganz im Zeichen des Komponisten und Musikers Franz Liszt. Virtuose Konzertblöcke im Jänner, März, Juni und Oktober sollen internationale Musik-

stars (wie Rudolf Buchbinder) und Begeisterte in den Geburtsort Liszts locken. Mittelpunkt ist das Liszt-Zentrum, das heuer eine Auslastung von 90 Prozent zu verzeichnen hat.



Kärnten

Seltener Nachwuchs im Vogelpark Turnersee

Kleine Sensation gelungen

ST. PRIMUS

Der Vogelpark Turnersee hat vor kurzem ganz besonderen Nachwuchs bekommen. Die ursprünglich aus West- und Zentralafrika

stammenden Keulenhornvögel gelten in Gefangenschaft als sehr schwer nachzuzüchten. Weltweit gelang das erst dreimal. Doch dem Keulenhornvogelpaar scheint es in Kärnten zu gefallen. Vor kurzem bekamen die Tierparkbetreiber die beiden Jungen zum ersten Mal zu Gesicht. „Wir sind wirklich aus dem Häuschen“, so Emanuel Zupanc vom Vogelpark. Am Turnersee wohnen insgesamt 1000 Vögel, darunter fünf verschiedene Hornvogelarten. Diese werden im Schnitt 60 bis 70 Zentimeter groß und bis zu 30 Jahre alt. Fürs erste bleibt nur zu hoffen, dass die Aufzucht gelingt.



Krise noch nicht vorbei

Warnung: 4000 Jobs nicht sicher

KLAGENFURT

Laut Industriellenvereinigung könnten führende Kärntner Industriebetriebe noch heuer bis zu 4000 Arbeitsplätze abbauen. In einer Studie wurden die Aussichten und Leistungen von elf Industrie-Leitbetrieben unter die Lupe genommen. Zwar sinke die Zahl der Kurzarbeiter, aber weitere Jobs in Industrie und Zulieferbetrieben wackeln, so IV-Präsident Otmar Petschnig. Vor allem betroffen seien die international tätigen Unternehmen. Als zusätzliche Hürde sei die gestrichene Flugverbindung von Klagenfurt nach Frankfurt dazugekommen.

Ab kommendem Jahr

Markt wird rundum saniert

KLAGENFURT

Rund 510.000 Euro werden in den kommenden Jahren in die Sanierung des Benediktinermarktes fließen. Darauf haben sich Politiker und Markthändler geeinigt. Bereits zu Beginn des Jahres wurde eine Soforthilfe genehmigt, da undichte Fenster und Dächer, Schimmel und brüchiger Boden nicht mehr tragbar erschienen. Nun wurden die Eckdaten der Rundumsanierung festgelegt. Fest steht: Das Flair des Platzes soll erhalten bleiben. Ein möglicher Tiefgaragenbau sei damit endgültig vom Tisch. Die Arbeiten beginnen Anfang 2010.



Niederösterreich

Übersiedlung

Venus bekommt neues Zuhause

POYSDORF

Die jungsteinzeitliche Statuette „Venus von Falkenstein“ bekommt ein neues Zuhause. Die etwa 13 cm große Figur fällt besonders durch ihre schön erhaltene Bemalung auf. Ihre Bedeutung ist noch nicht genau geklärt, nur dass sie gerne als „Große Mutter“ interpretiert wird. Vermutlich stellt sie eine Art Schutzgeist und Sinnbild der Fruchtbarkeit dar.

Nun ist sie vom Stadtmuseum Poysdorf, wo sie seit dem Fund am Schanzboden bei der Burg Falkenstein ausgestellt war, in das Museum für Ur- und Frühgeschichte nach Asparn an der Zaya übersiedelt.



Viele Nahversorger können sich ihr Geschäft nicht mehr leisten.

Familienbetrieb kann Geschäft nicht weiterführen

Nach 80 Jahren geschlossen

ZIERSDORF

Eine der wenigen übergebliebenen Greißlereien schloss Ende September ihre Türen. Seit 80 Jahren bestand das Weinviertler Familienunternehmen „Der Pregebauer“.

Nach dem plötzlichen Tod der Besitzerin im Frühjahr mussten ihre Nachfolger über die Zukunft des Ladens entscheiden. Doch die behördlichen Auflagen und

die damit verbundenen Investitionen schienen für die Familie nicht erfüllbar. „Das Geschäft war zweckmäßig eingerichtet, würde aber heutigen gesetzlichen Vorschriften bei einer Weiterführung nicht mehr entsprechen“, erklärte die potenzielle Nachfolgerin Regina Winkler. Nun verlor Ziersdorf einen Traditionsbetrieb und das Geschäft ums Eck.

Forschungsraum

Ein Dorf voll mit Wissenschaftlern

LUNZ AM SEE

Gemessen an der Einwohnerzahl hat Lunz die höchste Forscherdichte Niederösterreichs. Das soll jetzt noch verstärkt werden. Das Forschungszentrum, mit Schwerpunkt aquatischer Ökosysteme, soll 2010 um 1,8 Millionen Euro erweitert werden.

Dazu wird die rund hundert Jahre alte biologische Station umgebaut und an den Wassercluster angegliedert. Der wurde 2007 eröffnet und beherbergt 42 Wissenschaftler von drei Universitäten. Laut Geschäftsführung will Lunz damit ein „Leuchtturm in der Forschungswelt“ werden, so Leiter Thomas Hein.



Oberösterreich

Augenmerk

Lichtverschmutzung: Folgen und Umgang mit künstlicher Beleuchtung

LINZ

Das Thema „Lichtverschmutzung“ ist zunehmend nicht nur eine Problemstellung für Astronomen, die den Nachthimmel beobachten, auch aus medizinischer Sicht scheint es

immer wichtiger zu werden. Gemeinsam mit Experten stellt der OÖ Gemeindebund auf seiner Homepage im Bereich E-GVS ein Schulungs- und Informationsmodul zu diesem Thema zur Verfügung.

Land schaut auf Einigkeit

Bilanz einer Legislaturperiode: Rund 99 Prozent einstimmig

LINZ

In der abgelaufenen Legislaturperiode hielt die oö. Landesregierung 205 Sitzungen ab und fasste 19.088 Beschlüsse, davon 18.978 oder 99,40 Prozent einstimmig.

Damit dieses Ergebnis so bleibt, werden immer wieder Beschlüsse vertagt, um weitere Verhandlungen führen zu können. Unter den 19.088 Beschlüssen waren 110 Mehrheitsbeschlüsse.



Das Linzer Lentos. Der moderne Bau wurde 2003 eröffnet. Für LH Pühringer ist die Kunst der beste Türöffner im Ausland.

Landeshauptmann Pühringer will Strategie fortsetzen

Mit der Kunst in die Welt

LINZ

„Oberösterreich werde auch künftig bei Auslandskontakten auf die Türöffner Kunst und Kultur setzen“, betonte Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer anlässlich der Eröffnung des diesjährigen Brucknerfestes. Sie seien zentraler Punkt der Landes-Außenpolitik und können für Europa auch wichtige Schrittmacherdienste leisten. Insbe-

sondere angesichts der Gedenktage an den Fall des Eisernen Vorhangs, die im Herbst dieses Jahres im Mittelpunkt stehen werden. Pühringer setzt auf Vertrauen in das Gelingen der Wiedervereinigung unseres Kontinents. Er bekräftigt, dass das Projekt Europa wesentlich durch die Kultur geprägt sei.



Salzburg

Dorfgastein wehrt sich gegen dauerhafte Einschnitte im Nationalpark

Wieviel Sport verträgt die Natur?

GASTEINERTAL

Geht es nach den Plänen der Zillertaler Firmengruppe Schultz, soll es schon bald eine Tunnelbahn von Sportgastein auf das Schareck geben, die das Skigebiet dann von Norden her mit dem Mölltaler Gletscher verbinden soll. Doch dieses Vorhaben ist äußerst umstritten, die geplante Verbindung läuft genau entlang der Kernzone des Nationalparks Hohe Tauern. Technik sei das machbar, sagt Horst Scheibl von der Skierschließungskommission des Landes, doch dazu müsste das Nationalparkgesetz geändert werden. Das wiederum sei derzeit eher unrealistisch. Projektbetreiber Schultz



Wieviel Lifte verträgt ein Berg oder Naturschutzgebiet? Dorfgastein steht einer Lifterweiterung skeptisch gegenüber.

setzt daher auf Unterstützung aus dem Gasteinertal. Hofgastein und Bad Gastein haben sich für das Vorhaben ausgesprochen, doch in Dorfgastein wird das Projekt schon kritischer betrachtet.

Diese Woche verhinderte

die SPÖ-Fraktion eine Abstimmung zu dem Thema im Gemeinderat. Zuerst sollte das Land dazu Stellung beziehen. Dort stehe das Projekt jedenfalls nicht auf der Tagesordnung. Die Naturschützer stehen bereits in Position.

Mehr Platz

Keltenmuseum wird größer

HALLEIN

Das Keltenmuseum in Hallein freut sich größer werdender Nachfrage. „Nur wenige Museen haben aufgrund der klaren Positionierung und der Einzigartigkeit der Exponate ein derart großes Potenzial wie das Keltenmuseum“, so Museumsreferent LH-Stv. Wilfried Haslauer, daher werde noch heuer mit den Bauarbeiten für eine Museumswerkstatt und ein Depot begonnen. Die Kosten von rund einer Million Euro sollen sich Stadt und Land teilen. Derzeit läuft eine Sonderschau über Funde keltischer Helme vom Dürnberg.



Steiermark

Architekturpreis

Fraumental hat das prämierte Haus

FRAUMENTAL

In der Gemeinde Fraumental (Bezirk Deutschlandsberg) steht das Gewinner-Haus, des landesweiten Architekturpreises. Der Zubau an ein altes Bauernhaus überzeugete mit einer zeitgemäßen Interpretation traditioneller Architektur. „Wir wollten die Nähe zur Natur, um sozusagen mit der Natur mitleben zu können“, erklärten die Bauherren. Der Preis, dotiert mit 8000 Euro, wird von einem einzelnen Kurator vergeben, der alle zwei Jahre wechselt. Diesmal war es der Berliner Architekturkritiker Andreas Ruby. Nähere Infos und Bilder des Hauses auf www.hda-graz.at

Österreicher, Italiener und Slowenen feierten ein gemeinsames Fest

40 Jahre „Drei-Städte-Freundschaft“

WAGNA

Eine gemeinsame bewegte Geschichte und die tragischen Erlebnisse zweier Weltkriege hat die Vertreter der drei Gemeinde Wagna, Metlika (Slowenien) und Ronchi dei Legionari (Italien) vor 40 Jahren dazu bewegen, einen Städtefreundschaftspakt zu schließen. In den vier Jahrzehnten, seit denen die Verbrüderung zwischen den Gemeinden nun besteht, haben sich viele Freundschaften gebildet, die über Landes- und Sprachgrenzen hinweg einmalig funktionieren und ein Leben lang halten. Viele Vereine haben in ihrem Jahresplan einen jährlichen Austausch abwechselnd in den drei Gemeinden zum fi-



Altbgm. Josef Baumann, Livio Vecchiet – Ronchi, Bgm. Renata Brunskole, Bgm. von Wagna Peter Sunko, Altbgm. Franz Trampusch und Altbgm. Karl Deller verlängerten die Freundschaft.

xen Bestandteil gemacht. Dieses Jubiläum wurde in Wagna zwei Tage lang gefeiert.

Bei zahlreichen sportlichen Bewerben wie Tennis, Fischen, Triathlon, Feuerwehrwettkämpfen und einem gemeinsamen Ernte-

dankfest mit anschließender Messe würdigten die drei Orte ihre Freundschaft. Diese wurde von allen drei Bürgermeistern (Peter Sunko, Renata Brunskole, Livio Vecchiet) auch vertraglich verlängert.



Tirol

Wenn zu Hause kein Platz mehr ist

Zufluchtsort für wohnungslose Jugendliche feiert 10-Jahres-Jubiläum

INNSBRUCK

Insgesamt 750 Mädchen und Burschen zwischen 13 und 21 Jahren wurden in den vergangenen 10 Jahren im Innsbrucker „Chill Out“ betreut. Meist sind Gewalt-

erfahrungen, Missbrauch oder Vernachlässigung der Grund für die Zuflucht-suche. Neben Alltäglichem werden die Jugendlichen in Existenzfragen, Arbeit und Ausbildung beraten.

Zusätzliches Angebot lockte mehr Besucher

Zillertal Arena freut sich über sattes Plus während der Sommersaison

ZILLERTAL

Die vor fünf Jahren ins Leben gerufenen Aktiv- und Vital-Programme in der Zillertal Arena (Zell am Ziller, Gerlos, Wald, Königsleiten und Krimml) und dazugehörige Investitionen

und Rahmenprogramm tragen bereits Früchte. Rund 450.000 Nächtigungen verzeichneten die Betriebe für die Sommermonate von Mai bis August. Das sind knapp über 10 Prozent mehr als im Vorjahr.



Derzeit sucht Lienz Lieferanten für Brennholz. Die Fernwärme versorgt bereits 4000 Kunden.

Mehr Biomasse

LIENZ

Um die steigende Nachfrage an Fernwärme zu sichern, wird in Lienz ein neues Biomasseheizwerk geplant. Derzeit liefern 138 Osttiroler Bauern für rund 4000 Kunden Rundholz für die bestehende Anlage, jetzt werden zusätzliche Lieferanten gesucht. Durch die zentrale Wärmeversorgung wurde die Staubbilastung um 85 Prozent verringert.

Unter der Lupe

Goldenes Rätsel um Inschrift

INNSBRUCK

Genauer betrachtet wird derzeit ein eher unbekannter Aspekt des Goldenen Dachls in Innsbruck. Was bisher nicht so bekannt war ist, dass das rund 500 Jahre alte Denkmal vom Erbauer Kaiser Maximilian auch mit einer geheimnisvollen Inschrift ausgestattet wurde, die bis heute niemand entziffern konnte. Nun widmet sich die Schule für Dichtung gemeinsam mit Felix Mittlerer dem Rätsel. Es soll lyrisch und mit Phantasie gelöst werden. In Form einer Internet-Klasse kann jeder seine Deutung der Symbole selbst versuchen.

www.sfd.at



Vorarlberg

Ernüchterndes Ergebnis

Schwerpunkt auf junge Alkoraser

RHEINTAL

Bei einer nächtlichen Schwerpunktaktion der Vorarlberger Polizei Mitte Oktober wurden im Rheintal zahlreiche Autofahrer mit hohem Alkoholgehalt und Geschwindigkeitsübertretungen aus dem Verkehr gezogen. Anfang Oktober kam es vermehrt zu schweren Unfällen in der Region. Das Augenmerk der Beamten lag bei den „Disco-Routen“ im Raum Dornbirn. Zwölf Lenker hatten einen zu hohen Alkoholspiegel bis zu 2,6 Promille. Von den 342 kontrollierten Lenkern wurden 72 Raser bestraft, die mit bis zu 100 Kilometern pro Stunde durchs Ortsgebiet fuhren.



Die Badeseen zeigen im ganzen Land sehr gute Qualität.

Wasser – sehr gut

BREGENZ

Nach einer Messung der Wasserqualität in zahlreichen Vorarlberger Seen im August zeigte sich ein hervorragendes Ergebnis. Von 24 bewerteten Gewässern bekamen nur drei das Prädikat „Gute Badequalität“. Die anderen 21 Seen hatten „ausgezeichnete Badewasserqualität“.

Personalentscheidung steigert Frauenquote

Erstmals eine Frau an der Spitze des Landtages – Bernadette Mennel

BREGENZ

„Das ist eine große Ehre für mich und eine besondere Herausforderung“, freute sich Bernadette Mennel über ihre neue Funktion im Landtag als dessen Prädikantin. Der ÖVP-Parteivor-

stand, der genügend Stimmen hat, um diese Entscheidung alleine zu treffen, präsentierte diese Entscheidung kurz nach der Wahl. Die Vizepräsidentin ist nun ebenfalls eine Frau: Gabriele Nussbaumer.

Landesweite Organisation will näher zu den Klienten

Frauensprechtage von „Femail“ in mehreren Gemeinden geplant

BREGENZ

In den kommenden Wochen wird es in verschiedenen Vorarlberger Gemeinden wie Nenzing, Lustenau, Frastanz, Mellau oder Lochau spezielle Frauensprechtage geben. Die Organisation Fe-

mail will gemeinsam mit dem Frauennetzwerk Vorarlberg so direkter an die Betroffenen. Zusätzlich gibt es auch Beratung in türkischer Sprache. Näher Infos auf www.femail.at



Südtirol

Das alte Amtstelefon hat ausgespielt – die Zukunft ist da

VoIP: ein digitales Netz für alles

Sprache wird digitalisiert, komprimiert, verschlüsselt und über IP-Netze (Internet-Protokoll) übertragen. Das ist VoIP-Telefonie, „Voice over IP“ oder Sprache über IP-Netze – auch in den Südtiroler Gemeinden und Bezirksgemeinschaften. Für den Anschluss von Telefon, PC und Drucker reicht mittlerweile ein Netzanschluss (LAN) aus. Zwei-, drei- oder vierpolige Kabel

einen „Asterisk“-Telefonserver: Zum einen handelt es sich um eine freie Software, zum anderen ist die Auswahl an passenden Telefongeräten verschiedener Hersteller groß. Offene Software ist im Internet gut dokumentiert (auch in Diskussionsforen), ein Reiz für IT-Manager. So wird die Anlage seit einem Jahr von den EDV-Technikern der Gemeinde selbst gewartet.

den Anschaffungskosten durch den Einsatz von „Softphones“ reduziert. Mitarbeiter telefonieren über einen Hörer mit Mikrofon, der über den USB-Anschluss mit dem PC verbunden ist.

Weitere Eigenschaften der VoIP-Telefonie sind: Privatgespräche können gesondert verrechnet werden. Dazu gibt der Mitarbeiter am IP-Telefon eine PIN ein und kennzeichnet so sein nächstes Telefonat als Privatgespräch. So wie am PC, kann man sich auch beim IP-Telefon an- und abmelden, um unautorisierten Zugriff zu vermeiden. Anrufe oder Faxe in Abwesenheit können umgeleitet oder per E-Mail mitgeteilt werden. IP-Telefonie ist abhörsicher (nicht so die traditionelle Telefonie). Daten-Verschlüsselung, „Intrusion-Detection“, Authentifizierung und Virtual Private Networks (VPNs) sind für die Übermittlung von Sprache übers Internet verfügbare, ausgereifte Sicherheitsmechanismen.

An der IP-Telefonie arbeiten viele Softwarefirmen. Eigenschaften werden entwickelt und einige davon zum Einsatz kommen.



Foto: photos.com

und die typischen Telefonstecker sind Vergangenheit. Das heißt: Nicht nur weniger Leitungen, Stecker und Verbindungskabel, sondern auch geringere Installationskosten.

Der Südtiroler Gemeindenverband hat den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften bereits im Jahr 2005 empfohlen, bei Neuinstallationen von Telefonanlagen die VoIP-Technologie vorzusehen und bietet seither Hilfestellung bei der Beratung, Kosteneinschätzung und in technischen Fragen in Bezug auf die Anschaffung dieser Technologie. Im neu erbauten Rathaus von Leifers wurde 2006 die erste VoIP-Anlage installiert. Man entschied sich für

15 VoIP-Anlagen gibt es mittlerweile in den Südtiroler Gemeinden. Wo verschiedene Standorte wie Bibliothek, Altersheim, Gemeindepolizei mit dem Rathaus über DSL, Glasfaser oder WLAN vernetzt sind, konnten Amtstelefone durch interne Anlagen ersetzt werden. Fixkosten für die Amtsanschlüsse entfallen. Der Umzug eines Mitarbeiters von einem Büro in ein anderes ist problemlos und kann vom Mitarbeiter selbst durchgeführt werden. Das Telefongerät (wie der PC) muss nur am neuen Arbeitsplatz ans Netz gesteckt werden. Durchwahl und interne Nummer bleiben erhalten.

In einigen Gemeinden wur-

Heiteres

Anekdotensammlung

Aus dem Nähkästchen der Finanz

Mit „Schwadronere, Scheingefechte, Steuerschwindler“ liegt nun der dritte Teil der Trilogie der „G'schichten vom Finanzamt“ vor. Ähnlich wie in „Schlaumeier, Schlitzohren, Steuerhinterzieher“ und „Schlawiner, Scharlatane, Schwarzgeldsammler“ dreht sich auch im dritten

Buch von Maximilian Rombold wieder alles um Peitschen knallende Zirkusdirektoren, listige Trafikanten, pfuschende Handwerker, legale Schwarzarbeiter, alles besser wissende Lehrer, verlogene Gastwirte, naive Schweinebauern sowie tollpatschige Polizisten, brutale Folterknechte und Betriebsprüfer, die wahre „Drecksarbeit“ verrichten. Lachen bei einem an sich ernstesten Thema ist garantiert. Humorvoll und anschaulich stellt Maximilian Rombold gesammelte Anekdoten aus seinem Arbeitssalltag vor und geht dabei augenzwinkernd auf kuriose Fälle von versuchter Steuerhinterziehung ein.



Das Buch

Maximilian Rombold, „Neueste G'schichten vom Finanzamt – Schwadronere, Scheingefechte, Steuerschwindler“
Linde Verlag, 1. Auflage 2009, 192 Seiten, 19 Euro
ISBN978-3-7093-0268-2,
Scheydgasse 24,
1210 Wien
Tel.: 01/24 630-30
Fax: 01/24 630-53
presse@lindeverlag.at
www.lindeverlag.at

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-
Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel. 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
E-Mail: info@gvcc.net



Neues aus den Gemeinden

Rochaden im Amt

Helmut Wunderl tritt zurück

HOLLABRUNN (NÖ)

Nach knapp 25 Jahren Stadtpolitik verkündete der Hollabrunner Gemeindecchef Helmut Wunderl seinen Rücktritt per Mitte Oktober. Lang genug hätte er für die Stadtgemeinde gedient, letztendlich gab es ausreichend Situationen, wo sich der noch amtierende Bürgermeister im Stich gelassen fühlte. Beispielsweise kam bis dato der Umbau des Studentenheimes, ein erklärtes Ziel von Wunderl, nicht zustande. Wunderl weist eine langjährige politische Karriere auf: Seit 1975 ist er im Gemeinderat tätig, zuerst in Grabern und seit 1980 in Hollabrunn. Wunderl war 14 Jahre lang Stadtrat und acht Jahre lang Obmann des Musikschulverbandes. Neben seiner Funktion als Gemeindeoberhaupt ist er außerdem seit 2004 Obmann-Stellvertreter des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes sowie seit 2005 Ob-

mann des Abfallwirtschaftsverbandes. Bei der ÖVP Hollabrunn war Wunderl Stadtparteiobmann, Gemeindepartei-Finanzreferent und letztendlich elf Jahre Gemeindeparteiobmann.

Johannes Marthe neuer Ortschef

REITH (TIROL)

Die Gemeinde Reith bei Seefeld (Tirol) hat einen neuen Bürgermeister. Nach der Gemeinderatswahl am Sonntag, 4. Oktober 2009, ist es wie erwartet der alte Bürgermeister Johannes Marthe. Bei der Neuwahl am Sonntag hatte Marthe die meisten Stimmen erhalten, allerdings nicht die absolute Mehrheit erreicht. Eine Stichwahl ist aber nicht mehr notwendig, da der Herausforderer Hans-Jörg Haslwanger auf ein Antreten verzichtete. Mit sofortiger Wirkung tritt der 47-Jährige erneut das Amt des Gemeindeoberhauptes der rund 1150-Einwohner-Gemeinde an.

Personalia Salzburg

Simon Illmer neuer Landtagspräsident

Simon Illmer (*Bild*) wurde einstimmig als neuer Präsident des Salzburger Landtags gewählt. Der Pfarrwerrfener Bürgermeister, Landwirt und Unternehmer löst damit zum zweiten Mal seinen Kollegen Hans Scharf-

ter ab, der aus gesundheitlichen Gründen das Amt abgab. Nach der Landtagswahl im März 2009 ging

das Amt an Scharfetter, der sich einen Tag vor der Konstituierung schwer verletzte. Daraufhin übernahm Illmer bis zu Scharfetters Genesung das Präsidentenamt. Am 10. Juni 2009 kam es zum Wechsel, doch Scharfetter unterschätzte die schwerwiegenden Folgen seines Sturzes und legte Ende August das Amt wieder zurück. Seit dem Jahr 1984 ist Illmer Bürgermeister der Salzburger Gemeinde Pfarrwerrfen und setzt sich dort besonders für Anliegen rund um den Klimaschutz ein.



Gemeindebund organisiert Auditveranstaltungen

Großer Erfolg für das Audit in Graz



Nach einem erfolgreichen und sehr gut besuchten Start der erstmals vom Österreichischen Gemeindebund organisierten Auditveranstaltungen (Erfahrungsaustausch am Vormittag (*Bild oben*), Auditseminar am Nachmittag) in Graz Anfang Oktober finden die nächsten Auditseminare am 27. November 2009 in Schlierbach (OÖ) im Rah-

men der SPES Familientagung und in Kooperation mit den burgenländischen Landesverbänden am 2. Dezember 2009 in Deutsch-Schützen statt.

Nähere Infos finden Sie unter www.gemeindebund.gv.at oder erfahren Sie unter anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 14. September 2009 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik an

► **Ökonomierat Dr. Michael Häupl**, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien.

Das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an

► **Präsidenten des Bundesrates a. D. Helmut Krzinger**, Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck.

Mit Entschließung vom 16. September 2009

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

► **Leopold Ernstbrunner**, Amtsleiter der Gemeinde Oberalm in Salzburg.

Mit Entschließung vom 23. Juni 2009

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

► **Karl Schneider**, wirkl. Amtsrat der Gemeinde Salchen in Oberösterreich.

Termine

Ressourcenschonung und Umweltverträglichkeit am Bau

Über die nachhaltige Nutzung von Baurestmassen

In den vier Blöcken „Gesetzliche Rahmenbedingungen“, „Nationale Ansätze im Umgang mit Baurestmassen“, „Aktuelle Forschungsprojekte und Innovationen“ und „Anforderungen an die Umsetzung einer nachhaltigen Nutzung von Baurestmassen“ berichten Experten aus Wissenschaft und Praxis über ihre Erfahrungen bei der Bewirtschaftung von Baurestmassen. Im Mittelpunkt des Seminars am **13. November 2009** in den Räumen der Kommunalkredit Austria AG in Wien

steht dabei eine dynamische Lebenszyklusbetrachtung.

Anmeldeschluss ist der 2. November 2009.

Veranstalter ist die Gesellschaft für Wasser- und Abfallwirtschaft GmbH (ÖWAV), 1010 Wien, Marc Aurel-Straße 5, Tel. +43-1-535 57 20, Fax +43-1-532 07 47.

Organisatorische Hinweise, Information und Anmeldung: Irene Peyerl, Tel. +43-1-535 57 20-88, E-Mail: peyerl@oewav.at

1. Österreichischer Mediations-Kongress Gesellschaft im Wandel

Am 12. und 13. November findet im Justizministerium in Wien der „1. Österreichische Mediationskongress“ statt. Den Ehrenschutz hat Justizministerin Claudia Bandion-Ortner. Die Veran-

staltung ist besonders EntscheidungsträgerInnen und PolitikerInnen zu empfehlen. Informationen und Anmeldeformulare sowie Details finden sich auf www.oebm.at

KOMMUNAL *International & kurios*

Gelebte Solidarität in Deutschland

QUICKBORN

Die kleine Gemeinde Quickborn im Hamburger Speckgürtel trägt ihren Namen nicht zu Unrecht. Der Ort nahm jahrelang reichlich Gewerbesteuer ein, konnte Millionen investieren, Familien und große Unternehmen anlocken und hatte sich so zum Vorzeige-Städtchen entwickelt. Doch dann kam die Krise und sicher geglaubte Steuern blieben aus. Bürgermeister Thomas Köppl musste sparen. Wie das so ist in Zeiten der Bürgerbeteiligung, berief er eine Ver-

sammlung ein, um die notwendigen Maßnahmen abzustimmen.

Als dort ein Teilnehmer vorschlug, der Stadt Geld zu leihen, dachte er zunächst dann noch „Schnapsidee!“ Das große Staunen folgte dann andertags, als besorgte Bürger anriefen, wie man der Gemeinde denn nun Geld leihen könnte.

Wie das so ist in Quickborn: Ein paar Tag später lagen frisch geborgte vier Millionen Euro auf dem Gemeindegeldkonto.

Handbuch

Seniorenfreundlich

Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität

Minister Rudolf Hundstorfer, Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha und Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer haben im BMASK das soeben erschienene Handbuch präsentiert. Bereits drei Mal (2004, 2006, 2008) wurden bundesweit „Seniorenfreundliche Ge-



meinden“ ausgezeichnet, die sich durch besondere Aktivitäten für die ältere Generation verdient gemacht haben. Auf dieser Basis wurde von der Volkshilfe Österreich und dem Pensionistenverband Österreich ein Handbuch entwickelt, das Maßnahmen im Bereich der kommunalen SeniorInnenpolitik beschreibt, um die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern.

Das Buch

„Seniorenfreundliche Gemeinde – Ein Handbuch mit Good-Practice-Beispielen“; Hrsg.: Volkshilfe Österreich, Pensionistenverband Österreichs; 98 Seiten, Wien 2009 Bestellung bei Mag. Ilse Leidl, Tel.: 0676 83 402 218, ilse.leidl@volkshilfe.at

Fachbuch

Finanzmanagement

Möglichkeiten der Finanzierung im Tourismus

Die Tourismusfinanzierung steht in einer Zeit des Übergangs von einer traditionell sehr fremdkapital-dominierten

Branche hin zur Notwendigkeit einer verbesserten Eigenkapitalausstattung. Methoden, Instrumente sowie Planungsgrundlagen beider Finanzierungsformen und der ihnen zugrunde liegenden Investitionsentscheidungen werden im Buch Finanzmanagement im Tourismus erstmals für die Tourismuswirtschaft aufbereitet.

Da das Buch neben einer komprimierten Darstellung der finanzwirtschaftlichen Grundlagen auch unterschiedliche Entscheidungsräume und Blickwinkel der Praxis der touristischen Unternehmensfinanzierung (Hotelbetrieb, Tourismusorganisation, Infrastrukturbetrieb, Tourismuskonzern) beleuchtet, richtet es sich nicht nur an Studierende, sondern vor allem auch an touristische Unternehmer und Entscheidungsträger.



Das Buch

Schumacher/Wiesinger; „Finanzmanagement im Tourismus – Grundlagen und Praxis der Tourismusfinanzierung“; 1. Auflage 2009, 256 Seiten, 37 Euro ISBN 978-3-7073-1468-7 Linde Verlag, Scheydgasse 24, 1210 Wien Tel.: + 43 1 24 630-30 Fax: +43 1 24630-53 presse@lindeverlag.at www.lindeverlag.at



Nur singen und tanzen tut sie – noch – nicht! Aber sonst braucht sich die neue Homepage des österreichischen Kommunalverlags nicht zu verstecken. Schon auf der Startseite (kleines Bild oben) kann der User mit der übersichtlichen und einfachen Navigation zu alle Angeboten des Verlags wie dem Onlineshop surfen (siehe Ausschnitt).

Der Aufbau der Seiten des Fachmagazins KOMMUNAL selbst ist ähnlich gegliedert wie in den vergangenen Jahren, aber in moderner und ansprechender Optik (rechts) und so kommt man auch zu den einzelnen Medien des Kommunalverlages.



Diese neue KOMMUNAL-Homepage spielt alle Stückerln

Gemeinde-Clips und Cross-Media-Angebote neu im Repertoire

Nach vier Jahren kleidet sich KOMMUNAL und der Österreichische Kommunalverlag mit dem neuen Homepage-Auftritt in neue Kleider. 2009 sind mit einer neuen Geschäftsstruktur – Mag. Michael Zimper wurde neben seinem Bruder Walter zum zweiten Geschäftsführer bestellt – aber auch so neue Zeiten für Österreichs führenden Verlag für Kommunalmedien angebrochen. Unter www.kommunalverlag.at

ständig nicht nur zu den anderen Printmedien, sondern auch zu den „Specials“ des Verlages wie die **KOMMUNALMESSE 2010**, die kommenden Jahr in Graz wieder im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages stattfindet.

Neue Angebote

Aber nicht nur die gewohnten Top-Angebote des Verlages finden sich auf der neuen Homepage: Top-Knüller unter den Verlags-Angeboten sind die neuen **Videoclips für Gemeinden**. Diese können die Gemeinden dann beispielsweise auf die eigene Homepage oder als Werbung auf ein Regionalportal stellen. **Schauen Sie vorbei oder rufen Sie an: Es ist auf jeden Fall ein Gewinn für Sie und Ihre Gemeinde!**

Telefon: 01/5322388

www.kommunalverlag.at

Der Aufbau der Homepage ist von der Idee her der gleiche geblieben, aber sonst erinnert nichts mehr an die alte statische Homepage von KOMMUNAL. Die Menüleiste am linken Rand der Site führt zu den einzelnen Print-Medien des Verlages, angeführt von KOMMUNAL. Das führende kommunale Fachmagazin Österreichs ist wie gewohnt mit der detailliert darge-

stellten aktuellen Ausgabe vertreten sowie mit dem mittlerweile unentbehrlich gewordenen Online-Archiv. Hier sind alle KOMMUNAL-Ausgaben zurück bis 2002 zum Download bereitgestellt. Die Menüs führen selbstver-

anfang September 2010 findet wieder die KOMMUNALMESSE im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindebundes statt. **Mehr Infos in der kommenden Ausgabe.**



Vorschau auf Ausgabe 12/2009 (Dezember):

DIE KOMMUNALE FINANZIERUNG

Foto: photos.com

Gemeindefinanzen erholen sich schnell Vorschau der Ertragsanteile zeigt sonnigeres Bild

Eine Abrechnung der Gemeindefinanzen des Jahr 2009 zeigt gegen Jahresende ein positiveres Bild als noch vor ein paar Monaten.

Wurden beim Österreichischen Gemeindetag Anfang September in Lech am Arlberg noch

Einbrüche bei den Ertragsanteile von fast vier Prozent befürchtet, sehen Prognosen derzeit nur mehr Rückgänge von rund zwei Prozent. Wie sich das auf die kommunalen Finanzen mit einem Volumen von immerhin rund 15 Milliarden Euro jährlich auswirkt und wie die Gemeinden damit umgehen, ist Thema in der Dezember-Ausgabe von KOMMUNAL.

DIE BUDGETS 2010**Gemeindefinanzbericht 2008 bringt neue Daten**

Wie in den vergangenen Jahren präsentierten Gemeindebund und Kommunalkredit Austria auch heuer wieder den Gemeindefinanzbericht. In ihm sind – gegliedert nach den VRV-Ausgabe-Gruppen – sämtliche Ausgaben der österreichischen Gemeinden aufgeführt.

Gerade für die kommunale Wirtschaft sind diese Zahlen zur Planung der Aktivitäten unerlässlich.

KONTAKT**So erreichen Sie uns:**

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Patrizia Poropatits
Tel.: 01/532 23 88 – 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ ARGE Forum mineralische Rohstoffe	66
▶ AZ-Tech Austrowaren-Zimmer HandelsgmbH	52
▶ Bundesministerium für Finanzen	36
▶ Bundesministerium für Inneres	33
▶ Bundesministerium für Land u. Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
▶ Consilio Information Management GmbH	53
▶ Containex Handelsgesellschaft m.b.H.	57
▶ Familie & Beruf Management GmbH	40
▶ Forum Mobilkommunikation	44
▶ Forum Qualitätspflaster	64
▶ GDL Handels- u. Dienstleistungs GmbH	56
▶ Gesundheit Österreich GmbH Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	41
▶ GRIS Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau	56
▶ Hydrac Pühringer GmbH & Co KG Kommunal- und Landtechnik	53
▶ Immorent AG	46
▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG	54
▶ OISS – Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau	87
▶ Österreichische Blumenwerbung GmbH	45
▶ Österreichischer Wirtschaftsbund	24
▶ PEFC Austria	65
▶ Telekom Austria TA AG	58
▶ ZAUGG AG EGGIWIL Kommunaltechnik und Maschinenbau	47

Vorschau auf Ausgabe 11/09 (Nov.):

FACILITY MANAGEMENT**▶ Über 60.000 Gebäude in kommunalem Besitz wollen verwaltet sein**

Facility Management (FM) bezeichnet unter anderem die Verwaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen. Beispiele dafür sind die Wartung von Reinraumbelüftungen in der Halbleiterherstellung, die Bühnenbeleuchtung in Konzerthäusern. Die Gemeinden geben in diesem Bereich immerhin rund **zwei Milliarden Euro** aus.

DIE SICHERE GEMEINDE**▶ Weil die Gesundheit das Wichtigste ist**

Für alle sichtbar sorgt eine Gemeinde für Sicherheit am Schulweg oder die passende und geeignete Baustellabsicherung. Aber wie jeder Arbeitgeber hat auch eine Gemeinde (oder der ausgelagerte kommunale Betrieb) für die Sicherheit der Arbeiter und Angestellten am Bauhof zu sorgen oder den Kanalarbeitern die geeigneten Arbeitsmaterialien zu geben.

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau

Das ÖISS informiert

Die Themen der November-Ausgabe der „Schule & Sportstätte“ umfassen unter anderem „Bildung in Bewegung“, „Lehrer-arbeitsplätze im Umbruch“ und die „ÖISS-Datensysteme GmbH“.



Bildung in Bewegung – Bildungssysteme der Zukunft stehen auch im engen Zusammenhang mit dem Schulbau.

Der Schulteil der nächsten Ausgabe von Schule & Sportstätte wird unter dem Themenschwerpunkt „Schubau und Pädagogik“ stehen.

Bildung in Bewegung

Laufende Diskussionen rund um Bildungssysteme der Zukunft stehen in engem Zusammenhang mit Überlegungen zur (Neu-)Organisation von Schule

Die ÖISS-Datensysteme GmbH arbeitet mit Computerprogrammen, die Fluchtströme von Personen nach einem Parameterschlüssel berechnen ...

und Schulbau. Auch das Thema Nachhaltigkeit spielt dabei eine immer wichtigere Rolle, und zwar in ökologischer, ökonomischer und bildungspolitischer Hinsicht. Wir werden laufende Initiativen wie „Baustelle Schule“ oder „SchulUMBau“ vorstellen, über internationale Tendenzen berichten sowie die Beteiligung des ÖISS an Pilotprojekten thematisieren.

Lehrer-arbeitsplätze im Umbruch?

Auch die Organisation der Lehrer-

arbeitsplätze wird in der nächsten Ausgabe hinterfragt. Diskussionen rund um das Lehrerdienstrecht und die angekündigte 40-Stunden-Anwesenheit sind mit neuen Anforderungen verbunden. So wurden beispielsweise in einer Schule des BFI die Lehrer-arbeitsplätze in Abstimmung auf den Gleichzeitigkeitsfaktor neu gestaltet; in der HAK Polgarstraße hat die Mitbestimmung der LehrerInnen innovative Lösungsansätze mit „Lehrer-arbeitsclustern“ und „Einzelzellen“ ergeben.

ÖISS-Datensysteme GmbH Fluchtwegssimulationen

Im ÖISS ist eine eigene Gesellschaft für die Berechnung von Fluchtwegen und zur Optimierung von Veranstaltungsstätten eingerichtet, um Behörden, Bauherren, Architekten und Veranstalter bei ihren sicherheitstechnischen, organisatorischen und planlichen Entscheidungen zu unterstützen. Die ÖISS-Datensysteme GmbH arbeitet hierbei mit Computerprogrammen, die Fluchtströme von Personen nach einem Parameterschlüssel berechnen, wobei der Weg jeder einzelnen Person nachvollzogen werden kann.

Durch eine exakte Modellierung der Gebäudegeometrie kann zu jedem Zeitpunkt der Personen-evakuierung ein genaues Bild der Räumung erstellt werden. So kann jede Phase der Evakuierung auf ein mögliches Gefahrenpotenzial untersucht und überprüft werden, um die Gebäudegeometrie zu optimieren. Die Simulationen können keine Panikphänomene und deren Auswirkungen berechnen, jedoch werden die Personenströme klar dargestellt und so etwaige Gefahrenpotenziale ermittelt.

Nähere Infos zur Optimierung von Gebäuden erhalten Sie unter **+43 (1) 505 88 99** oder **office@oeiss.org**

Schule & Sportstätte – weitere Themen 4/2009



- ▶ Der „Fit für Österreich“-Kongress
- ▶ Barrierefreie Sportstätten
- ▶ Der 21. IAKS-Kongress

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRA- STRUKTUR

Seit vielen Jahren ist die Kommunalkredit der kompetente Finanzierungspartner für Städte, Gemeinden und die öffentliche Hand. Infrastruktur-Projekte zu finanzieren, war schon immer unsere Aufgabe, die wir mit großem Engagement meistern. Wir sind stolz darauf, damit Projekte zu ermöglichen, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, **SCHULEN**, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung oder Anlagen der Wasserwirtschaft sind für die Allgemeinheit wichtig. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind ein wichtiges Kapital für Städte und Gemeinden, damit sie ihre Vorhaben im Bereich der Infrastruktur erfolgreich umsetzen können. Dieser besonderen Herausforderung werden wir uns auch in Zukunft mit allen Kräften stellen. Wir sind Österreichs führende Bank für Investitionen in öffentliche Infrastruktur.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR

www.kommunalkredit.at

